



Politische Berichte

Nummer 11 / 14. Jahrgang

20. Mai 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

29. Mai: Demonstration in Bonn für kurdische Rechte und Freiheit. Kohl stützt das türkische Terror-Regime.

Am 29. Mai soll in Bonn eine der größten Demonstrationen für kurdische Rechte und Unabhängigkeit in der Geschichte der BRD stattfinden. Erstmals in der Geschichte des kurdischen Kampfes ruft ein breites Bündnis kurdischer Organisationen fast aller Richtungen gemeinsam zu der Aktion auf. Beteiligt sind: Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die hierzulande mehr über den ihr nahestehenden Verband Komkar bekannte Sozialistische Partei Kurdistans (PSK), die der KDP-Richtung zugehörige Demokratische Partei Kurdistans (Einheit), (PDK-Hevgirtin), die der Kurdistan-Front Talabanis zugerechnete RNK (KUK), TSK, KAWA und PRK (Rizgari). Die Hauptlösung der Demonstration lautet: „Für ein freies Kurdistan und die nationale Einheit“. Zeitgleich mit dieser Demonstration sollen kurdische Demonstrationen in London und Stockholm stattfinden.

Diese kurdische Einheitsfront ist vor allem ein Erfolg des jahrelangen opferreichen Befreiungskampfes der Arbeiterpartei Kurdistans, die seit fast neun Jahren einen bewaffneten Guerillakampf gegen das türkische Kolonialregime führt. Die PKK, deren „Nationale Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK) über mehr als 15000 Guerillas verfügt, hat dem türkischen Terrorregime in den letzten Jahren zahlreiche empfindliche Niederlagen beigefügt. Inzwischen wird auch von türkischen Kommentatoren kaum noch bestritten, daß die kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei von der türkischen Armee wenn überhaupt, dann nur noch am Tage kontrolliert werden. Mit diesen militärischen Rückschlägen einher geht eine immer größere Verrohung der Kolonialtruppen, deren Einheiten von mordenden, sichtbaren, vergewaltigenden Banden nicht mehr zu unterscheiden sind.

Auch der nach türkischen Armeeangaben angeblich so ungemein „erfolgreiche“ Feldzug der türkischen Armee im letzten Herbst gegen Stellungen der ARGK im (irakischen) Südwest-Kurdistan war in Wirklichkeit ein Fehlschlag: Die türkischen Angreifer und die mit ihnen kollaborierenden Peschmerga-Einheiten der KDP-Barzani erlitten schwere Verluste, deutlich schwerer als die der ARGK, und mußten sich nach relativ kurzer Zeit wieder zurückziehen.

Vor allem aber wuchs der politische Einfluß der PKK in Kurdistan weiter. Bei den Wahlen zu dem im Aufbau befindlichen Kurdischen Nationalparla-

Den Kampf für die Rechte der Kurden unterstützen!

ment beteiligten sich in Europa über 90000 Kurden und Kurden — nach Schätzungen über 50 % der Wahlberechtigten. Auch in den kurdischen Gebieten sollen die Wahlen der Abgeordneten inzwischen weitgehend abgeschlossen sein. Die Abgeordneten haben ihre Beratungen aufgenommen. Vor formellen Beschlüssen wollen sie aber noch die Verhandlungen der kurdischen Organisationen über die Bildung einer kurdischen Einheitsfront abwarten. Es gibt begründete Hoffnung, daß sich auch die anderen kurdischen Parteien bald an der Arbeit des Nationalparlaments beteiligen werden.

Diese kurdische Einheitsfront hat durch den im März von der PKK einseitig verkündeten und vorerst unbefristeten Waffenstillstand auch international das türkische Regime weiter unter Druck gebracht. Während offizielle türkische Sprecher wie der Innenminister, die Militärs und die Vorsitzenden der großen (in der Tradition des chauvinistischen Kemalismus stehenden) Parteien Verhandlungen mit der PKK in ersten Reaktionen weiter schroff ablehnen, mehren sich jetzt die Stimmen, die für eine Beendigung des türkischen Terrorregimes in den kurdischen Gebieten eintreten. Die PKK hat diesen Kräften eine politische Lösung in Form einer gleichberechtigten „Föderation“ zwischen den türkischen und kurdischen

Landesteilen vorgeschlagen (ein ähnliches Angebot unterbreitete die PKK bereits vor über einem Jahr, siehe *Politische Berichte* 2/92). So hat sich in Izmir eine „Friedensplattform“ von 16 Massenorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsvereinen gebildet, die für die Aufnahme politischer Verhandlungen mit dem kurdischen Widerstand, für die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes und die Aufhebung des Ausnahmezustands in den kurdischen Gebieten eintritt. Auch die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes tritt öffentlich für die Rechte des kurdischen Volkes ein.

Genau in dieser Situation reist in dieser Woche Bundeskanzler Kohl zu einem offiziellen Besuch in die Türkei. Die BRD ist einer der wichtigsten Verbündeten des türkischen Regimes. Mit deutschen Waffen und deutscher Militär- und Finanzhilfe wird der Krieg des türkischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung wesentlich geführt. Am 18. Mai haben deshalb die kurdischen Organisationen, die zu der Demonstration in Bonn aufrufen, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn erneut ihren Protest gegen die anhaltende Hilfe der BRD für das türkische Militärregime vorgebracht. Zugleich legten sie einen gemeinsamen Brief von über 100 kurdischen Vereinen und Organisationen in der BRD an die Bundesregierung vor, in

dem diese fordern, endlich mit der Unterstützung des türkischen Regimes gegen die Kurden aufzuhören und sich für die Menschenrechte der Kurden einzusetzen.

Für die antifaschistische und Antikriegs-Bewegung in der BRD bedeutet diese Entwicklung eine Herausforderung: Gelingt es, die Bundesregierung und andere, das türkische Kolonialregime unterstützende Kräfte durch politischen Druck zu einer Anerkennung des kurdischen Widerstands zu zwingen und zu einer Lockerung, womöglich sogar einer neuerlichen Unterbrechung der Waffenhilfe für das türkische Regime, so wäre damit dem Faschismus wie den Kriegsplänen der Imperialisten ein wichtiger Schlag versetzt. Das türkische Regime gehört sowohl auf dem Balkan wie im Kaukasus heute zu der gefährlichen Gruppe imperialistischer Kriegstreiber. Es ist zugleich mit seiner völkisch-rassistischen Staatsideologie und seiner terroristischen Unterdrückung jeder Opposition eine ständige Ermunterung für faschistische Kräfte in Europa. Ein Fortschritt des kurdischen Befreiungskampfes würde also nicht nur die Lage des kurdischen (und des türkischen) Volkes verbessern, sondern auch die Kriegspläne der Imperialisten auf dem Balkan und im Kaukasus sowie die faschistischen Kräfte in Europa unmittelbar zurückwerfen. — (rül)

Bündnis 90/Grüne: „Wir wollen Kohl ablösen“

Mit der Verabschiedung einer „Leipziger Erklärung“ hat der Vereinigungs-Parteitag von Grünen und Bündnis 90 am vergangenen Wochenende in Leipzig geendet. Darin fordern sie einen „fairen Lastenausgleich zwischen Ost und West“, zu dem die „wirklich Reichen“ durch Sonderabgaben und Arbeitsmarktabgaben herangezogen werden müßten. Den Solidarpakt lehnt die Partei ab. Gleichzeitig begrüßt die Partei in der Erklärung ihr Eintreten für eine doppelte Staatsbürgerschaft und für das Wahlrecht für alle Personen, die mehr als fünf Jahre in der Bundesrepublik wohnen. Anträge, nach den Wahlen 1994 eine mögliche Koalition mit der SPD an engere Bedingungen zu knüpfen, unter anderem an die Rücknahme der jetzt laufenden Aufhebung des Asylrechts, wurden von der Konferenz abgelehnt. Ein erneuter Antrag, sich auch für sogenannte „humanitäre Interventionen“ auf dem Balkan auszusprechen, soll nun auf einem neuerlichen Länderrat im Juni beraten werden. — (rül)

Türkei: Generalsekretär der KP der Arbeit in Haft

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Arbeit der Türkei (TKEP), Teslim Töre ist Anfang Mai von der türkischen Polizei verhaftet worden. Die am 1. Mai 1980 gegründete TKEP wird von der Regierung als „terroristisch“ verfolgt, weil sie den bewaffneten Kampf gegen das Regime in der Türkei für nötig hält. In einer Presseerklärung des Solidaritäts-Komitees für Teslim Töre heißt es: „In der Türkei, in der die legale Gründung einer Kommunistischen Partei immer noch verboten ist, bedeutet es für denjenigen, der illegal leben muß, daß er weder Terrorist noch schuldig ist. Die Türkei bewahrt immer noch ihre Eigenart, die Menschen, die gegen das Regime sind, auf den Straßen, in den Häusern und während der Untersuchungshaft oder in den Gefängnissen auf verschiedene Art und Weise umzubringen.“ Das Leben von Teslim Töre ist in Gefahr. Das Solidaritätskomitee ruft auf, Proteste und die Forderung nach seiner Freilassung an türkische Behörden zu schicken. Das Komitee ist zu erreichen unter der Telefon-Nr. 069-7075714. — (rül)

Teufel (CDU) propagiert Mehrheitswahlrecht

Der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel hat sich für eine Änderung des Wahlrechts und die Einführung des Mehrheitswahlrechts ausgesprochen. In einem Interview mit dem Rechtsaußen-Magazin *Focus* behauptete Teufel, das Verhältniswahlrecht beruhe auf einem „übertriebenen Gerechtigkeitsempfinden“. FDP- und SPD-Sprecher lehnten die Änderung ab. — (rül)

Militärpfarrer wollen Waffen

Evangelische Militärpfarrer, die deutschen Soldaten bei militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes begleiten sollen, verlangen, mit Waffen ausgerüstet zu werden. Auf der 38. Gesamtkonferenz evangelischer Militärgeistlicher in Daun in der Eifel wurde diese Forderung laut. Militärpfarrer sollen während des Bundeswehreinsatzes in Somalia ständig für seelsorgerliche Betreuung präsent sein. Zwar lehnten der Militärbischof Heinz-Georg Binder und der Militärgeneraldekan Johannes Ottmeyer dies Anliegen ab. Militärpastoren müßten auch künftig unbewaffnet die Truppe betreuen. Ein Geistlicher müsse in Krisen „zeigen, daß wenn es zum Leid kommt, er das Leiden auf sich nehmen muß.“ Pastoren seien „Klagemauer und Beichtvater“, so umriß der Militärgeneraldekan die Aufgaben der Militärseelsorge bei der Truppe. Militärpfarrer müßten den Soldaten „zuhören und Sterbende begleiten“. Aber: Splitterwesten dürfen die Herren Pfarrer tragen. — (hel)



Rechte von Gefangenen stärken!

Forderungen des 17. Strafverteidigertages in München

Gegen die Tendenz, das Strafrecht als Ersatzinstrument zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu missbrauchen, haben sich die ca. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 17. Strafverteidigertages, der vom 7. bis 9. Mai 1993 in München stattfand, ausgesprochen. Sie konstatierten, daß immer mehr dazu übergegangen werde, statt politischer Lösungen das Strafrecht einzusetzen und entsprechend zu verändern, was einem fortschreitenden Verlust an Rechtsstaatlichkeit und einem Abbau von Bürgerrechten gleichkomme. So wandten sie sich vehement gegen den sog. „großen Lauschangriff“ und forderten die Abgeordneten des Bundestages auf, den geplanten Gesetzen nicht zuzustimmen. Die Schaffung von Sondergesetzen oder die exzessive Anwendung des politischen Strafrechtes zur Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten wurde ebenso abgelehnt wie die geplante Fassung des „Gesetzes zur Bekämpfung organisierter Kriminalität“ (orgKG), die neben dem Einsatz

nachrichtendienstlicher Mittel und „verdeckter Ermittler“ auch die Einschränkung etwa von Verteidigerrechten vorsieht.

Im Bereich des Strafvollzuges wurde die Abschaffung der sog. „Sicherheitsverwahrung“ sowie der lebenslangen Freiheitsstrafe gefordert. Bei der Verhängung mehrerer zeitiger Freiheitsstrafen dürften diese insgesamt nicht mehr als 15 Jahre betragen. Die vorzeitige Entlassung nach 2/3 der Strafe sowie die Gewährung von „Vollzugslockerungen“ sollten den Regelfall darstellen, der im Strafvollzugsgesetz festgeschrieben werden müsse und von dem nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden dürfe, womit Willkürentscheidungen vorgebeugt werden können — was in der Tendenz die Umkehrung der heutigen Praxis bedeuten würde. Überhaupt müßten, so die Forderung der Juristen, die Rechte der Gefangenen gestärkt und verbindlich geregelt werden. Die Tätigkeit von Strafverteidigern auch im Bereich des Strafvollzugsrecht-

tes müsse erleichtert werden. Diese sei immer öfter notwendig, scheitert aber in der Praxis daran, daß Gefangene nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen.

Für die politischen Gefangenen forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Lösung, die „zu ihrer baldigen Freilassung führt“. Sie appellieren außerdem an den Bundespräsidenten, Bernd Rößner alsbald zu begnadigen. Zwar sei dem Gefangenen aus der RAF nunmehr nach 17 Jahren Haft, während der er durch die Bedingungen der Isolationshaft schwer erkrankte, eine 18monatige Haftunterbrechung gewährt worden, die er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in einer therapeutischen Einrichtung verbringen solle —, unter diesen Bedingungen, insbesondere der ständigen Drohung, dann wieder in die Haft zurückkehren zu müssen, die ihn krank mache, sei jedoch eine tatsächliche Wiederherstellung seiner Gesundheit kaum möglich. — (jes)

Aktuell in Bonn

Sinti und Roma ausgeladen

In der deutschen Delegation für die Minderheiten-Tagung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Warschau soll kein Vertreter der Sinti und Roma sitzen. Das Bonner Außenministerium lud hierzu zwar Vertreter der dänischen und der sorbischen Minderheit ein, Sinti und Roma jedoch verfügten über „kein traditionell angestammtes Siedlungsgebiet“ und könnten somit nicht als „nationale Minderheit“ gelten. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose: „Vor dem Hintergrund der 600-jährigen Verfolgungs-Geschichte der Sinti und Roma ein unglaublicher Skandal!“

Schärferes Strafrecht gegen rechts?

Mit einem Strafrechtsänderungsgesetz will die Bundesregierung die Strafandrohung bei Verwendung faschistischer Symbole verschärfen. Ihr Gesetzentwurf stellt zusätzlich zur Verwendung faschistischer Symbole auch „zum Verwechseln ähnliche“ Symbole unter Strafandrohung. Perfide ist, daß sich die neue Strafsvorschrift nicht nur gegen NS-Symbole richtet, sondern auch gegen „andere verbotene Organisationen“ — also linke. Zugleich soll die Strafandrohung gegen rassistische Hetze durch Neufassung des § 130 StGB verschärft werden. Bisher könnte man solcher Hetze nur selten entgegentreten, so die Regierung, weil „Angriffe auf die Menschenwürde“ nur bei sehr massiven Angriffen strafrechtlich verfolgt werden. Nun sollen künftig auch Angriffe auf die „Würde“ verfolgt werden. Die Bundesregierung will durch diesen Trick dem Problem entgehen, daß die BRD-Verfassung selbst die Menschenwürde von Ausländern beschädigt.

Krauses Abgang + Bahnprivatisierung

Daß Verkehrsminister Krause wegen einer zu Unrecht bezogenen Umzugshilfe aus dem Amt des Verkehrsministers schied, wird in einschlägigen Kreisen des geschmierten Polittheaters Bonn eher als Gaudi registriert. Daß sein Nachfolger Wissmann vom Verkehrsressort ebensowenig Ahnung hat, wie er von seinem bisherigen Amt als Wissenschaftsminister Ahnung hatte, wird ebenfalls eher beiläufig, weil in Bonn üblich, zur Kenntnis genommen. Unruhig werden die Lobbyisten jedoch, weil die Zerlegung von Bundes- und Reichsbahn in drei Aktiengesellschaften zum anvisierten Zeitpunkt am 1. 1. 1994 gefährdet erscheint. Entscheidend für die mögliche Verzögerung dürfte allerdings der Widerstand der Länder gegen die mit der Bahnreform verbundenen drohenden Streckenstilllegungen sein.

Städtetag warnt vor Armut

Der Deutsche Städtetag hat zu Beginn seiner 27. Hauptversammlung am 11. Mai in Karlsruhe eindringlich vor der wachsenden Armut in den Städten der

Bundesrepublik gewarnt. Rund 20 Prozent der Bürger in deutschen Städten leben an oder unter der Armutsgrenze, erklärte der Hannoveraner Oberbürgermeister Schmalstieg. Wenn man nicht aufpasst, komme man in eine „gespaltene Stadt“ mit Reichtum auf der einen und verödeten Armutsvierteln auf der anderen Seite.

Treuhand-Rothenberger AG

Die Beispiele der Treuhandskandale sind Legion. Die *Wirtschaftswoche* vom 23. April berichtet, die Rothenberger AG aus Frankfurt/M. habe über ihre Tochter Fritz Werner Werkzeugmaschinen AG den Stammtrieb des ehemaligen Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“, die Niles Werkzeugmaschinen GmbH, „zu unglaublich günstigen Bedingungen“ erworben. Der Kauf des Betriebes kostete „Rothenberger“ ganze 50000 DM. Allein die Immobilie ist mindestens 34 Millionen Mark wert. Versprochene Investitionen würden in Form der „Umsiedlung“ gebrauchter Fritz-Werner-Maschinen erbracht.

Sowjetische-russische Schulden

Rußland ist als Nachfolgerin der UdSSR im Westen mit 126 Milliarden Mark verschuldet. Doch Rußland ist klamm. Und da ungefähr die Hälfte der russischen Außenstände in deutschen Büchern steht und da für die meisten Auslandsschulden deutscher Banken in Rußland die Bonner Regierung bürgt, ist es nun deutschen Bankern und Finanzminister Waigel klamm ums Herz. Bei den nun anstehenden Umschuldungsverhandlungen sollen neue „gute Kredite“ auf die „schlechten alten“ gegeben werden, um zu vermeiden, daß offiziell Außenstände abgeschrieben und neue Löcher im Haushalt zugegeben werden.

Aufkauf in Polen

Im Zeitraum 1990 bis 1992 wurden laut offiziellen Angaben des polnischen Innenministeriums insgesamt 1637 Hektar Land an ausländische Interessenten veräußert. Deutsche Aufkäufer hielten dabei einen „hohen Anteil“; insgesamt gingen 265,5 Hektar in deutsches Besitz über. Der Einstieg nichtpolnischer Grundeigner findet statt, obgleich laut Gesetz maximal 1 Hektar je Interessent erworben werden darf. Aufkäufe durch polnische Strohmänner beinhalten eine erhebliche Dunkelziffer.

Was kommt demnächst?

Am 19. Mai trifft der spanische Ministerpräsident Gonzales in Bonn zum Besuch ein. Vom 19. bis 21. Mai reist dann Kohl zum Besuch nach Ankara. Am 26. und 27. Mai soll im Bundestag die Schlussberatung der Anti-Asylgesetze stattfinden. Ende Mai will das Bundesverfassungsgericht über die Klagen gegen das neue Abtriebsstrafrecht entscheiden. Am 1./2. 6. ist deutsch-französischer Gipfel in Beaune/Burgund. Am 11. Juni ist FDP-Bundesparteitag mit der Neuwahl des Parteivorsitzenden. Vom 7. bis 9. 7. findet in Tokio der nächste Weltwirtschaftsgipfel statt.

Die Probleme der CSU bestehen nicht nur aus Streibl



„Man sei wieder in der Familie“ hat der deutsche Oberbefehlshaber der deutschen UN-Einsatztruppe für Somalia, General Georg Bernhardt, bei der Ankunft seiner Einheiten in Somalia erklärt. Das Foto zeigt ihn beim Händeschütteln mit dem US-General Montgomery und dem türkischen Oberbefehlshaber der UN-Truppen in Somalia, Cevik Bir. Letzterer — in den USA ausgebildet, danach Dienst bei der NATO in Belgien — hat das Oberkommando, obwohl formell bei der UNO, faktisch direkt von den USA übernommen. In der BRD haben unterdessen auch Sprecher der EKD, des Diakonischen Werks und der Aktion Brot für die Welt den Bundeswehreinsatz kritisiert: „zu teuer“, „entwicklungspolitisch falsch“, „im günstigsten Fall gutgemeinter Aktivismus“. Die SPD prüft eine neuere Verfassungsklage. Von einem „humanitären Einsatz“ könne bei der Nachschub sicherung für kämpfende Truppen keine Rede sein.

Streikbewegung in Ostdeutschland erzwingt neuen Tarifvertrag

Das in Sachsen nach zweiwöchigem Streik erzielte Verhandlungsergebnis für die Metall- und Elektroindustrie sieht vor, daß die Löhne und Gehälter ab 1. Juni auf 75 %, ab 1. September auf 77 % und ab 1. Dezember auf 80 % der Tariflöhne der bayrischen Metallindustrie angehoben werden. In dem von den Arbeitgebern außerordentlich gekündigten Tarifvertrag von 1991 war die Anhebung auf 80 % schon für den 1. April dieses Jahres vorgesehen. Ferner wird die 100 %ige Angleichung der Tariflöhne nunmehr erst zum 1. Juli 1996 oder spätestens Ende 1996 erreicht. Vereinbart war ursprünglich der 1. April 1994. Gesamtmetall gab ferner folgende Erklärung ab: „Die außerordentliche Kündigung der 1991 abgeschlossenen Stufentarifvereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien der Metall- und Elektroindustrie in den neuen Bundesländern war eine aus der Sicht der Verbände unumgängliche Notmaßnahme, zu der sie sich ausschließlich durch die einmalige Situation in den fünf neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung veranlaßt gesehen haben. Die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen ist grundsätzlich kein geeignetes Mittel zur Lösung von Tarifkonflikten.“

Diese Erklärung bietet keinerlei Garantie für die Zukunft. Schon der Begriff „grundsätzlich“ schließt immer auch die Möglichkeit der „Ausnahme“ ein. Entscheidend bleiben die realen Kräfteverhältnisse, d.h. die Möglichkeit und

Fähigkeit der Gewerkschaft zum wirkungsvollen Streik. Die Streikbewegung war es denn schließlich auch, die für ein akzeptables Ergebnis sorgte, insofern der Tarifvertrag als Mindestnorm gehalten wurde. Dies gilt trotz der vereinbarten Härtefallregelung. Die Regelung läßt die geforderte einseitige Öffnung von Tarifverträgen nicht zu. Sie bietet auch nicht die Möglichkeit der Erpressung von Betriebsräten. Die IG Metall glaubt, in dieser Branche mehr herausholen zu können. Völlig unerwartet stieß das Ergebnis aus Sachsen jedoch auch bei der Großen Tarifkommission für die Metall- und Elektroindustrie Brandenburg einschließlich Ostberlins sowie in Mecklenburg-Vorpommern auf helle Empörung. Auf der Sondersitzung der Tarifkommission in Berlin am 15. Mai, verzichtete Bezirksleiter Horst Wagner deshalb auf eine Abstimmung. Alle ostdeutschen Delegierten hatten in scharfer Form das Verhandlungsergebnis zurückgewiesen und die ursprünglich vereinbarte Tariferhöhung ab dem 1. April gefordert. Die Streikvorbereitungen für den Eintritt Brandenburgs in die Streikbewegung waren getroffen. Die Diskussion in den Betrieben muß Aufschluß über die tatsächliche Stimmung geben. Eine Wiederaufnahme des Kampfes ohne Unterstützung in den anderen Tarifgebieten wäre völlig aussichtslos. Nicht nur wegen der Stimmung in Berlin-Brandenburg — dieser Tarifkampf enthält auch ein Moment von Niederlage, weil die Kapitalisten erstmals in der Geschichte der BRD ungestraft aus einem laufenden Tarifvertrag aussteigen konnten. — (hr)

Das Verhandlungsergebnis in Sachsen: Der Wortlaut der „Härteklausel“

4. Härteklausel für die Tarifverträge über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in Sachsen
4.1) In Härtefällen, insbesondere zur Abwendung drohender Insolvenzgefahr
— zur Sicherung von Arbeitsplätzen insbesondere zur Vermeidung drohender Entlassungen,
— Verbesserung der Sanierungschanzen aufgrund eines vorgelegten Sanierungsplanes können Arbeitgeber oder Betriebsrat bei den Tarifvertragsparteien eine tarifliche Härtefallregelung beantragen. Der Antrag ist schriftlich an beide Tarifvertragsparteien zu richten und hat Tatsachen mit den dafür erforderlichen Unterlagen anzugeben, die das Vorliegen eines Härtefalles begründen.
4.2) Über das Vorliegen eines Härtefalles haben sich die Tarifvertragsparteien innerhalb einer Frist von einer Woche zu verständigen. Gelingt eine Verständigung nicht, so haben die Tarifvertragsparteien binnen zwei Werktagen nach Feststellung, daß sie sich nicht einigen können, den Antrag dem

Vorsitzenden einer Schiedsstelle zur Entscheidung vorzulegen.

Die Schiedsstelle hat nach Anhörung des Antragstellers binnen zwei Wochen nach Eingang des Antrages zu entscheiden. Die Entscheidung ist unanfechtbar.

Die Schiedsstelle wird für den räumlichen Geltungsbereich der Tarifverträge errichtet. Sie setzt sich aus dem unparteiischen Vorsitzenden und je zwei Parteiseztern zusammen.

Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, unverzüglich nach Abschluß dieser Vereinbarung für das Amt des unparteiischen Vorsitzenden der Schiedsstelle je fünf geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen. Für das jeweilige Schiedsverfahren verständigen sich die Tarifparteien auf eine dieser vorgeschlagenen Persönlichkeiten. Im Nichteinigungsfall entscheidet das Los.

Beschlüsse der Schiedsstelle werden mit einfacher Mehrheit der Mitglieder gefaßt.

4.3) Wird das Vorliegen eines Härtefalls festgestellt, so obliegt es den Tarifvertragsparteien, eine Härtefallregelung zu vereinbaren. Sie errichten zu diesem Zweck eine paritätische Kommission. Die Vereinbarung hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen.

4.4) Kommt eine fristgemäße Vereinbarung zwischen den Tarifvertragsparteien nicht zustande, muß die Angelegenheit der Bezirksleitung der IG Metall und dem Vorstand des VSME vorliegen.

Kommt eine Einigung dort innerhalb von drei Werktagen nach Vorlage nicht zustande, so haben die Tarifvertragsparteien dem Antragsteller eine schriftliche Begründung unverzüglich zu übermitteln.

4.5) Für Härtefälle, die ab 1. April 1993 vorübergehend auftreten, vereinbaren die Tarifparteien eine Übergangsregelung. Ein begründeter Antrag soll in diesem Fall bis zur Antragsentscheidung aufschiebende Wirkung hinsichtlich der Erhöhung der Grundlöhne und Gehälter ab dem 1. 4. 1993 haben.

4.6) Die Härteklausel endet mit dem Zeitpunkt, zu welchem 100 Prozent des Tarifecklohs Bayern erreicht werden. Dresden, den 13. Mai 1993
zitiert nach: FAZ 15.5.93

Die Probleme der CSU bestehen nicht nur aus Streibl

Das „Modell Bayern“ — für das die CSU immer gekämpft hat — ist in den letzten Wochen und Monaten stark ins Gerede gekommen. Dieses Modell zog seine Anziehungskraft aus der Tatsache, daß große Bevölkerungsteile sich irgendwo zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Entwicklung zählen konnten und durch eine relativ breit gestreute Eigentumsbildung die CSU-Ideologie vom „Wir (Bayern) sitzen alle in einem Boot“ ihren Rückhalt fand.

Solange die ganze CSU und ihr Anhang am bayerischen Kuchen ausreichend beteiligt waren, konnte der — auch schon zu Lebzeiten von Franz Josef Strauß — existierende Filz zwischen den führenden Politikern dieser Partei und den großen Wirtschaftskonzernen nie diese Explosivkraft wie heute erzielen. Es galt das Sprichwort „Eine Hand wäscht die andere“.

Die Zeiten haben sich aber etwas geändert. Wirtschaftliche Rezession und politische Ambitionen der Bundesrepublik konfrontieren große Bevölkerungsgruppen und zwingen sie zu einer Änderung der eingeschlagenen Lebenspla-

nzen. Dies hat auch Auswirkungen auf die CSU, deren Mitglieder ein breites Spektrum der Bevölkerung in Bayern repräsentieren. In Zeiten, in denen vor allem Politiker wie Streibl und Waigel keine Gelegenheit auslassen, von der Bevölkerung Verzicht und die Bereitschaft zum Teilen einzufordern, wird auch für manche CSU-Mitglieder die Vorstellung unerträglich, daß dieselben hochbezahlten Politiker ihre Ämter zur privaten Bereicherung nutzen.

Nun hat der CSU-Parteivorsitzende Waigel seine in der Öffentlichkeit so gern zur Schau gestellte weiße Weste nicht nur durch seine rigorose Finanzpolitik beschmutzt, sondern auch durch einen Sondererlaß den Allgäuer Fleischkonzern Moksel vor Strafverfolgung wegen Subventionsbetrugs bewahrt, wie die Grünen im bayerischen Landtag in einer Pressemitteilung am 22. April berichteten. Die Überschrift dieser Pressemitteilung: „Fortsetzung Roman CSU-Filz: Fluchtweg nach Bayern kommt für Theo Waigel nicht mehr in Frage / Nicht Austausch einzelner Personen, sondern Ablösung des gesamten Filzsystems steht an“.

So weit kann die CSU gegenwärtig nicht durch die politische Opposition in Bayern gedrängt werden und auch zu den Landtagswahlen im nächsten Jahr zeichnet sich kein Erdutsch ab. Aber die CSU ist angreifbar geworden.

Aus der gegenwärtig tobenden Parteidiskussion dringt immer wieder nach außen, daß die CSU beide Politiker braucht — Waigel in Bonn und Stoiber in München. Am letzten Montag gab Generalsekretär Huber bekannt, daß Stoiber und Waigel die politische Mitte repräsentieren und keine Koordinationsverschiebung beabsichtigt sei. Die Landtagsfraktion solle mit einem Kandidaten die Neuwahl des bayerischen Ministerpräsidenten durchführen.

Alles deutet also auf Stoiber hin. Er ist über Bayern hinaus bekannt als Law-and-Order-Politiker. So hat er gegen bundesweiten Widerstand die PDS/Linken Liste in Bayern als verfassungswidrige Organisation eingestuft. Ein Indiz dafür soll „die Überbetonung des überparlamentarischen Kampfes“ sein, mit der freiheitlich, demokratischen Grundordnung nicht vereinbar — (dil)

Tag X steht fest: Am 26. Mai wird der Bundesrat über den sogenannten „Asylkompromiß“ entscheiden. Ulla Jelpke von der Bundestagsfraktion der PDS/LL hat zusammenge stellt, welche Maßnahmen beschlossen werden sollen und welche Konsequenzen sie für Flüchtlinge haben werden.

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht — falls sie es schaffen, in unser Land zu kommen.

Abs. 1 des neuen Art. 16a verkündet großspurig und selbstgerecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“; die Absätze 2-5 streichen diesen Anspruch soweit zusammen, daß buchstäblich und praktisch nichts mehr davon übrigbleibt. Erstellt werden Listen „sicherer Drittstaaten“ und Listen „verfolgungssicherer Herkunftsänder“. Das Asylrecht wird umfassend in den Dienst diplomatischer, politischer und wirtschaftlicher Interessen der BRD außen- und innenpolitischer Art gestellt. Gegen Flüchtlinge ist es konzipiert als Fernhaltekonzept im Rahmen europäischer Vereinbarungen mit ausufernden Abschiebe- und Einreiseverweigerungsbefugnissen. Abliefern müssen AsylbewerberInnen, manche bevor sie das werden können, dagegen alles, was hierzulande in gewisser Weise noch zur Privatsphäre gehört: Fingerabdrücke, Informationen über Reise- und Fluchtroute. Ihre Habe steht zur freien Durchsuchung nach Anhaltspunkten über diese Wege den Behörden zur Verfügung...

Der „Kompromiß“: Statt Asylrecht – Reisewegekontrolle

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ lautet der Abs. 1 des neuen Art. 16a Grundgesetz. Dieser vorgetauschten Rechtsgewährung folgt der tatsächliche Rechtsentzug. In den Art. 2-5 wird das Asylrecht erwürgt. Engstens verknüpft sind in den Absätzen 2 bis 5 verfahrensrechtliche Regelungen, die ja unter dem Stichwort „Rechtswegegarantie“ heiß umstritten waren, weil hier ein weiterer Grundgesetzartikel (Art. 19) betroffen war, mit politischen Entscheidungen und Entscheidungsmöglichkeiten. Tatsächlich also ist die Rechtswegegarantie für politisch Verfolgte — „falls sie es schaffen, in unser Land zu kommen ...“ — ebenfalls eingeschränkt und politischen und diplomatischen Erwägungen der Bundesregierung, bzw. der Parlamentsmehrheit unterworfen worden.

Drittstaatenregelung = sichere Drittstaaten

Absatz 2 bestimmt, wer sich nicht auf Abs. 1 berufen kann. Das sind alle die, die aus einem Land der Europäischen Gemeinschaft einreisen oder aus einem „anderen Drittstaat“, in dem die Genfer Konvention und die Europäische Menschenrechtskonvention Gültigkeit haben. Diese „anderen Drittstaaten“ werden durch Gesetz bestimmt. Sicher gestellt wird in diesem Absatz aber auch, daß in den genannten Fällen, „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ vollzogen werden können, auch wenn Widerspruch gegen die Entscheidung eingegangen ist. „Damit ist klargestellt“, so heißt es in der offiziellen Begründung, „daß jeder Ausländer, der aus einem sicheren Drittstaat einreist, keinen grundrechtlichen Anspruch hat, daß die von ihm vorgebrachten Asylgründe in der Bundesrepublik geprüft werden.“

Hat der Gesetzgeber nun einmal ein Land zu einem derartigen Drittstaat erklärt, so wird in der Begründung unmissverständlich wiederholt, kann auch keine „Vorwirkung“ „i.S. eines vorläufigen Bleiberechts“ entstehen. Das heißt, es gibt keinen Anspruch darauf, hier im Lande bleiben zu können. Ein einfacher Blick auf die Landkarte genügt, um zu sehen, daß die BRD von EG-Mitgliedsstaaten und zu sicheren Drittstaaten erklärten Ländern umgeben ist. Logische Folge: auf dem Landweg gibt es keine legitime Möglichkeit mehr, einen Asylantrag in der Bundesrepublik zu stellen. Es kann also unbegrenzt abgeschoben oder an den Grenzen zurückgewiesen werden. Den so abgeschobenen oder zurückgewiesenen Asylbewerber bleibt dann unbenommen, von „außerhalb des Bundesgebietes“ ihren Rechtsbehelf vor deutschen Behörden, bzw. Gerichten zu verfolgen“ (Begründung).

Die vorläufig letzte Liste „sicherer Drittstaaten“ lautet: Finnland, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechische und alle EG-Staaten. (Enthalten sind hier

Politisch Verfolgte genossen Asyl . . .

Sichere Herkunftsänder

In einem weiteren Schritt wird der Vorrang der diplomatischen, außen- und innenpolitischen Interessen der BRD quasi grundgesetzlich verankert. Absatz 3 „eröffnet dem Gesetzgeber die Möglichkeit, verfolgungsfreie Herkunftsänder zu bestimmen.“ Es entspricht durchaus den realen Verhältnissen, daß die Türkei als ein derart sicheres Land den Wünschen von CDU/CSU entsprechend, in die Liste aufgenommen werden sollte. In letzter Sekunde vor der ersten Lesung wurde darauf verzichtet. Eine Liste von amnesty international macht aber deutlich, daß für alle anderen Länder, Bulgarien, Ghana, Indien, Liberia, Nigeria, Pakistan, Rumänien, Togo, Zaire, die in der Diskussion sind, dieselben oder ähnliche Bedenken, wie im Falle der Türkei, geltend gemacht werden müßten.

Bis heute, wenige Tage vor der endgültigen Entscheidung ist z.B. die Aufnahme Indiens noch umstritten; der Auswärtige Ausschuß empfiehlt die Aufnahme . . .

Kriterien zur Bestimmung der Sicherheit eines derartigen Herkunftslandes werden nur vage formuliert. Es muß „gewährleistet erscheinen“, daß „auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse . . .“ dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet.“

Hinzukommen soll als Kriterium noch die Spruchpraxis im Verwaltungsverfahren in „einem überschaubaren Zeitraum“. Das bedeutet, die immer restriktiveren bundesdeutschen Anerkennungsquoten begründen selbst wieder einen „objektiven“ Hinweis auf die Verfolgungssicherheit.

Die Hürde für AsylbewerberInnen, dagegen im Asylverfahren zu bestehen, ist extrem hoch. Sie können „geltend machen, entgegen der aus der gesetzlichen Bestimmung folgenden Regelvermutung ausnahmsweise politisch verfolgt zu sein.“ Sie müssen „erhebliche Tatsachen substantiiert“ vortragen, um eine Prüfung überhaupt erreichen zu können. Das heißt also, nicht nur den Kopf unter Arm tragen, sondern auch noch schriftlich zu beweisen, daß dies eine Folge politischer Verfolgung in einem ansonsten und den Gesetzen der BRD nach rechtsstaatlich vorgehenden politischen Partnerstaat der BRD ist.

Die nicht endgültige Liste der „sicheren Herkunftsänder“: Bulgarien, Gambia, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn, Indien (CDU-Vorschlag und Empfehlung des Rechtsausschusses).

Verfahrensregeln

Im Absatz 4 werden wiederum verfahrensrechtliche Einschränkungen für AsylbewerberInnen geregelt. Nur bei ganz ernsthaften Zweifeln werden Abschiebemaßnahmen ausgesetzt. In diesen Absatz 4 haben CDU/CSU auch eingeschmuggelt, daß im allgemeinen abgeschoben werden darf bei dem Vorwurf schwere Straftaten begangen zu haben oder beim Verstoß gegen „wesentliche Mitwirkungspflichten im Asylverfahren.“ Die Einschränkung der Rechtswegegarantie — eigentlich Gege stand des Artikels 19 Grundgesetz — kann nach der Grundgesetzänderung „der einfache Gesetzgeber konkretisieren“. Absatz 5 schließlich stellt alle Regelungen in den Zusammenhang von Schengen und Dublin und ermöglicht die Bundesregierung, entsprechende Verträge mit anderen Staaten zu schließen. eine Fortsetzung der Politik der Verträge Schengen-Polen und BRD-Rumänien wird sozusagen grundgesetzlich genehmigt und zur zukünftigen Aufgabe gemacht.

Die sogenannten Begleitgesetze oder: was Sie schon immer befürchtet haben, hier wird es Gesetz

Das erste Paket, der „Entwurf für ein Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften“, paßt die im Titel genannten Gesetze den neuen Erfordernissen an. Das heißt: geregelt werden die Einreiseverhinderungs- und Abschiebepflichten, die weitere Ent rechtlichung der Flüchtlinge und Asyl bewerberInnen. (Enthalten sind hier

auch vorläufige Listen mit den „sicheren Drittstaaten“ und den (verfolgungs-) „sicheren Herkunftsändern“.)

Hier tobten sich die Asylbürokraten aus, die selbst mit besseren Gesetzesvor gaben die Rechte der Flüchtlinge praktisch erwürgen würden. Ein Beispiel: Die sogenannte Flughafenregelung Zwischen der ersten und der zweiten/dritten Lesung spielte die sogenannte Flughafenregelung in der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD eine gewisse Rolle. Ausgangspunkt war die Frage, inwieweit die abschbare Um lenkung eines (kleinen) Teils der Flüchtlinge von den Landsgrenzen auf die Flughäfen verhindert werden könnte. Diskutiert wurde die Einrichtung von exterritorialen „internationalen Zonen“ nach französischem Vorbild. Vor Betreten deutscher Bodens sollte die Berechtigung zur Einreise, sprich der Reiseweg (sicheres Herkunftsland, sicherer Drittstaat, Bodenberührungen mit einem solchen) überprüft werden. Vor der Einreise soll so die Möglichkeit zur Zurückweisung geklärt werden. Genau dieser Punkt ist aber bereits Konsens zwischen SPD und Regierungskoalition; die In szenierung des Streits drehte sich bloß

aufpassung in das Dubliner Abkommen, sowie die in der Zwischenzeit ausgehandelten bilateralen Abkommen (z.B. mit Rumänien). So heißt es locker in der allgemeinen Begründung. Und dahinter steckt das Eingeständnis, daß die Bundesregierung seit Jahren an europäischen Abkommen basiert in vollem Be wußtsein darüber, daß deren wesentlichen Bestandteile gegen die geltende Verfassung verstößen. Jetzt präsentiert sie Grundgesetzänderung samt Ausführungsge setzen mit dem Argument, nur so sei den europäischen Erfordernissen gerecht zu werden.

Der „Erfolg“ der SPD besteht darin, daß im „Vorgriff“ (Begründung) auf eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes jetzt schon mal die Gebühren für die Einbürgerung gesenkt werden und auf die Forderung nach einheitlicher Staatsangehörigkeit in der Familie verzichtet wird. Punkt!

Ein zweiter Gesetzentwurf der großen Koalition regelt die „Leistungen an Asylbewerber“ neu. „Die Beträge sind gegenüber den derzeit geltenden Sätzen gekürzt“, heißt es kurz und knapp. Das „Asylbewerberleistungsgesetz“ ist ganz von der Sozialhilfe abgekoppelt

ge, MigrantInnen und AsylbewerberInnen.

2. Die Bundesregierung unterläuft mit diesen Änderungen, der Konstruktion von Drittstaaten, sicheren Herkunftsändern und den diversen Rückübernahmeverträgen (BRD-Rumänien, Schengen-Polen, BRD-Polen etc.) internationale Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Mit den genannten Regelungen sind nicht nur Kettenabschiebungen, d.h. das Weiterziehen von Flüchtlingen ohne ein reguläres Verfahren — geprüft werden ja nur Reisewege und Zuständigkeiten gemäß diverser Abkommen; möglich ist aber auch die „legale“ Abschiebung in Verfolgerländer (Beispiel: ein iranischer Flüchtling, der über Polen einreist, wird dorthin zurückgeschoben. Der Iran ist für Polen kein Verfolgerland, also kann er weitergeschoben werden . . .).

3. Auch bei intensivster Aufrüstung an den Grenzen wird es illegale Zuwendung geben; die soziale und politische Situation der Illegalen — MigrantInnen, Flüchtlingen und politisch Verfolgten im traditionellen Sinne — wird sich erheblich verschlechtern.

4. Im Inland werden Abschiebekäste,



Informationsbroschüre der PDS/ Linke Liste im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

um die Frage, ob Zweifelsfälle (unter den oben genannten erschwerten Bedingungen) vor der Einreise ein Schnellverfahren erhalten sollten.

Als Konsens steht im nunmehr veränderten Ausländergesetz ein neuer Art. 74 a: „Pflichten der Flughafenunternehmer“. „Der Unternehmer eines Verkehrsflughafens ist verpflichtet, auf dem Flughafengelände geeignete Unterkünfte zur Unterbringung von Ausländern, die nicht im Besitz eines erforderlichen Passes oder eines erforderlichen Visums sind, bis zum Vollzug der grenzpolizeilichen Entscheidung über die Einreise bereitzustellen.“ Gewährleistet werden soll damit, daß „der Ausländer“ nicht einreisen kann, um einen Asylantrag zu stellen. Zuvor nämlich soll geprüft werden, ob er aus einem sicheren Drittland oder einem verfolgungssicheren Herkunftsland kommt. Tut er das: ab mit ihm! Führt er sich — entgegen der gesetzlichen Lage der Bundesrepublik — dennoch verfolgt, kann er ja von seinem Herkunfts- oder Durchreiseland aus, sein Verfahren betreiben.

Neben den spezifisch bundesdeutschen Zielen — Ausschluß vom Asylverfahren, Verkürzung des Asylverfahrens, Verhinderung von Mißbräuchen, Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen auch durch die Aufnahmeeinrichtung und in den Fällen der Einreiseverweigerung und der Zurück schiebung (Punkte 1-3 der allgemeinen Begründung) — bedeuten die Änderungen die „innerstaatliche Umsetzung des Schengener Übereinkommens“ und die

und ist „den speziellen Bedürfnissen dieser Personengruppe angepaßt“. Diese „Personengruppe“ hat demnach das spezielle Bedürfnis nach „Leistungen grundsätzlich als Sachleistung. In begründeten Ausnahmefällen können sie in Form von Wertgutscheinen, oder anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen . . . erfolgen.“ Zusätzlich erhalten „Leistungsberechtigte bis zur Vollendung des 14. Lebensjahrs 40 DM“ und danach 80 DM.

Ein §4 regelt die Arbeitsgelegenheiten. Denn die „Leistungsberechtigten“ sollen (!) zur „Selbstversorgung und zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung“ arbeiten. Dafür gibt es 2 DM/Stunde. Wer sich weigert, bekommt seine Zuschüsse gekürzt. Diese „motivierende“ Aufwandsentschädigung von 2- DM (allgemeine Begründung, S. 5) gibt es auch für den verpflichtenden Arbeitsdienst bei kommunalen und gemeinnützigen Trägern, der geschaffen werden soll. Dies — und die möglichst vollständige Unterbringung in Sammellagern — sollen ein Leben nach dem „Grundsatz der Menschenwürde“ sichern.

Fazit:

1. Diese Änderung des Grundgesetzes mit den dazugehörigen Ausführungs gesetzen schafft das bisherige Asylrecht nicht nur ab — am Ende einer immer restriktiveren Auslegungspraxis. Die Änderungen verkehren das Asylrecht in ein Abwehrrecht des Staates und einen Fernhaltemechanismus gegen Flüchtlin

gebie und Zurückziehbetransportes das Bild bestimmen. Paramilitärische BGS-Truppen an den Flughäfen und bald auch an Eisenbahnknotenpunkten, Razzien gegen Illegale und (Schnell-)entscheidenzentren bilden die „Asylinfrastruktur“.

5. Schon jetzt sind die nach außen wirkenden Folgen der deutschen Asylgesetzgebung zu sehen und zu spüren. Die östlichen Nachbarstaaten (genauso übrigens für Westeuropa insgesamt die Maghrebstaaten, die im Prinzip dasselbe System übernehmen werden müssen) sind bei Strafe der Destabilisierung und finanziellen Überforderung zur Kollaboration gezwungen. D.h. sie müssen ihre gerade erst einigermaßen geöffneten Grenzen wieder schließen und dabei Konflikte der Grenzbevölkerungen untereinander und mit MigrantInnen und Flüchtlingen zwangsläufig forcieren. Dort, wo latente oder akute ethnische Konflikte existieren, werden sie ausbrechen oder sich verschärfen. Der lange umkämpfte Vertrag zwischen Polen und der BRD über die Rücknahme von Flüchtlingen sieht vor, daß ein großer Teil der 120 Millionen DM, die die BRD sich das Kosten läßt, in Grenzanlagen an Polens Ostgrenze gesteckt werden müssen (technische Anlagen wie Infrastruktur und ähnliches werden in der BRD eingekauft).

Die BRD exportiert also nicht nur Flüchtlinge in die Nachbarländer; sie exportiert gleichermaßen den hier entwickelten Umgang mit ihnen: Ausländerhaß und -diskriminierung.

Gora Ebrahim, im PAC mit für die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten zuständig und lange Zeit Vertreter des PAC bei den Vereinten Nationen, hat den Politischen Berichten ein Interview gegeben, in dem er einen Überblick über die Entwicklung des PAC in den letzten drei Jahren gibt. — (rül, uld)

Politische Berichte: Die bürgerliche Presse in der BRD berichtet über die Situation in Azania, daß die Verhandlungen innerhalb von CODESA ohne Ergebnisse fortgesetzt werden und daß die Ermordung von Chris Hani auf der einen Seite und der bewaffnete Kampf schwarzer Organisationen auf der anderen Seite die Situation in Südafrika, wie die Bourgeoisie es sieht, „zunehmend unstabil“ machen. Was ist Euer Eindruck von der allgemeinen Lage in Azania?

Gora Ebrahim: Von Anfang an hat der Panfricanist Congress of Azania (PAC) erklärt, daß das Hauptproblem der Entwurf einer neuen, nichtrassistischen demokratischen Verfassung ist. Verbunden damit ist die Frage, wer diese neue Verfassung entwerfen soll. Der PAC tritt dafür ein, daß die neue, nichtrassistische demokratische Verfassung nur von gewählten Vertretern entworfen werden darf, darum fordern wir eine gewählte Verfassunggebende Versammlung.

Seit dem Kongreß im Dezember 1990 hat der PAC einmütig die Position vertreten, daß er zu allen Verhandlungen, die mit der Einrichtung der Verfassunggebenden Versammlung verbunden sind, bereit ist. An dieser grundlegenden Position hält der PAC nach wie vor fest.

Seit dem Februar 1990, als der Bann gegen den PAC und andere Organisationen aufgehoben wurde, sind Verhandlungen in den Vordergrund getreten. Ursprünglich gab es bilaterale Gespräche zwischen den verschiedenen politischen Organisationen. Der ANC und das Regime verfolgten ihre eigenen bilaterale Gespräche. Im April 1991 trafen sich die Nationalen Exekutiven von PAC und ANC in Harare (Zimbabwe) und vereinbarten, die Patriotiche Vereinigte Front zu bilden. Im Oktober 1991 wurde die Konferenz der Patriotiche Vereinigte Front in Durban (Natal) durchgeführt. PAC und ANC riefen gemeinsam dazu auf, ca. 92 Organisationen und Gruppen waren anwesend.

Die Konferenz der Patriotiche Vereinigte Front entschied, daß die Front unter der Aufsicht eines unabhängigen und neutralen Vorsitzenden Gespräche mit dem Regime aufnehmen sollte, mit dem ausdrücklichen Ziel, eine gewählte Verfassunggebende Versammlung einzurichten. Der ANC, der zur gleichen Zeit bereits Gespräche mit dem Regime führte, stimmte zu, ein Forum für solche Gespräche einzurichten. Der ANC und das Minderheitenregime stimmten überein, daß ein vorbereitendes Treffen mit etwa 20 Teilnehmern stattfinden sollte. Sechzehn der 20 Teilnehmer kamen vom Regime — entweder aus den Homeland-Strukturen oder aus dem Dreikammer-Parlament. PAC, ANC, die Südafrikanische Kommunistische Partei und die Indischen Kongresse von Natal und Transvaal waren die einzigen Organisationen, die nicht aus dem System stammten.

ANC und Regime vereinbarten ebenfalls, daß das Forum durch zwei südafrikanische Richter geleitet werden sollte — Beauftragte des Systems. Sie vereinbarten nicht nur im voraus die Besetzung

Der Druck auf das Rassistenregime muß andauern — Interview mit dem PAC

des Forums, sie führten außerdem den Begriff der sogenannten „ausreichenden Übereinstimmung“ ein.

Deshalb mußte der PAC das vorbereitende Treffen verlassen. Es war nicht repräsentativ und stand im Gegensatz zu den Vereinbarungen, die demokratisch auf der Konferenz der Patriotiche Vereinigte Front getroffen worden waren. Der PAC hielt daran fest, daß die Convention for a Democratic South Africa (CODESA), die von dem Vorbereitungstreffen eingerichtet wurde, multilateral in der Form, aber bilateral in der Praxis war und nicht funktionieren würde. In weniger als sechs Monaten zerbrach CODESA!

Die Situation im Jahre 1992 in Azania kann wie folgt charakterisiert werden:

1. Eskalation der Gewalt;
2. das multilaterale Forum zerbrach und wurde ersetzt durch bilaterale Gespräche;
3. zunehmende internationale Beteiligung.

Mit dem Zerbrechen von CODESA kamen bilaterale Gespräche an die Tagesordnung. Der PAC z. B. führte seine ersten bilaterale Gespräche mit dem Regime im April 1992 in Abuja (Nigeria) durch. Obwohl der PAC Verhandlungen zwischen dem Regime und seinen Verbündeten auf der einen Seite und den Mitgliedern der Patriotiche Vereinigte Front auf der anderen Seite vorgezogen hätte, mußte er zur Kenntnis nehmen, daß nun bilaterale Gespräche die Mode waren!

Jedoch beharrte der PAC darauf, daß die Gespräche nur nützen, wenn sie auf die Errichtung eines repräsentativeren multilateralen Forums abzielen — und nicht darauf, bilaterale Abmachungen auszuhandeln. In den bilateralen Gesprächen, die der PAC durchführte, war dies das grundlegende Thema.

Zur Zeit haben wir ein Mehrparteien-Forum, an dem 26 Organisationen teilnehmen. Es ist in Form und Inhalt ein multilaterales Forum. In den vergangenen Monaten hat dieses Forum die Fragen festgelegt, über die beraten werden soll und bei denen Übereinstimmung erreicht werden muß.

Die Position des PAC ist, daß das Forum eine fördernde Einrichtung sein soll, kein Verhandlungsorgan. Es soll die Wählerregistrierung in einer allgemeinen Wahlliste fördern zur Vorbereitung der Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung. Nur eine gewählte Verfassunggebende Versammlung kann ein Mandat für den Entwurf einer nichtrassistischen demokratischen Verfassung für sich in Anspruch nehmen.

Politische Berichte: Die bürgerliche Presse hier berichtet sehr beunruhigt, daß der Einfluß des PAC in Azania stetig zunimmt. Wir sind sehr froh, daß zu lesen. Könnt Ihr uns eine kurze Beschreibung der Schritte geben, die der PAC in den letzten Monaten unternommen hat, um die vereinigte Front der unterdrückten Massen Azanias zu stärken?

Gora Ebrahim: Objektive Journalisten, Botschafter, internationale Beobachter und andere erkennen an, daß der PAC an Unterstützung gewinnt. Jedoch sind sie sich uneinig über die Gründe.

Die große Mehrheit betrachtet den PAC als eine Organisation mit festen

Grundsätzen. Der PAC hat keinerlei verfrühte Konzessionen an das Regime gemacht, z. B. hat er nicht vorzeitig zugestimmt, daß die Sanktionen aufgehoben werden sollen, er hat den bewaffneten Kampf nicht einseitig eingestellt, bevor grundlegende Vereinbarungen erreicht sind. Außerdem ist der PAC die einzige Organisation, die das Regime genötigt hat, sie bei drei Gelegenheiten außerhalb Azanias zu treffen.

Die Massen wissen, daß der PAC nicht in die Schlächtereien zwischen den Parteien in den Townships und auf dem Lande verwickelt ist. Der PAC war die erste Organisation, die das sogenannte „Necklacing“ (das Verbrennen von Personen, denen ein Benzin gefüllter Reifen umgehängt wird, d. Red.) verdammt hat und insbesondere in den afrikanischen Townships auch zu einem Ende gebracht hat.

Ob richtig oder nicht, es herrscht der allgemeine Eindruck, daß das Regime und der ANC einen Kuhhandel vereinbart haben. Bilaterale Gespräche zwischen dem PAC und dem Regime wurden außer Landes und unter Vorsitz einer neutralen Person durchgeführt, deshalb kann niemand dem PAC vorwerfen, er treffe „gesonderte“ oder „geheime“ Vereinbarungen.

Die grundlegende Forderung des PAC nach einer gewählten Verfassunggebenden Versammlung wird nun innerhalb des Mehrparteien-Forums erhoben.

Diese und andere Gründe machen das Programm und die Politik des PAC eindeutig attraktiv für die Menschen. Eindeutig sind in den vergangenen drei Jahren unsere Mitgliedschaft und die Unterstützung für uns schnell gewachsen. Dies erschreckt selbstverständlich jene, die subjektiv Gegner des PAC sind.

Wir möchten bekräftigen, daß die Zukunft dieses Landes von den azanischen Massen entschieden wird, und daß der PAC sehr große Unterstützung bei ihnen genießt. Sie sind es, die darüber abstimmen werden, wer dieses Land regieren soll, nicht die internationale Gemeinschaft.

Politische Berichte: Wie ist Eure aktuelle Position zum bewaffneten Kampf in Azania? Für uns hat es den Anschein, als ob faschistische Siedlerbanden und -parteien ihren Terror gegen die schwarze Mehrheit verstärken, so daß es für die unterdrückten Massen keinen anderen Weg gibt, als Waffen für die Selbstverteidigung zu benutzen, besonders weil die weiße Armee, die Polizei, die Geheimdienste noch immer an der Macht sind.

Gora Ebrahim: Im September 1991 haben eine Reihe von Organisationen ein sogenanntes „Friedensabkommen“ unterzeichnet. Das Ziel war, die Gewalt zu beenden. Der PAC weigerte sich, dieses Abkommen zu unterzeichnen, wir sahen es als „ein Gentlemen Agreement zwischen Dieben, die sich versichern, sich nicht ohne internationale Überwachung gegenseitig zu bestehlen“. Alle Berichte, die die Gewalt betreffen, weisen auf die Unterzeichner als die grundsätzlich Verantwortlichen für die andauernde Gewalt hin.

Der PAC unterscheidet klar zwischen Gewalt und bewaffnetem Kampf. Wir verdammen sinnlose Gewalt ohne Vor-

behalt. Bewaffneter Kampf ist ein legitimes Mittel in der Hand der enteigneten und des Wahlrechts beraubten Massen, und hat nicht zuletzt die Unterstützung der Vereinten Nationen.

Der PAC ist zwar bereit, mit allen betroffenen Parteien über die gegenseitige Einstellung aller Feindseligkeiten Verhandlungen zu beginnen, aber nicht über die einseitige Einstellung des bewaffneten Kampfes.

Politische Berichte: Wenn Wahlen stattfinden würden, unter welchen Bedingungen würde der PAC teilnehmen?

Gora Ebrahim: Wenn das derzeitige Mehrparteien-Forum zu Wahlen führt, wird der PAC sicherlich teilnehmen, vorausgesetzt, die Wahlen sind für die Einsetzung einer Verfassunggebenden Versammlung. Der PAC fordert beharrlich diese Wahlen und bleibt dieser Forderung verpflichtet.

Politische Berichte: Seht ihr nach der Ermordung von Chris Hani eine Möglichkeit für eine vereinigte Front zwischen PAC, ANC, AZAPO? Welche Fortschritte habt ihr auf diesem Gebiet in den letzten Monaten gemacht?

Gora Ebrahim: Die Konferenz der Patriotiche Vereinigte Front in Durban, erklärte in einer Resolution, daß sie nach sechs Monaten erneut einberufen werden sollte. Es sind jetzt über 18 Monate her, und sie ist noch immer nicht einberufen.

Der PAC als einer der Mitaufrufer der Front und die Frontstaaten, haben den ANC wiederholt aufgefordert, die Front mit einzuberufen. Die Antwort war negativ.

ben die UNO, die OAU, die EG und der Commonwealth Beobachter-Delegationen im Land. Der PAC würde gerne sehen, wenn sie eine aktiver Rolle bei der Beseitigung der Apartheid übernehmen und den Demokratisierungsprozeß stärker fördern würden.

Das zur Zeit tagende Forum hat die „Rolle der internationalen Gemeinschaft“ auf der Tagesordnung und wir halten daran fest, daß diese Gemeinschaft ihre Aufgabe übernimmt.

Politische Berichte: Für uns sieht es so aus, als ob die offen faschistischen Parteien unter den weißen Siedlern an Einfluß gewinnen. Welche Informationen habt ihr über die Unterstützung dieser Faschisten? Erhalten sie Unterstützung von den großen Konzernen in Südafrika und zur deutschen Regierung hat, verwickelt seien? Wie will der PAC auf diese Entwicklung reagieren?

Gora Ebrahim: Viele Quellen pumpen große Ressourcen in das Land, entweder um das inhumane Apartheidssystem zu bewahren oder um die Ereignisse zu beeinflussen. Egal, die Zuwendungen sind zahlreich!

Die deutsche Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen sind innerhalb von Apartheid-Südafrika in einer sehr sektiererischen Weise tätig.

Der PAC wird von diesen „Geben“ finanziell isoliert, in der Hoffnung, daß



Zwangsumsiedlungen und Polizeiterror finden weiterhin statt.

Der PAC ist der Front verpflichtet und jederzeit bereit, sie gemeinsam mit dem ANC einzuberufen. Wir können alle Fragen in Verbindung mit der Front demokratisch klären.

Wir sind jedoch nicht besonders optimistisch, daß dies schnell geschehen wird.

Politische Berichte: Ihr habt immer gefordert, daß Verhandlungen mit dem weißen Kolonialregime an einem neutralen Platz unter einem neutralen Vorsitzenden, zum Beispiel aus der OAU oder der UNO, stattfinden müssen. Habt ihr dafür in der UNO und/oder der OAU in der letzten Zeit Unterstützung gefunden?

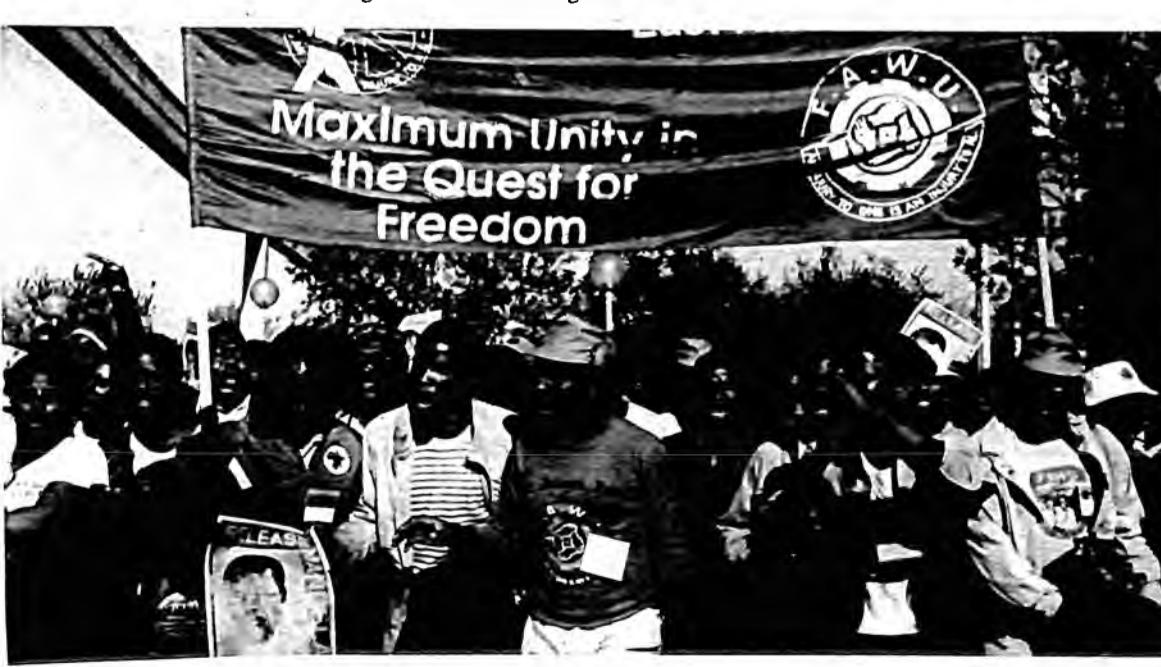
Gora Ebrahim: Der PAC hat darauf bestanden, daß jegliche bilaterale Gespräche mit dem rassistischen Minderheitenregime an neutralem Ort und unter Vorsitz einer neutralen Person stattfinden müssen. Der PAC hat das Regime dreimal unter diesen Bedingungen getroffen, einmal in Nigeria und zweimal in Botswana.

Von Anfang hat der PAC internationale Beteiligung bei der Lösung der Probleme in Südafrika gefordert. Heute ha-

seine Rolle im Befreiungsprozeß minimiert wird, wenn die Gelder entzogen werden. Also erhalten wir keinerlei Unterstützung von der deutschen Regierung oder den deutschen Organisationen, die in Azania tätig sind. Die großen deutschen Konzerne verteilen ihre Gelder über Nicht-Regierungsorganisationen.

Die bisherigen Untersuchungen über die Ermordung von Chris Hani haben ergeben, daß dies eine Verschwörung mit internationaler Beteiligung war. Weitere Untersuchungen werden weitere Details ergeben.

Schlussfolgerung: Für den PAC hat erste Priorität, seine Unterstützung an der Basis zu stärken, die grundsätzliche Einheit der unterdrückten, ausgebauten und enteigneten Massen zur fördern und einen grundsätzlichen Kampf an allen Fronten zu führen. Wir sind einer demokratischen Lösung verpflichtet und bereit, dies durch Mehrparteien-Verhandlungen zu erreichen. In der Zwischenzeit muß der gesamte Druck gegen das illegale Minderheitenregime aufrechterhalten bleiben.



„Maximale Einheit in der Forderung nach Freiheit“ — Gewerkschaftsdemonstration zum Cosatu-Kongreß.

FPÖ-Sonderparteitag für ein „großes Europa“

Nach Ansicht der Medien in Österreich ist die FPÖ auf ihrem Sonderparteitag Anfang Mai auf klare Distanz zur EG gegangen. Mehr als 95 % der Delegierten stimmten einem europapolitischen Leitantrag Jörg Haiders zu. Der Vorsitzende hatte den Parteitag mit dem Ziel einberufen, die bisherige Pro-EG-Linie der FPÖ zu kippen. Vor wenigen Monaten verließen seine Stellvertreterin Heide Schmidt und fünf weitere bekannte Mandatsträger die FPÖ unter anderem mit der Begründung, Haider versuche einen Anti-EG-Kurs durchzusetzen.

Herausegekommen ist jetzt eine Bekennnis der FPÖ zu einem „großen Europa“, bei gleichzeitiger Bekräftigung starker Vorbehalte gegenüber der EG. Die in Maastricht getroffenen Festlegungen über die Währungsunion und die Sozialpolitik lehnt die FPÖ ebenso ab wie eine Aufgabe „nationaler Souveränität“. Mit „Nachdruck“ wendet sie sich gegen eine „gleichmachende Teilharmonisierung in einem Teil Europas“, die „neue Gräben gegenüber dem gesamten, viel größeren Europa“ aufreißt. Die rechte Partei will, daß wirtschafts- und sozialpolitischer Spielraum – nach unten – erhalten bleibt. Das sei schon wegen der späteren Erweiterung der EG nach Osten und Süden sinnvoll.

Haider macht sich also dafür stark, daß die westeuropäischen Konzerne in einem „großen Europa“ vom Sozialdumping im Osten und Süden profitieren können. Der FPÖ-Chef hofft, daß dabei was zu holen ist. Als „entscheidender geographischer Faktor zur Schließung des europäischen Binnenmarktes“ könne es sich Österreich leisten, in Brüssel „selbstbewußte Verhandlungen“ zu führen, so Haider. Die Südosteuropa-Expansion haben sich vor allem die deutschen Konzerne auf die Fahne geschrieben. Der erklärte Deutschnationale Haider spekuliert offenbar darauf, sich dabei der BRD anzudienen.

Daß Haider für diese Linie mehr als 95 % der Stimmen bekam, widerlegt auch Behauptungen, die FPÖ sei in Sachen EG gespalten. Eine endgültige Entscheidung, ob die Rechtspartei zu einem Ja bei der EG-Volksabstimmung aufrufen wird, hat sie sich bis zu einem weiteren Parteitag nach Abschluß der Beitragsverhandlungen vorbehalten. So soll gegenüber der Regierung Druck für die FPÖ-Forderungen gemacht werden. Das scheint möglich, denn bei den Landtagswahlen in Niederösterreich gelang es der FPÖ erneut, 2,67 % (auf 12,06 %) zuzulegen. Schmidts Liberales Forum kam auf 5,1 %. — (jüg)

Bosnische Serben lehnen Friedensplan ab

Zwei Ereignisse bestimmten in den letzten Tagen die Entwicklung auf dem Balkan: der spontane Kurzbesuch des deutschen Außenministers Kinkel in Kroatien und die Abstimmung der bosnischen Serben über den Vance-Owen-Friedensplan. Kinkel war zu der Stippvisite gezwungen, weil der EG-Ministerrat *Unmut über die anhaltenden Kämpfe zwischen den bisher verbündeten bosnischen Muslimen und Kroaten äußerte*. Seitdem die BRD vor zwei Jahren einseitig Slowenien und Kroatien anerkannte und dadurch die schwelende jugoslawische Krise zu einem Steppenbrand machte, ist von Seiten der EG-Bürokratie die BRD verantwortlich für alle Handlungen, die von kroatischer Seite ausgehen. Es sind schließlich „eure Kroaten“, wie es in Gesprächen zwischen Kinkel und EG-Diplomaten immer mal wieder heißt.

Wenn man den Presseerklärungen folgt, hat man den Eindruck, daß Kinkel und sein Vasall Tudjman hauptsächlich sehr angeregt über das gute Wetter in Kroatien unterhalten haben. Ganz nebenbei erläuterte dann der Präsident, daß er keinen Einfluß auf die Ereignisse in Bosnien habe und für die Eroberungsziele der kroatischen Bosnier

nicht verantwortlich gemacht werden könne. Damit war Kinkel zufrieden und rauschte wieder ab.

Die Erklärung Tudjmans korrespondiert trefflich mit entsprechenden Aussagen aus Belgrad. Tatsächlich sind gerade der kroatische Präsident Tudjman und sein serbisches Pendant Milošević *mitverantwortlich für die Zerstörung des jugoslawischen Staates*. Schon vor zwei Jahren machten Gerüchte die Runde, daß es eine geheime Absprache zwischen Kroatien und Serbien über die Aufteilung Bosniens gebe. Dieses Vorhaben scheint nun abgeschlossen zu sein. Die Ablehnung des Vance-Owen-Friedensplanes durch die bosnischen Serben ist jetzt nur noch ein propagandistischer Schaueffekt, der die tatsächlich vollzogene Auflösung des bosnischen Staates verschleiert. Der bosnische Serbenführer Karadžić beerdigte nach der Abstimmung offiziell den Friedensplan, den er erst vor einigen Wochen unterzeichnet hatte, und forderte, endlich den eigenen Staat der Serben zu akzeptieren, weil Muslime und Serben nicht zusammenleben könnten. Das ist rassistischer Unsinn, denn die vergangenen 40 Jahre des sozialistischen Jugoslawien zeigten, daß dies sehr wohl ging. — (hav)

Frankreich: Neues Staatsbürgerrecht

Gegen 88 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten hat die bürgerliche Mehrheit mit 476 Stimmen in der französischen Nationalversammlung am 13. Mai ein neues Staatsbürgerschaftsrecht verabschiedet. Kinder von Ausländern, die in Frankreich geboren sind, erhalten nicht mehr mit 18 Jahren automatisch das Bürgerrecht, sondern müssen zwischen ihrem 16. und 21. Lebensjahr eine formelle Erklärung abgeben. Sie dürfen außerdem nicht wegen bestimmter Delikte verurteilt werden. Unter dem Titel „Kampf gegen Scheinehen“ ist die Zeitdauer des Erwerbs des Bürgerrechts durch Heirat von bisher sechs Monaten auf zwei Jahre ausgedehnt worden. Als „Jagd auf die Beurs“, d.h. auf in Frankreich geborene Kinder von Algeriern, bezeichnete die öffentliche Kritik die Regelung, daß künftig ein Elternteil mindestens fünf Jahre in Frankreich gelebt haben muß, bevor ein Kind Anspruch auf das Bürgerrecht hat — bisher galten alle Kinder von Algeriern, die selber vor 1962, dem Unabhängigkeitsjahr Algeriens, geboren wurden, als französische Bürger, wenn sie in Frankreich zur Welt kamen. Auch hier angeblich

Missbrauch durch algerische Frauen, die zur Niederkunft nach Marseille reisten, damit ihre Kinder ein Aufenthaltsrecht in Frankreich erhielten. Verschiedene Kräfte kritisieren die Regierung, daß mit den Maßnahmen eine Annäherung an ein völkisches Staatsbürgerrecht stattfinde.

Auch in der Wirtschaftspolitik hat der Bürgerblock eine Rechtswende eingeleitet: Wir berichteten bereits, daß die Beamtengehälter in diesem Jahr nicht erhöht werden. Weiter beschloß die Regierung eine Rentenkürzung: Die Beitragszeit bis zur Erreichung des vollen Rentenanspruchs wird von 37,5 auf 40 Jahre erhöht; faktisch wird damit die Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre, die die Sozialisten 1981 einführten, rückgängig gemacht. Die Eigenbeteiligung an den Krankenhauskosten wird von 50 auf 60 Francs erhöht; Rezeptgebühren und Streichen von Medikamenten erhöhen die Krankheitskosten für Versicherte.

Die kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaft CGT hat für den 27. Mai Protestaktionen, Streiks und Kundgebungen gegen die unsoziale Regierungspolitik angekündigt. — (alk)

Internationale Umschau



Mit etwa 100 Kundgebungen und Veranstaltungen im ganzen Land haben die US-Gewerkschaften am 28. April ihren Druck für eine Verschärfung der Arbeitsschutz- und Sicherheitsvorschriften für die Kapitalisten verstärkt. In New York (Bild) versammelten sich mehrere hundert Lohnabhängige und forderten die Verabschiedung einer Novellierung des Gesetzes über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (OSHA). Ein im Kongreß vorliegender Gesetzentwurf, den die Gewerkschaften unterstützen, erlaubt bei Verstößen gegen die Arbeitssicherheit hohe Regressklagen der verletzten Arbeiter und verbessert die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Sicherheitsinspektionen in den Betrieben zu verlangen. Jedes Jahr werden mehr als 10000 Lohnabhängige in den USA bei Arbeitsunfällen verletzt, mehrere zehntausend erkranken wegen giftiger Werkstoffe am Arbeitsplatz. — (rül, Bild: AFL-CIO News)

Streik im baskischen Werk von Sachs

Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen um den Haustarifvertrag ist die Belegschaft des Sachs-Werkes in der Nähe von Bilbao am 27. April in unbefristeten Streik getreten. Trotz Polizeiprovokationen hält die Belegschaft täglich von 6 bis 22 Uhr vor den Werkstätten aus. Forderungen sind unter anderem: Abschluß eines Tarifvertrages, Lohn erhöhung, Arbeitszeitverkürzung auf 1750 Stunden/Jahr, 100 % Krankengeld ab dem ersten Tag, Beibehaltung von gewerkschaftlichen und sozialen Rechten, die in früheren Tarifverträgen vereinbart waren. Das Sachs-Management will den Streik anscheinend brechen, indem die Produktion nach Schweinfurt verlagert wird. — (cls)

Harmonisierung beim Abtreibungsrecht abgelehnt

Zwar hat eine Mehrheit von 74 gegen 56 Parlamentariern des Europarats eine Angleichung der unterschiedlichen nationalen Bestimmungen beim Schwangerschaftsabbruch beschlossen, die nötige Zweidrittelmehrheit scheiterte aber an den christdemokratischen Abgeordneten. Der Vorstoß von sozialdemokratischen Abgeordneten hatte die Einführung einer gleichen Frist für den legalen Schwangerschaftsabbruch zum Ziel, damit begründet, daß so dem „Abtreibungstourismus“ zwischen den Mitgliedsstaaten ein Ende bereit werden könnte. — (alk)

Papst für Umordnung des Kircheneinflusses in Italien

Bei der italienischen Bischofskonferenz Mitte Mai kam die Frage auf, ob die katholischen Kirche wie bisher ihren Anhängern in politischen Angelegenheiten die christdemokratische Partei empfehlen solle oder ob die Krise der politischen Strukturen und Parteien eine Änderung nötig machen. Kardinal Ruini, der Präsident der italienischen Bischöfe, vertrat den traditionellen Klerikalismus, eine Minderheit forderte angesichts des Entstehens der rechtspopulistischen Parteien Rete und Lega Nord die Aufgabe der These von der *einen* katholischen Partei. Johannes Paul II. verallgemeinerte die Diskussion. Er führte aus, die Nation in Italien stehe vor der Notwendigkeit, einige Grundwerte neu aufzubauen. Dazu müsse bei der Familie begonnen werden und die christlichen Wurzeln dürfen nicht vergessen werden. Die Einheit der Katholiken beruhe auf solchen Werten und nicht auf der Wahl des einen oder anderen politischen Kandidaten. Es gelte aber in der Vielfalt die Einheit nicht aus den Augen zu verlieren. Anders ausgedrückt: Der Papst sieht die katholische Kirche in Italien als ideologischen Stichwortgeber für einen bürgerlichen Block bis hin zu den faschistischen Kräften. Ein Bündnis mit den Rechten wäre für die italienische katholische Kirche nicht neu: Der Vatikan verdankt schließlich seine staatliche Existenz den Lateranverträgen, die der Papst 1929 mit Mussolini abgeschlossen hat. — (alk)

Ausnahmezustand in Venezuela

Die venezolanische Regierung hat am Wochenende den Ausnahmezustand über die Hauptstadt Caracas verhängt. Massiv geht sie damit gegen die seit Wochen andauernden Proteste, Demonstrationen und Straßenschlachten zwischen Studenten und Polizei vor. Die Aktionen, die auch durch Streikaktionen aus den Betrieben unterstützt werden, richten sich vor allem gegen den Präsidenten Perez. Die Verhängung des Ausnahmezustands steht auch in direktem Zusammenhang mit der Eröffnung der Verfahrens gegen den Präsidenten wegen Veruntreuung und Korruptionsverdacht. Die Proteste der Studenten richteten sich dagegen, daß trotz der Anklage Perez weiterhin im Amt bleibt. Jetzt hat er seinen Rücktritt für die kommenden Tage oder Wochen angekündigt. Vorgezogene Neuwahlen werden damit immer wahrscheinlicher. Die politischen Widersacher, alles führende Bürokraten der herrschenden Klasse, stehen schon in den Startlöchern. Dem politischen Desaster ging das ökonomische voraus. Die Zinsen auf Bankguthaben sind im Moment so hoch, daß kaum Gelder investiert werden — wo kann man schon einen Profit von über 60 % erwarten? Da umgekehrt die Zinsen auf Kredite über 70 % liegen, ist vor allem das kleine Kapital in Existenznoten. Der Staat selbst ist bankrott. Zu dessen Sanierung erwartet man in den nächsten Wochen eine Erhöhung des Ölpreises und vor allem eine kräftige Abwertung des Bolivar gegenüber dem Dollar. Falls diese Abwertung durchgeführt wird, ist über Nacht alles Angesparte keinen Heller mehr wert. Nur der Staat wäre vermutlich einen Großteil seiner Schulden los.

Unter diesen Bedingungen ist der nächste Putschversuch schon vorprogrammiert. In den letzten anderthalb Jahren gab es schon zwei davon. Angeführt jeweils von einer linken Gruppierung innerhalb der Armee. Sie scheiterten, weil die putschenden Militärs keine Alternative zu dem korrupten herrschenden System vorweisen konnten und unter der Bevölkerung weitgehend isoliert blieben. Seit Wochen streiken sporadisch schon die Ölarbeiter, Lehrer, Busfahrer usw. Der Streik der Ölarbeiter trifft die herrschende Klasse am empfindlichsten, da der Ölverkauf Venezuelas einzige Deviseneinnahmequelle ist. — (hav/haddock)

Niederlande: Proteste gegen Regierungspläne

Die niederländische Regierung aus Christdemokraten und Sozialdemokraten will die Stipendien und Mindestentgelte für Studenten (derzeit 563 Gulden im Monat, ca. 550 DM) kürzen und die Ausgabe von Freifahrkarten für Studenten beschränken. Gleichzeitig sollen die Gehälter der Beamten real gesenkt werden, indem sie nominal nur um 0,75 Prozent angehoben werden. Alle „Sparmaßnahmen“ zusammen sollen die Staatsausgaben 1994 um 7,2 Milliarden DM verringern. Am 9. Mai protestierten 20000 Studenten in Den Haag gegen diese Pläne. Dabei kam es zu brutalen Übergriffen der Polizei auf die Demonstranten. Die 188000 Beamten sind in Warnstreiks getreten. Sie fordern mindestens 2,5 Prozent Gehaltsanhebung. — (rül)



Gasversorgungsunternehmen in mehreren US-Bundesstaaten im Nordosten der USA haben ungefähr 1300 Gasarbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter hatten gegen die Pläne der Unternehmensleitungen protestiert, die tariflich vereinbarten Zahlungen der Unternehmen für die Krankenversicherung einzuschränken und die freie Arztwahl für die Arbeiter aufzuheben. Etwa 850 Lohnabhängige sind von den Kürzungsplänen der Unternehmen direkt betroffen. Am 22. April protestierten etwa 1000 Beschäftigte der Bostoner Gaswerke vor einer Aktionsversammlung des Unternehmens gegen diese Pläne (Bild). Die Gewerkschaften haben die lokalen Behörden aufgefordert, ihre Zahlungen an die Gaswerke einzustellen, solange die Arbeiter ausgesperrt sind. — (rül, Bild: AFL-CIO News)

Streikbewegung im Einzelhandel?

Hamburg. Seit dem 10. Mai laufen im Hamburger Einzelhandel die Urabstimmungen über Streik für einen neuen Tarifvertrag. Dabei hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zunächst die Beschäftigten der Verbrauchermärkte, Lebensmittelfilialen und Kaufhausläger zur Abstimmung aufgerufen. Die HBV-Mitglieder in diesen 49 Betrieben votierten mit durchschnittlich 93,54 Prozent für einen Streik.

Die große Tarifkommission hatte 200 DM Lohn- bzw. Gehaltsanhebung für alle mehr gefordert. Besonders für die Beschäftigten in den Lägen ist die Abschaffung der untersten Lohngruppe und die Angleichung der Kündigungsfristen für gewerbliche Arbeitnehmer an die der Angestellten wichtig.

Im Hamburger Einzelhandel arbeiten ungefähr 80000 Beschäftigte. Die Arbeitgeber hatten ihnen eine „Lohnhöhung“ von nominal 2,8 Prozent angeboten. Zunächst sah es so aus, als ob die Einzelhandelskapitalisten die allgemein schlechte Wirtschaftslage in dieser Tarifrunde für ihre Branche ausnutzen könnten. Das hätte einen Abschluß von wenig über 3 Prozent (also weit unter der Preissteigerungsrate) bedeutet. Inzwischen ist die Stimmung umgeschlagen, unter den Beschäftigten hat sich

eine neue Kampfkraft entwickelt.

Die Beschäftigten sind zum großen Teil optimistisch. Besonders die Verkäuferinnen in den Lebensmittelfilialen möchten ihre Arbeit endlich honoriert wissen. Hier kommen zu den ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Stehen, Tragen, Vor- und Nacharbeiten außerhalb der Ladenöffnungszeiten) auch noch besonders dünne Personaldecken hinzu.

Er trat für ein Mindestgehalt von 3000 DM im Einzelhandel ein, „... damit man davon leben kann.“ Außerdem warf er Regierung und Wirtschaft vor, sie wollten die sozialen Fortschritte einfrieren.

Die fünfte Tarifverhandlung findet am 18. Mai (nach Redaktionsschluß dieser Zeitung) statt. Sollten die Arbeitgeber bis dahin kein deutlich besseres Angebot vorlegen, wird die große Tarifkommission am gleichen Tag über Urabstimmungen bei den Kaufhäusern und Streik beraten.

Im Laufe dieser Woche beginnen auch in den Tarifgebieten Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Urabstimmungen. — (wah)

Die Aktion „Entrüstet Daimler“ bleibt am Ball

Stuttgart. Auch zur diesjährigen Aktionsversammlung des größten bundesdeutschen Rüstungsproduzenten und Rüstungsexporteurs Daimler-Benz rufen die Kritischen Aktionäre zu Protestaktionen auf. Am 26. Mai werden die etwa 8000 Aktionäre vor der Stuttgarter Schleyerhalle mit einem alternativen Geschäftsbericht, Plakatpaliere, dem Song von Janis Joplin „Oh Lord, won't you buy me a Mercedes-Benz“ sowie einem Blutcocktail „Daimlers Rüstung — Tod für die Welt“ empfangen. In der Versammlung wird es Redebeiträge zu Rüstungsexporten z.B. in die Türkei, Rüstungswerbung, Entwicklungen im Betrieb, Verkehr, Regenwaldprojekt, Eurofighter 2000 usw. geben.

Wir dokumentieren im folgenden aus dem einleitenden Beitrag des Alternativen Geschäftsberichts, von Jürgen Grässlin, Vorsitzender des Rüstungsinformationszentrums Baden-Württemberg. Der Alternative Geschäftsbericht kann bezogen werden bei: Kritische Aktionäre Daimler-Benz, c/o Ohne Rüstung Leben, Furtbachstr. 10, 7000 Stuttgart 1. — (evc)

Ich bin sofort bereit, den Waffenproduktionsanteil zugunsten ziviler technischer Produktionen zurückzunehmen. Edzard Reuter, 18. Januar 1991.

Die Aussage unseres Vorstandsvorsitzenden klingt wie ein schlechter Witz. Nähme Edzard Reuter sich selbst beim Wort, so müßte er endlich den Ausstieg aus den größten Militärprojekten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland — dem „Eurofighter 2000“ (besser bekannt als Jäger 90) und dem Kampfhubschrauber „Tiger“ — in die Wege leiten. Läge ihm die Arbeitsplatzsituation des Konzerns am Herzen, so hätte er bereits bei der letzten Jahreshauptversammlung dem Antrag aus den Reihen des Dachverbands der Kritischen AktionärInnen (KAD) zustimmen müssen. Wir beantragten die Finanzierung eines Projekts, um den Umbau der militärischen auf die zivile Fertigung voranzubringen. Doch der Weg wies auch im Geschäftsjahr 1992 in eine andere Richtung. Weitere militärische Produktion und verstärkter Rüstungsexport heißen die Devise: Daimler-Waffen und Dual-Use-Güter werden in das Pulverfaß Golfregion, an den Bürgerkriegsstaat Türkei und den Krisenherd Südostasien geliefert. Der Umstellungsprozeß, die sogenannte Rüstungskonversion, wird — wie der Fall des Augsburger Tornado-Werkes belegt — nicht nur klein geschrieben, sondern sogar blockiert. Die Weichen sind bei Daimler-Benz auf der ganzen Linie falsch gestellt. Von der S-Klasse bis zum „Eurofighter 2000“ — eine Fehlentscheidung jagt die andere.

Bürgerforum Paulskirche am 19. Juni in Frankfurt

Frankfurt/Main. „Rückwärts in eine andere Republik?“ lautet das Motto des Bürgerforums. Trägerkreis: Aktion Sühnezeichen, Kritische PolizistInnen, Krit. Juristen, BBU, DFG/VK, SOS Rassismus, Dt. Vereinig. für Datenschutz, Humanistische Union, Liga für Menschenrechte, Dachverband Freier Weltanschauungsgemeins., Internat. Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs, medico, Liste demokrat. Ärzte Hessen, Neue Richtervereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltverein, Strafverteidigervereinigungen, Pro Asyl, Pax Christi, SUD Schwulenverband. Foren finden statt zu: Außenpolitik. Rolle der Bundeswehr; Prävention statt innerer Aufrüstung; Ökologie versus ökonomisches Wachstum?; Asyl, Einwanderungsland Deutschland. — (udi)

Rep-Landesparteitag: Öffentlichkeit gescheut

Hannover. Gegen den im November 1992 geplanten Landesparteitag der Republikaner im Raum Hildesheim gab es aus einem breiten Bündnis Proteste. Der zuständige Gemeinderat in Schellerten wandte sich gegen den Parteitag. Die Bezirksregierung Hannover wies den Landkreis Hildesheim an, die Landesmitgliederversammlung zu verbieten. Der stellvertretende Rep-Landesvorsitzende in Niedersachsen, Gerhard Wruck, versuchte, das Verbot als verfassungswidrige Einzelaktion der Bezirksregierung darzustellen. Ende April haben die Republikaner nunmehr in Rotenburg/Wümme ihren Parteitag durchgeführt und einen neuen Landesvorstand gewählt. Vorsitzender wurde Werner

Hasse (Göttingen), Stellvertreter G. Wruck, Rep-Stadtrat Hannover sowie K. Vajen (Rotenburg). Die Vorbereitung zum Parteitag und die Durchführung mit ca. 200 Teilnehmern wurde nicht öffentlich gemacht, um Demonstranten fernzuhalten. — (bee)

1500 demonstrierten gegen Müllverbrennung

Augsburg. Auch 40 Landwirte aus dem Raum Aichach beteiligten sich mit ihren Traktoren an der Demonstration am 1. Mai in Augsburg, zu der elf Gruppen und Bürgerinitiativen aufgerufen hatten. Augsburg wählten sie als Protestort aus, weil die Staatsregierung die Region Schwaben als Vorbild für zentrale Müllverbrennung ausbauen will und mit der einseitigen Festlegung auf die Verbrennung sinnvolle Wege einer ökologischen Abfallwirtschaft blockiert. Die Initiativen kündigten den Bau eines Hüttenofens in Krähenberg oder Mandlach an, falls diese weiter als Deponie für Schlacken aus der Augsburger Müllverbrennungsanlage diskutiert werden. — (baf)

Haus der Heimat muß geschlossen werden!

Stuttgart. Im März wurde die Bibliothek des „Hauses der Heimat“ geschlossen, nachdem die Presse dort rassistische und faschistische Bücher fand. Am 6. Mai wurde der Leiter, Albert Reich, von Innenminister Birzle seines Amtes entbunden. Anlaß: Ein 1986 verfaßter Brief, der faschistische und rassistische Äußerungen enthält und Verbindungen zu Rechtsextremen beweist. Inzwischen vermeldet die Presse, dieser Brief habe sich als Fälschung erwiesen, Reich selber kann sich an seine Autorenchaft

„nicht mehr erinnern“. Auch eine mögliche Fälschung — aus Konkurrenzgründen? — ändert nichts an den seit Jahren immer wieder angegriffenen faschistischen und revanchistischen Umrissen im „Haus der Heimat“. So tagt 1977 der Witikobund dort, 1978 konnte auf Antrag von SPD und Grünen das Verbot einer weiteren Veranstaltung erreicht werden. Der DGB-Vorsitzende Pommern fordert Aufklärung, wer verantwortlich sei, daß Reichs „rechtslastige Umtriebe“ jahrelang verborgen geblieben seien. Die Grünen im Landtag stellten den Antrag auf Schließung des „Hauses der Heimat“: Die Konzeption als eine vom Land getragene Einrichtung sei von Anfang an falsch gewesen. Damit ist vorsichtig umschrieben, daß dieses Haus von der Filbinger-Regierung gegründet wurde, um revanchistische Umriffe zu organisieren, und von Anfang an mit Wissen der Landesregierung faschistische Organisationen das Haus benutzt. — (ulk)

Faschisten sammeln bei SPD und CDU

Köln. Der frühere CDU-Abgeordnete Krause sprach auf einer Veranstaltung der Kölner Burschenschaft Germania zu dem Thema „Deutschfeindlichkeit“. Die Burschenschaft lädt für den 27. Mai zu einer weiteren Veranstaltung mit dem nationalrevolutionären Juso Sascha Jung aus Leipzig zum Thema „Sozialdemokratie und Vaterland“ ein. Die Veranstaltung findet im Zusammenhang mit der Gründung eines „Hofgeismarer Kreises“ statt. Es handelt sich um eingeschaltete Faschisten in der SPD. Einen derartigen gleichnamigen Kreis gab es schon mal 1923, um die „nationale Mitverantwortung“ zur Geltung zu bringen. — (jöd)



Motorradcorso gegen Rassismus

Essen. Rund 650 Motorradfahrer und -fahrerinnen folgten am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, dem Aufruf von Motorradclub „Kuhle Wampe“, IG Metall-Vertrauenskörperschaft, Jugendvertretung und Betriebsrat Krupp-Rheinhausen sowie IGBE-Jugend Ruhr-Nord zu einem „Motorradcorso durch'n Pott“ nach Düsseldorf. Das Motto: „Gegen Rassismus, Dummheit und Haß“. Bei einer Zwischenkundgebung in Essen forderte ein Sprecher des Motorradclubs das Verbot faschistischer Organisationen. (Quelle: Lokalberichte Essen 10/93 — K. G.; Foto: M. Sch.)

Eine „strategische Allianz“ für das Überleben des Konzerns

Hamburg. Am 4. Mai 1993 war Bilanzpressekonferenz des Vorstandes der Jungheinrich AG. Zwei zentrale Themen wurden dabei der Öffentlichkeit präsentiert: Die nun vom Kartellamt abgesegnete Kooperation mit dem Linde-Konzern und die „schartigen Perspektiven“ für das kommende Geschäftsjahr.

Damit haben sich der Weltranglisten-Erste im Herstellen von Gabelstaplern, die Linde AG, und Jungheinrich, auf der Weltrangliste immerhin die Nummer drei, zusammengetan. Gemeinsam in dieser „strategischen Allianz“ wollen sie dem Konkurrenzdruck der japanischen Konzerne, z.B. Toyota, entgegentreten.

Der Anfang der Kooperation ist das gemeinsame Elektromotorenwerk bei Brünn in der Tschechischen Republik. Die Elektromotoren rund dreißig Prozent billiger zu fertigen, lautet die Vorgabe für diese Fabrik. Die billigen Löhne in Verbindung mit dem hohen Ausbildungsstand der dortigen Ingenieure und Facharbeiter sollen dies möglich machen.

Ebenso entscheidend wird es aber sein, ob es der neuen Firma JULI gelingen wird, zusätzlich durch die angestrebten Stückzahlen diese Kostensenkung zu realisieren. Denn weltweit ist das Marktvolumen für Gabelstapler um 15 bis 30 % eingebrochen. Und das bei einer Überkapazität an Fertigungsanlagen für Gabelstapler von 50 %.

Diese Faktoren sind zugleich die Rahmenbedingungen für den Überlebenskampf der Belegschaften.

Für die KollegInnen bei Jungheinrich und bei Still bedeutet dies neue Werk unmittelbar den unwiederbringlichen Verlust von mindestens dreihundert Arbeitsplätzen. In Norderstedt und Hamburg wird die Motorenfertigung stufenweise eingestellt.

Die Konzernleitung setzt aber nach. Sie hat auf der gleichen Pressekonferenz bekanntgegeben, daß sie weitere 300 Leute Jungheinrich-gruppenweit abbauen will. Den Betriebsräten wurde der Vorschlag unterbreitet, einem freiwilligen Sozialplan zuzustimmen: Betriebsbedingte Kündigungen könnten so vollständig vermieden werden. Belegschaftsmitglieder hätten die Möglichkeit, anhand von Abfindungstabellen sich selbst zu taxieren; sie könnten sich dann freiwillig melden, um das Unternehmen ohne Groll zu verlassen.

Bei der Vorstellung dieses Konzeptes durch den Vorstand ging beinahe unter, daß die fünfprozentige tarifliche Erhöhung des Weihnachtsgeldes 1993 verrechnet werden soll.

Der Vertrauenskörper der IG Metall hat als ersten Mobilisierungsschritt nach dem Bekanntwerden der Vorstandspläne eine Unterschriftenaktion organisiert. In weniger als einer Woche haben 1137 Kolleginnen und Kollegen aus allen Werken den nachfolgenden gemein-

samen Text des IG Metall-Vertrauenskörpers bei Jungheinrich und der DAG-Betriebsgruppe bei Jungheinrich unterschrieben. Am 13. Mai wurden die gesammelten Unterschriften dem Vorstand vom Betriebsrat Hamburg überreicht.

„Der Vorstand der Jungheinrich AG hat erklärt, daß er die ETX-Fertigung (TG-F) in Wandsbek entweder verkleinern, verlegen oder ganz aufgeben will. Gleichzeitig kündigte der Vorstand an, daß er bis Oktober 1993 Jungheinrich-konzernweit noch weitere ca. 300 Angestellte und Arbeiter abbauen will, nachdem seit Januar bereits ca. 150 Kolleginnen und Kollegen das Haus verlassen haben.“

Seine Gründe sind: Änderung von Arbeitsabläufen, Rationalisierung, Fremdlagerungen und auch die augenblickliche Konjunkturlage. Die Betriebsräte sind bereits vom Vorstand aufgefordert worden, für einen Sozialplan die Kriterien für die entlassenden Kolleginnen und Kollegen aufzuweisen.

Die Belegschaft ist das wertvolle Kapital für die Zukunft dieses Unternehmens: Daher erwarten wir vom Vorstand, daß er sich mit gleicher Energie wie wir uns in unserer Arbeit für Jungheinrich engagieren, für den Einsatz sämtlicher Arbeitsplätze bei Jungheinrich einzusetzen und dafür Beschäftigungssicherung zu erarbeiten.“ — (hel)



Köln. Mit Protestaktionen in mehreren Städten (u.a. Köln, Hamburg, Dachau) haben Sinti und Roma gegen die Asylpolitik der Bundesregierung und die Abschiebungen von Roma und Sinti protestiert. In Dachau suchten etwa 40 Roma, denen Abschiebung droht, Zuflucht in der Versöhnungskirche auf dem Gelände des KZ Dachau. In Hamburg versuchten etwa 100 Roma, das KZ Neuengamme zu besetzen. In Köln blockierten Roma und Deutsche die Schienen des Hauptbahnhofs. Bild: 1. Mai in Köln. — (rül. Bild: Almut Wiems-Schröder)

VVN/BdA protestiert gegen Kurt-Georg-Kiesinger-Platz

Stuttgart. Kiesinger war seit 1933 Mitglied der NSDAP, ab 1941 Verbindungsmann zwischen Außenministerium und Goebelschem Propagandaministerium, ab 1943 stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung, galt als enger Vertrauter von Goebbels. Ausgerechnet nach einem Propagandisten der Nazi-Ideologie soll nun ein Platz benannt werden, dessen Umgebung einige der wenigen Straßen bilden, die nach Widerstandskämpfer/innen und Opfern der Nazis benannt wurden: Die Geschwister-Scholl-Straße, benannt nach Hans und Sophie Scholl, die als Mitglieder der „Weißen Rose“ hingerichtet wurden; die Willi-Bleicher-Straße, benannt nach dem späteren Gewerkschaftsführer, der zur Zeit von Kiesingers Blitzkarriere von den Nazis im KZ Buchenwald eingesperrt und gefoltert wurde, die (vor einigen Jahren verkürzte) Huberstraße, benannt nach dem als Mitglied der Weißen Rose hingerichteten Prof. Kurt Huber. Die VVN protestiert entschieden gegen den Vorschlag und fordert den Gemeinderat auf, dieser Namensgebung nicht zuzustimmen. Quelle: Presseerklärung vom 14.5. — (evc)

Antifa-Konferenz NRW am 5.6.1993 in Essen

Essen. Unter dem Motto „Wählen 1994: Für unsere Rechte – Aktiv gegen Rechts“ findet am Samstag, 5. Juni, in Essen die 16. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW statt. Wie in den vergangenen Jahren wird sie von einem verhältnismäßig breiten Bündnis getragen. Veranstalter der Konferenz sind das An-

tifaschistische Forum Essen, der DGB-Kreisvorstand und Arbeit und Leben. Veranstaltungsort ist die Volkshochschule. Zu den Bereichen „Antifaschistische Politik zu den Wahlen 1994“, „Regierungspolitik und Verfassungsdiskussion“ und „Probleme antifaschistischer Politik“ sind insgesamt 14 Arbeitsgruppen geplant. — (wof)

Täter bestraft – Hintermänner frei?

Stuttgart. Lebenslänglich für den 25-jährigen Hauptangeklagten, neun Jahre Jugendstrafe für den zweiten Hauptbeschuldigten, für fünf weitere Mitangeklagte Strafen zwischen sechs Monaten auf Bewährung und sieben Jahren – das Landgericht wertete als Mord, daß die Angeklagten am 8.7.92 mit Baseballschlägern bewaffnet in das Zimmer des aus dem Kosovo stammenden Arbeiters Sadri Berisha in einem Wohnheim in Kemnat eindrangen und ihn mit zwei Schlägen töteten sowie einen Zimmergenossen schwer verletzten. Die Angeklagten hätten das Verbrechen in einem Ausbruch dumpfen Rechtsextremismus, „wie er nach Einbruch der Dunkelheit an vielen Stammtischen in Deutschland zu finden ist“, ausgeübt, so der Vorsitzende Richter. Hat das Gericht somit die Tat gesühnt und der Rechtsstaat seine antifaschistische Pflicht getan? Es bleibt ein Mangel: Der Richter führte aus, die Täter seien weder Neonazis noch Skinheads. Zweifel, daß die Tat völlig spontan zustande kam, sind angebracht. Einer der Täter hat Verbindungen zu rechten Gruppen. Diese Spur wurde nicht weiterverfolgt. So besteht die Gefahr, daß die Drahtzieher aus dem harten Urteil der Justiz Märtysterlegenden bilden und unbehelligt weiterwirken. — (alk)

Polizei läßt faschistischen Angriff zu

Oldenburg. Im Anschluß an eine Versammlung der „Nationalen Liste“ in Oldenburg griffen am 8. Mai etwa 100 aus ganz Norddeutschland zusammengezogene Faschisten in Aurich das Jugendzentrum „Schlachthof“ an. Der Versammlungssaal war in einer Gaststätte im Oldenburger Stadtzentrum für einen „konservativen Gesprächskreis“ angemietet worden. Als der Gastwirt die wahre Identität der Veranstalter feststellte, wurde ihm von der Polizei abgeraten, von seinem Hausrat Gebrauch zu machen. Kriminaldirektor Hausenblas (Oldenburg) erklärte nachträglich gegenüber der Presse, keinen Anlaß gesehen zu haben, gegen die von über 100 Teilnehmern besuchte Versammlung einzuschreiten. Bis „unmittelbar nach der Afsahrt“ der Versammlungsteilnehmer in Richtung Ostfriesland will die Polizei „keine Anzeichen auf strafbare Handlungen“ festgestellt haben. Erst zu diesem Zeitpunkt, um 20 Uhr, wurde die Auricher Polizei über den 30 Fahrzeuge umfassenden Fahrzeugkonvoi informiert. Eingewiesen von Posten mit Funkgeräten formierten sich die Faschisten um 21.45 Uhr 300 Meter vor dem Auricher „Schlachthof“ unbehindert von der etwa mit einem Dutzend Beamten anwesenden Polizei und griffen das in dem Jugendzentrum stattfindende „Fest der Kulturen“ an. Nur der Gegenwehr Auricher Antifaschisten ist es zu verdanken, daß die mit Gasrevolvern,

Einstellung des Prozesses gegen Ingrid Jakobsmeier!

Stuttgart. Am 24. Mai 1993 beginnt vor dem Oberlandesgericht ein erneuter Prozeß gegen die Gefangene aus der RAF, Ingrid Jakobsmeier.

Sie wurde bereits 1984 festgenommen und schon vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) u.a. zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Am 24. Oktober dieses Jahres, nach vollem Ablauf der neun Jahre, müßte sie entlassen werden.

Der neue Prozeß stützt sich vor allem auf die Aussagen des Kronzeugen Henning Beer, der zu den „RAF-Aussteigern“ gehört, die 1990 in der ehemaligen DDR festgenommen wurden.

Einem Kronzeugen wird Strafmindehung dafür zugesichert, daß er andere Menschen vor Gericht belastet. Im Falle von Beer heißt das, daß ihm eine Verurteilung zu einer lebenslangen Haftstrafe erspart blieb, weil er Aussagen gegen seine ehemaligen Genossen gemacht hat.

Vor der Verabschiedung der Kronzeugenregelung 1989 wurde in einer breiten öffentlichen Debatte vor allem kritisiert, daß so eine Maßnahme gegen das Legalitätsprinzip und damit gegen die Rechtsstaatlichkeit verstößt, und die Kronzeugen zu leicht manipulierbaren Objekten der Strafverfolgungsbehörde werden.

Die Strafverteidigervereinigung stellt dazu fest:

„Die vorgesehene Regelung zwingt die Beteiligten zu einem rechtsstaatswidrigen Handel über einen Strafverfahren unter Ausschluß öffentlicher Kontrolle und faktischem Ausschluß gerichtlicher

Überprüfbarkeit ... Der Kronzeuge gerät in eine unausweichliche Zwangslage, wenn die von ihm gegebenen Informationen nach Auffassung des Generalbundesanwaltes nicht ausreichen ... Der Kronzeuge gerät in den Zwang der Nachlieferung von Informationen mit der unerträglichen Gefahr der Falschbelastung und damit einer Gefahr für die Wahrheitsfindung. Diese Grauzone des Deals findet hinter geschlossenen Türen statt, ohne öffentliche Kontrolle und im Ergebnis auch ohne gerichtliche Überprüfung. Der Handel zwischen Generalbundesamt und Kronzeuge bleibt geheim.“

Ingrid Jakobsmeier wird wegen der Aktion der RAF 1981 auf den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte, General Kroesen, in Heidelberg und auf die US-Air-Base Ramstein im Rheinland-Pfalz angeklagt.

Schon in seinem Urteil 1986 ging das OLG Stuttgart davon aus, daß sie sich spätestens Anfang 1981 als „illegaler Mitglied“ der RAF angeschlossen habe. Das heißt, daß sie für den Zeitraum, in dem die Aktionen gegen General Kroesen und gegen die US-Air-Base Ramstein stattfanden, bereits rechtskräftig verurteilt worden ist. Nach Artikel 103, III des Grundgesetzes darf niemand wegen der gleichen Tat mehrmals angeklagt oder verurteilt werden.

Die neuerliche Anklage gegen Ingrid Jakobsmeier besteht seit anderthalb Jahren. Ab Mitte Mai soll deshalb in Stammheim gegen sie verhandelt werden. Diese Verzögerung führt möglicherweise noch zu einer besonderen

Brutalität: Ergeht das Urteil nach dem Entlassungstermin im Oktober, wird eine völlig neue Strafe ausgesprochen, ohne daß die bis dahin verbüßten ersten neun Jahre einbezogen würden. Würde sie verurteilt werden, könnte das heißen, daß sie die neue Strafe ganz von vorne absitzen müßte.

Der Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier steht in einer Reihe von mehreren Anklagen gegen bereits verurteilte Gefangene aus der RAF. Diese Gefangenen sitzen bereits seit neun bzw. elf oder 14 Jahren im Gefängnis. Dort waren sie alle jahrelang Isolationshaft unterworfen.

Die neuerlichen Anklagen sind Produkt einer Rachejustiz, die jeden politischen Gefangenen, der nicht seiner Politik abschwört und sich mit Aussagen als Kronzeuge freikauf, gnadenlos verfolgt. Mit neuen Prozessen soll die justizielle Grundlage geschaffen werden, einige Gefangene aus der RAF ein Leben lang einzusperren, sozusagen Todesurteile auf Raten zu vollziehen.

Im letzten Jahr hatte der damalige Justizminister Kinkel die Freilassung der Gefangenen, die seit 15, 18 bzw. 21 Jahren im Gefängnis sind, angekündigt. Statt Freilassungen wurden neue Prozesse angestrengt, die nur das Ziel verfolgen, die Gefangenen möglichst nie rauszulassen. — (s.)

*Schreibt an das Oberlandesgericht Stuttgart und fordert die Einstellung des Prozesses gegen Ingrid Jakobsmeier:
OLG Stuttgart, Postfach 839,
7000 Stuttgart 1
Besucht den Prozeß!*



Foto: af/mz

Behinderte wehren sich gegen Aussonderung, fordern Gleichstellung

Hamburg. Am 5. Mai demonstrierten etwa 500 Behinderte mit Angehörigen und Freunden in der Innenstadt, um im Rahmen der europaweiten Aktions- und Protestwoche gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung von behinderten Menschen für ihr Anliegen einzutreten. Nachmittags hatten verschiedene Behindertenorganisationen an Informationsständen die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit unterrichtet, z.B. der Aktionskreis 71 für Sozialpsychiatrie in Hamburg e.V. Seit 1971 arbeitet diese Selbsthilfeorganisation gegen die Ghettoisierung der Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen, indem sich die Betroffenen weitgehend selber helfen. Das „Café Durchschnitt“ ist seit 1985 öffentlicher Treffpunkt.

Vom Landesverband der Gehörlosen wurden Zettel mit den Fingerhaltungen für die Zeichensprache verteilt. Die Gehörlosen fordern, daß die Gebärdensprache an der Schule für Gehörlose unterrichtet wird und daß diese Sprache als Sprache der gehörlosen Minderheit anerkannt wird. Dolmetscher sollen ausgebildet werden, die bei Behörden oder auf Betriebsversammlungen übersetzen können. Videotext-Untertitelung auch bei politischen Sendungen müsse ausgeweitet werden (gegenwärtig nur ca. 6 % der Sendungen von ARD und ZDF). Alle Redebeiträge auf der Kundgebung wurden in Gebärdensprache übersetzt.

Der ÖTV-Arbeitskreis Interessenver-

tretung für die in Werkstätten tätigen Behinderten trifft sich seit zweieinhalb Jahren einmal im Monat, um zu besprechen, was unternommen werden kann, damit die Beschäftigten in den Werkstätten einen richtigen Arbeitsvertrag erhalten sowie einen Tariflohn, von dem sie leben können, ohne von Sozialhilfe abhängig zu sein, und Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung.

Die Behinderten wollen nicht ihr Leben als unselbständige Menschen, als Kleinkinder und Fürsorgeobjekte verbringen, sondern ihre eigenen Fähigkeiten entfalten und sich dabei nicht von der Gesellschaft behindern lassen. Angelika Mincke, eine Rollstuhlfahrerin von „On the Move e.V.“ kritisiert u.a. die behindertenfeindliche Infrastruktur und endete ihren Kundgebungsbeitrag damit: „Von daher fordere ich, fordern wir, eine Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik, damit wir aus der Bittstellerrolle herauskommen und z.B. der HVV erklären muß, warum Verkehrsmittel für einige nicht zugänglich sind ...“ usw.

2500 Behinderte in Hamburg suchen eine Arbeit. Hamburger Kapitalisten ziehen es aber vor, sich durch Ausgleichszahlungen (1992: 34 Mio DM) der gesellschaftlichen Aufgabe zu entledigen. Schwerbehinderte einzustellen. In die völlig durchrationalisierten Arbeitsabläufe passen nur noch genormte Menschen. Behinderte brauchen indivi-

duellen Spielraum zur Arbeitsgestaltung, was natürlich für alle Beschäftigten viel angenehmer und gesünder wäre.

In einem weiteren Kundgebungsbeitrag wurde die Versorgung der Behinderten in der Stiftung Alsterdorf, der größten Behinderteneinrichtung Norddeutschlands (ca. 1200 Behinderte, ca. 3000 Mitarbeiter), kritisiert: „... Die viel zu enge Personaldecke in den Wohngruppen gewährleistet nicht einmal die regelmäßige Dusche. Manche BewohnerInnen kommen wochenlang nicht raus. Für die Menschen, die nur mit Hilfe ihr Bett verlassen können, werden sog. Bettage eingerichtet ...“

Dafür ist der Vorstand jetzt mit vier Personen besetzt bei einem Jahresgehalt von jeweils 230000 DM — lediglich der Pastor bekommt etwas weniger ... Hinzu kommen in Alsterdorf 35 leitende MitarbeiterInnen mit Gehältern, die weit über denen für diese Positionen vorgesehenen Tariflöhnen liegen.

Dies hält die Mehrheit der MitarbeiterInnen der Stiftung nach wie vor für skandalös ...“ Die ÖTV-Betriebsgruppe tritt für demokratischere Strukturen in Alsterdorf ein, u.a. auch für Offenlegung der Finanzen, insbesondere aber für die Drittelparität im neu zu wählenden Stiftungsrat, wo ein Drittel der Sitze den behinderten Menschen bzw. deren gesetzlichen Vertretern eingeräumt werden soll. Bisher sind sie dort überhaupt nicht vertreten. — (sul)

Kurz berichtet

Erfolgreicher Protest der Lehrer für Gleichstellung

Greifswald. Aus ganz Ostdeutschland und Berlin demonstrierten 10000 Lehrer am 6. Mai in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern), wo die Kultusministerkonferenz tagte. Die Demonstranten forderten die Gleichstellung der ostdeutschen Lehrer mit ihren westdeutschen Kollegen. Gegenwärtig werden die rund 150000 ostdeutschen Lehrer ein bis zwei Besoldungsstufen niedriger eingruppiert. Begründet wird dies mit ihrer anderen Ausbildung. Besonders betroffen sind davon die Grundschullehrer, da sie in der Regel kein Abitur, sondern eine spezielle Fachschulausbildung haben. Die GEW, die zur Demonstration aufgerufen hatte, betrachtet die Schlechterstellung auch als „Test“ für mögliche Abstufungen im Westen. Die Forderung stößt auf große Unterstützung nicht nur in den Gewerkschaften.

Der Protest hat einen vorläufigen Erfolg. Geschlossen wollen sich die 16 Kultusminister dafür einsetzen, daß die Ostlehrer ihren Westkollegen gleichgestellt werden. Dies würde ihnen auch den Wechsel in ein anderes Bundesland ermöglichen. Allerdings muß dieser Anerkennung noch vom Bundesinnenministerium zugestimmt werden. — (har)

Nichts unterlassen, was Optimismus verbreitet!

Nur schwer gelingt es der IHK Berlin, sich in ihrem Geschäftsbericht an diese Richtlinie, die sie auf Seite 16 empfiehlt, zu halten. Mit großer Zuversicht waren die IHK und die Wirtschaft ins Jahr 1992 hineingegangen, doch „diese Zuversicht hat sich nicht oder nur sehr begrenzt erfüllt“. Verlassung zur Kritik gab „die Diskussion über angebliche Kosten der deutschen Einheit ... finanzieller Kleingeist, Besitzstanddenken und überzogene Anspruchshaltungen.“ Das hindert sie nicht, außer der Verlängerung der Investitionszulagengewährung für den Ostteil der Stadt auch noch zu verlangen, daß die Investitionszulagen für den Westteil erhalten bleiben sollen. Dabei sind im Ostteil die industriellen Arbeitsplätze um 150000 oder ca. 75 % zurückgegangen, während im Westteil seit der Vereinigung über 100000 Arbeitsplätze dazugekommen sind und inzwischen laut IHK-Bericht ungefähr 180000 Menschen aus dem Umland einpendeln. Der großen Koalition nimmt die Industrie- und Handelskammer besonders übel, daß sie die Zuständigkeiten von Senat und Bezirken nicht neu geordnet hat und daß die Vereinigung mit Brandenburg nicht vorankommt. Unter anderem geht es um die Beseitigung des Berliner Mülls in Brandenburg. Dem Senat ist inzwischen der Vertragsabschluß über eine gemeinsame Entsorgungsanstalt gelungen. „Brandenburg garantiert die zukünftige Müllentsorgung des Landes Berlin“, konnte Diepgen berichten. Die Schelte im IHK-Bericht hat geholfen. — (chk)



Einen der größten Plätze Leipzigs hatte die PDS-Stadtorganisation für den 1. Mai gebucht. Bereits am morgen nahmen 4000 Mitglieder und Sympathisanten an der PDS-Mai-Kundgebung teil. Von 14 bis 22 Uhr konnten sich Leipziger Bürger an einer Vielzahl von Ständen über die PDS informieren, Bücher und vieles andere kaufen oder nur dem Geschehen auf der Bühne folgen. Dort waren unter anderem Gregor Gysi, Lothar Bisky, die Bundestagsabgeordneten Barbara Höll und Uwe-Jens Heuer sowie die Beobachterin im Europaparlament Sylvia-Yvonne Kaufmann Gesprächspartner. Das in den neuen Bundesländern bekannte „Schauchester Ungelenk“ und die Big-Band der russischen Streitkräfte in Deutschland sorgten zwischendurch für Unterhaltung. — (sta)

Auseinandersetzungen um Wittstock gehen weiter

Der Widerstand gegen die Nutzung des Bombenabwurfpunktes durch die Bundeswehr wird nun auch juristisch unterstützt. Ein Berliner Rechtsanwalt bereitet Klagen gegen Anordnungsverfahren der Bundeswehr vor. Ebenso prüft er die Erhebung einer Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe sowie einer Menschenrechtsbeschwerde vor der Europäischen Kommission bzw. vor dem Europäischen Gerichtshof. Der brandenburgische Landtag hat die Landesregierung verpflichtet, eine Bundesratsinitiative gegen die weitere Nutzung einzubringen. Sie soll außerdem ein Raumordnungsverfahren einleiten. — (har)

PDS-Landesparteitag Berlin vertagt „Berlin“-Beschluß

So kompliziert wie der Tagungsablauf des Parteitages geplant war (Beginn 30. April, Fortsetzung 2. Mai an einem anderen Tagort), gestaltete sich auch sein Verlauf. Noch immer sind die inneren Auseinandersetzungen in der Berliner Abgeordnetenfraktion der PDS unterschiedlich vorhanden und bestimmen auch die Atmosphäre in der Berliner PDS: Verweigern oder gestalten — so ist der Tenor des Streites zwischen den Gruppierungen in der Fraktion.

Der Landesparteitag mit dem Thema „Berlin-Politik der PDS“ war dadurch schon vorbelastet. Dem Parteitag lagen drei Leitanträge vor, von denen zwei sich im Sinne der zwei Grundsäulen diametral gegenüberstanden: einmal Gesine Lötsch mit nun (bekanntlich war sie noch 1992 gegen den Umzug) grundsätzlicher Entscheidung für Berlin als „Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur“, zum anderen Harald Wolf mit sofortigem Umzugsstop, Rücknahme des Hauptstadtvertrages und Volksentscheid über den geplanten Regierungsumzug. Fraktionschef Peter Zott wiederholte seinen Vorschlag einer Denkpause („Moratorium“) in der Umzugsfrage und der Durchführung eines Volksentscheides über das Wie des Umzugs.

Dem Parteitag war nun vorbehalten, das fehlende „geschlossene linke Alternativangebot“ zu den regierungsoffiziellen Plänen zu erarbeiten. Damit war er überfordert, da vorher Versäumtes nicht in zwei Tagen aufgeholt werden kann. Es bestand die reale Gefahr, daß auch der Parteitag die ermüdende Debatte zur Real- oder Radikalopposition weiterführen würde. Er konnte sich nur aus dem drohenden Patt retten, indem er salomonisch eine Arbeitsgruppe bestätigte, die bis zum Herbst eine „Strategie der Berlin-Politik der PDS“ erarbeiten wird. Zur Olympiabewerbung Berlins wurde zwischen den Olympiabefürwortern und -gegnern in der PDS ein Kompromiß erreicht, der das gemeinsame Vorgehen aller gegen das Senatskonzept ermöglichen wird. Andere Themen, wie die Wahlstrategie der PDS in Berlin, wurden vorsichtig ausgeklammert und sollen auf einem Sonderparteitag Mitte Juni 1993 diskutiert werden. — (abe)

Zum Prozeß gegen Markus Wolf vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht

Am 4. Mai 1993 wurde vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht der Prozeß gegen Markus Wolf, von 1953-1986 Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS der ehemaligen DDR, eröffnet. Den Vorsitz führt Richter Klaus Wagner, der Spezialist für die Aburteilung von DDR-Spionen ist. Seit 1977 hat er 120 Menschen, die in der damaligen Bundesrepublik für das MfS arbeiteten, verurteilt. Bundesanwalt Joachim Lampe vertritt die Bundesanwaltschaft.

In einer voluminösen Anklageschrift wird Wolf der gegen die damalige Bundesrepublik gerichteten Spionagetätigkeit beschuldigt. Er ist des Landesvertrates und der Bestechung angeklagt. Der Prozeß ist auf 19 Verhandlungstage berechnet. Es sollen zur Sache 49 Zeugen vernommen werden, darunter ehemalige leitende Mitarbeiter Wolfs. Geladen sind auch Mitarbeiter, die gegenwärtig offensichtlich für andere Dienste tätig sind, wie das aus Presseverlautbarungen erkennbar wird.

Der Prozeß gegen Markus Wolf ist Fortsetzung und Höhepunkt zugleich bei der „Aufarbeitung“ der Geschichte durch die bundesdeutsche Justiz. Sein Verlauf und Ausgang werden mit die Weichen für die weitere Strafverfolgung ehemaliger DDR-Bürger stellen.

Unter den nahezu 2500 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Mitarbeiter der HVA und anderer DDR-Auslandsnachrichtendienste kommt dem Verfahren gegen den Nachfolger Wolfs, Werner Großmann, und weitere vier ehemalige leitende Mitarbeiter der HVA im Zusammenhang mit dem Wolf-Prozeß eine bestimmte Bedeutung zu. Das für dieses Verfahren zuständige Kammergericht in Berlin hatte grundsätzliche juristische Einwände gegen die Strafverfolgung ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Nachrichtendienste, soweit ihnen Spionage und damit in Zusammenhang stehende Delikte vorgeworfen werden. Es hält die Bestrafung von Mitarbeitern der DDR-Nachrichtendienste für verfassungswidrig, da nach seiner Auffassung Spionage — egal, ob für Ost oder West — gleich zu behandeln ist. Es hat das Bundesverfassungsgericht angerufen und um eine Entscheidung gebeten. Das Verfahren gegen Großmann und die anderen ruht, weil die Entscheidung des BGV seit Sommer 1991 aussteht. Darauf hob auch der Anwalt von M. Wolf ab, als er in der Eröffnungsverhandlung des Düsseldorfer Gerichtes den Antrag stellte, das Verfahren gegen seinen Mandanten vorerst auszusetzen.

Der Sinn des jetzt gegen Wolf eröffneten Verfahrens läßt sich aus der Entgegennahme des Vorsitzenden des Gerichtes ablesen. Man müsse davon ausgehen, daß sich das BGV „mit höchster Wahrscheinlichkeit“ (Berliner Zeitung vom 5.5.93) für Spionageverfahren gegen HVA-Mitarbeiter aussprechen werde. Ergebnisse im Prozeß gegen Wolf werden damit offensichtlich vorausgesetzt und sind eingeplant. Der Prozeß soll Tatsachen schaffen, die auch vom Bundesverfassungsgericht nicht unberachtet gelassen werden können.

Deutlich zeigen sich Parallelen zum Prozeß gegen Hans Modrow in Dresden. Auch hier wird mit allen Mitteln, wie die letzten Verhandlungstage ergaben

(die Staatsanwaltschaft hat Zeugen unter Druck gesetzt, um gegen Modrow sprechende Aussagen zu erzielen), Abrechnung betrieben. Mehr noch. Angeklagt der Wahlmanipulation in DDR-Wahlen, sitzen Modrow fast ausschließlich Bundesrichter aus der Alt-BRD gegenüber, die DDR-Verhältnisse mit westdeutschen Augen sehen und Tatsachen mit westdeutschem Gesetz be- und verurteilen wollen. Der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes und BND, Heribert Hellenbroich, verweist in einem Gespräch mit der Berliner Zeitung am Vorabend der Eröffnung des Wolf-Prozesses darauf, daß nur das abgeurteilt werden kann, „was auch nach DDR-Gesetz strafbar war ...“

In der Anklageschrift gegen Wolf wird mit keinem Wort die Ausgangslage für die Geheimdiensttätigkeit der DDR gegen die BRD erwähnt. Historische Zusammenhänge bleiben unberücksichtigt. Der Kalte Krieg scheint keine Rolle gespielt zu haben, der auch zwischen der BRD und der DDR jahrelang die gegenseitigen Beziehungen beherrschte. Und natürlich auch die Aktivitäten aller Geheimdienste diktierte. Nach bundesdeutscher Version gibt es „gute“ und „böse“ Dienste, und zu den letzteren zählt das MfS, einschließlich der HVA. Interessant ist da schon eine weitere Äußerung Heribert Hellenbroichs im Gespräch mit der Berliner Zeitung, in dem er Bedenken zur Rechtmäßigkeit des Verfahrens äußerte: „Zum ersten der Gleichheitsgrundsatz: Völkerrechtlich ist die Spionage in der ganzen Welt erlaubt. Jeder Staat betreibt ... Spionage, selbstverständlich auch die BRD.“ Das heißt doch aber nichts anderes, als daß Wolf für einen souveränen Staat handelte und nicht nach bundesdeutschem Gesetz wegen Spionage gegen die BRD verfolgt werden kann. Wolf verweist in seiner persönlichen Erklärung, die er am Eröffnungstag vor Gericht abgab, auf den Einigungsvertrag, in dem festgeschrieben wurde, daß Bürger der DDR nur nach den Gesetzen der DDR strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden sollen. Hier bezieht er sich auf Artikel 315 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch aus dem Einigungsvertrag. Die rechtlichen Grundlagen sind für das Düsseldorfer Gericht außerordentlich dünn. Es sei denn, man findet die Lücken und biegt das Gesetz, besonders den Einigungsvertrag so, wie es gebraucht wird.

Bundesanwalt Lampe hatte auf die von Wolf abgegebene Erklärung sofort eine Antwort parat: Markus Wolf habe einem aggressiven Staat gedient, der mit seinen Verbündeten in den 70er und 80er Jahren den militärischen Überfall und den atomaren Erstschlag auf Westeuropa geplant habe.

Ehemalige Mitarbeiter der HVA belegen in ihrem Buch „Wolfs Westspione“, das 1992 veröffentlicht wurde, mit Fakten aggressive Absichten der westlichen Verbündeten gegen die DDR und ihre Verbündeten. „Ein weiteres sehr wertvolles Papier, das Hall (ein US-Bürger eines amerikanischen Objektes in Westberlin) der DDR-Spionage über gab, war das ‘Canopy Wing’. ‘Canopy Wing’ sollte darten, wie ein Enthaupungsschlag gegen den Osten geführt werden können.“ Wolf handelte im Sinne

seines Staates und setzte die Mittel seines Dienstes ein, um solcher Art Pläne des Kalten Krieges, auch gegen die DDR gerichtet, aufzudecken. Plötzlich nun, in eine Bemerkung der Anklage eingebunden, ist er da, der historische Bezug. Hier wird der eigentliche Charakter des Prozesses deutlich, den Wolf kurz in seiner Erklärung erfaßte: „Folgt das Gericht der Ansicht der Bundesanwaltschaft, reiht sich dieses Verfahren in die politischen Prozesse ein, in denen einseitig Siegerrecht gesprochen wird.“

Wer will die Abrechnung mit der DDR und besonders mit dem Auslandsespionagegedienst? Bekanntgeworden sind inzwischen zahlreiche Begebenheiten der versuchten Erpressung, Einschüchterung und Bestechung, auch gegen Wolf selbst. Bekanntgeworden sind aber auch Versuche einer Verständigung und Lösung des Problems der ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter der HVA im nun einheitlichen Deutschland. Darunter ein Schreiben von fünf ehemaligen Generälen an Innenminister Schäuble mit einem Angebot, alles zu offenbaren und dafür Straffreiheit für alle ehemaligen Mitarbeiter zu erhalten. In einem Treffen im Februar 1991 in Berlin, an dem der damalige Präsident des Verfassungsschutzes Boeden und sein späterer Nachfolger Werthebach teilnahmen, wurde noch von einer generellen Amnestie und einer einvernehmlichen Regelung gesprochen. Nicht von ungefähr erscheint es deshalb, wenn sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt der damalige Innenminister der DDR, Frank-Peter Diestel, zu Wort meldet und erklärt, daß Strafverfolgung wenig hilfreich sei. Auch Wolf bezieht sich in seiner Erklärung auf Verhandlungen, die 1990 und 1991 geführt wurden, die den deutschen Sicherheitsinteressen entsprochen und ehemaligen Beteiligten Straffreiheit garantiert hätten. Eine Verfahrensaussetzung könnte ein Zeichen der Versöhnung und des inneren Friedens setzen. Nicht Rache und Vergeltung dürfe von den politisch Verantwortlichen angestrebt werden. Nimmt man alle Ergebnisse und auch die direkte Antwort des Bundesanwaltes auf die Erklärung Wolfs zusammen, wird deutlich, daß Verantwortliche der politischen Klasse der BRD keine Versöhnung wollen. In Deutschland ist der Wille zum Ausgleich offenbar wenig entwickelt. An einem historischen Wendepunkt, wie es der Zusammenbruch der DDR und die Vereinheitlichung Deutschlands war, zeigt sich keine ausgeprägte Fähigkeit zu einem generellen Neuanfang.

Symptomatisch für die noch immer aufgepeitschte und von den Massenmedien hochgespielte Stasi-Hysterie ist der Ausgang des sogenannten Auftragsmord-Prozesses vor dem Berliner Kammergericht gegen den ehemaligen Generalmajor des MfS, Dr. Karli Coburger, in dem am 14. Mai das Urteil verkündet werden wird. Von den Beschuldigungen, die in der Öffentlichkeit zu einer Vorverurteilung und Charakterisierung als Mafia-Bande führten, blieb nichts übrig. Der Verteidiger des Angeklagten bezeichnete den Prozeß als schizophren und verlangte unter Hinweis auf das Grundgesetz und das Völkerrecht Freispruch. — (abe)

Aus der Prozeß-Erklärung M. Wolf's: Die Anklage wirft mir vor, daß ich viele Jahre Leiter des Nachrichtendienstes der DDR, der HVA war ... Diese meine Tätigkeit ist unbestritten ..., daß ich mehr als dreißig Jahre lang nicht nur hinter dem Schreibtisch gesessen, sondern mich auch mit Menschen getroffen habe ..., wird man mir wohl kaum als strafwürdiges Delikt anrechnen können.

Ich respektiere die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, ob sie mir gefallen oder nicht. Aber Bürger der BRD wurde ich erst am 3. Oktober 1990. Bis zu diesem Tage war ich Bürger der DDR. Zur Beurteilung dessen, was ich seit ihrer Gründung bis zum Tag der Vereinigung getan habe, sind allein die Verfassung und die Gesetze der DDR maßgebend ...

Das Ende der DDR und der Zusammenbruch des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in Europa erfordern auch von mir die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Doch nicht

vor den Schranken dieses Gerichts ... Mit dieser Konstruktion den Vorwurf des „Landesvertrates“ zu begründen, ist so absurd, rechtlich unhaltbar ..., daß er vom normalen Menschenverstand nicht zu erfassen ist ...

In jener Zeit, als die Nazis mit diesem Begriff (das „gesunde Volksempfinden“) die öffentliche Meinung manipulierten und die juristische Legitimation für ihre blutige Justiz zu schaffen suchten, wurde unsere Familie auf die Fahndungsliste gesetzt ... So wie das Leben meiner Eltern vom Kampf gegen den Nazismus und Krieg bestimmt war, wurde unser Handeln nach dem Krieg von dem Bestreben motiviert, seine Wiederbelebung nie zuzulassen, die Schuldigen und Mitschuldigen an den begangenen Verbrechen bloßzustellen.

Denn es geht nicht nur um meine Person, sondern um Einschüchterung und Strafandrohung gegen Tausende ehemaliger Mitarbeiter des MfS der DDR ... Der Herr Bundesanwalt hat mir ... mit

erstaunlicher Offenheit erläutert, als er auf eine meiner Fragen trocken erklärte die Öffentlichkeit wolle Sündenböcke sehen ...

Kein Strafverfahren kann zur Aufhellung einer von Widersprüchen, Illusionen und Schuld beladenen Periode der Geschichte beitragen. Die Anwendung eines Ausnahmerechts gegen die ehemaligen Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der DDR, wie es die Bundesanwaltschaft fordert und praktiziert, hat mit Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht das Geringste zu tun. Sollte das Gericht noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu einem Urteil gelangen, könnte es ein Zeichen setzen gegen Rache und Vergeltung, für den inneren Frieden in diesem Land. Folgt das Gericht der Absicht der Anklagebehörde ordnet sich dieser Prozeß in die Reihe einseitiger politischer Prozesse ein, in denen „Siegerrecht“ gesprochen wird. — (Quelle: Neues Deutschland vom 6.5.93)

Metaller in Sachsen im Streik — Berichte aus Dresden und Plauen

Zum Zeitpunkt der Endredaktion dieser Seiten fand im IGM-Bezirk Sachsen die Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses vom 14.5. statt. Während einerseits mit einer Annahme dieses „Pilotabschlusses“ durch die Beschäftigten gerechnet wird, sind andererseits die Verhandlungen in den Bezirken Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie im Stahlbereich ergebnislos verlaufen. Zur Einschätzung des „Pilotabschlusses“ und zum weiteren Streikverlauf verweisen wir auf den Artikel auf Seite 2 in dieser Ausgabe.

Dresden: Die Streikfront steht

„Die Sachsen sind helle. Die müssen nur noch lernen, sich nichts gefallen zu lassen.“ Denkwürdige Worte von Erwin Hein, Geschäftsführer der Elbe-Flugzeugwerke Dresden und Ex-VSME-Chef in Sachsen. Zurückgetreten nach dem Rückpiff von der Kölner Gesamtmetall-Zentrale, weil er, vermittelt durch Biedenkopf, mit IGM-Verhandlungsführer und Bezirksleiter Hasso Düvel eine sächsische Kompromißlösung anstrebe. Ab dem 10. Mai stehen auch die Beschäftigten von „Elbe“ im Streik. Ein weiterer Verhandlungsversuch zwischen Münster von den Arbeitgebern und der IGM Sachsen scheiterte inzwischen. Die Tariferstörungspolitik der Unternehmervertreter bleibt bestehen. Ein Einlenken Düvels unter solchen Voraussetzungen wäre Verrat an den sächsischen Metallern und allen abhängig Beschäftigten der BRD in letzter Konsequenz gewesen. Dann doch lieber Streik!

Das Votum von 84,95 % aller Stimmberechtigten war eindeutig. Nicht so die individuelle Entschlossenheit oder gar persönliche Stimmung derer, die nun in den Arbeitskampf getreten sind, zum ersten Mal in ihrem Leben. Auskunft aus der Verwaltungsstelle Dresden am Donnerstag, den 6. Mai: Die Streikfront

steht und wackelt nicht. Die Stimmung ist gut. Aber mehr interessiertes Publikum, Kolleginnen und Kollegen aus anderen, noch nicht bestreikten Unternehmen sollten die Posten an den Toren besuchen, Solidarität bekunden. — Auch das gilt es noch zu lernen, von all dem vielen Neuen. Dennoch: Nicht jeder sieht schon absolut klar und noch dazu im Gesamtzusammenhang. Immer noch gibt es bei vielen anderen, nicht direkt Beteiligten, quälende Fragen. Was soll werden? Wie kommen wir hier raus aus der Sch...? Also durchaus auch Unsicherheit ist bei manchem zu spüren. Heins Forderung, wir sollten uns nichts gefallen lassen, ist nur zu unterstützen. Hauptproblem wird absehbar bleiben, ob die Streikfront hält, auch wenn es länger dauert. Bei etwa 1000 DM Streikgeld für die Gewerkschaftsmitglieder, was etwa 80 % ihrer Nettolöhne entspricht, mag es eine Weile auszuhalten sein. Aber nur, wenn ein Sieg und dann fällige Lohnzahlungen rückwirkend zum 1.4.93 kommen. Unklar ist aus meiner jetzigen Sicht das weitere Verhalten der nicht organisierten Arbeiter und Angestellten der bestreikten Betriebe. Sie werden vorerst nicht entschuldigt, oder? Bei der Halsstarrigkeit der Arbeitgeberverbände und Einzelunternehmer ist also auch Opferbereitschaft gefragt. Aufzubringen durch die Streikenden, sicher aber nur, wenn gesiegt wird. Von der IGM und sich solidarisierten DGB-Gewerkschaften ist zu fordern, daß sie die Leute ganz intensiv betreuen, ständig ganz aktuell informieren, nicht nur „bei Stimmung halten“.

Diese Erfahrung, die alle hier in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bisher erstmals in ihrem Leben machen, prägt das Bewußtsein, besitzt daher für die weitere Politik der Belegschaftsvertretungen und Gewerkschaften eine Schlüsselrolle. Die erfolgreiche ostdeutsche Arbeitskampfbewegung erhält m. E. auch wichtige politische Bedeutung für die deutsche Perspektive und vielleicht sogar für die

kommenden Wahlen. Ob der Auftritt des SPD-Fraktionsvorsitzenden, MdL Kunckel, am 24.4. vor den 60000 Kundgebungsteilnehmern in Leipzig schon ein erstes Zeichen setzen sollte? Eine Konfrontation mit seiner bisherigen Politik, ganz und gar nicht im Sinne gerechter sozialer Verhältnisse und äußerst wankelmüttig, wird ihm die „Soli-Bekundungen“ nicht sehr leicht machen. Nur, gibt es jemanden, der ihm so einige Wahrheiten sagt, die auch von allen andern zur Kenntnis genommen werden? (Doch das nur nebenbei.)

Bei den Auseinandersetzungen jetzt geht es nicht schlechthin um Erhalt der Besitzstände und die Sicherung errungenen Beziehungen durch üblichen Verteilungskampf. Wenn die ostdeutschen ArbeitnehmerInnen diese ersten wichtigen Erfahrungen als Abhängige des Kapitals in dieser bisher verklärt dargestellten und auch so gesehenen BRD-„Demokratie“ gründlich und bewußt verarbeiten — hier liegt entscheidende politische Verantwortung des DGB und der Linken! —, dann hat Deutschland vielleicht Zukunftschancen in Sachen Demokratie und Sozialstaatlichkeit.

Wenn diesen Zusammenhang doch möglichst viele erkennen mögen. Geduldiger politischer Disput ist dafür vonnöten, in der gesamten Öffentlichkeit. Die großen Medien werden dieses infolge ihrer Abhängigkeit von den (offensichtlich) entgegengesetzten interessierten Unternehmen kaum leisten können.

— (Holm Theinert, Dresden)

Streik in Plauen

Die Arbeitnehmer in der Metallindustrie im Osten Deutschlands machen in diesen Tagen erstmals seit vielen Jahren Bekanntschaft mit einer neuen Form „des sich Wehrens“ — mit dem Streik. Im MAN Plamag Plauen begann mit dem 10. Mai die zweite Streikwoche.

Begonnen hat diese Auseinandersetzung mit der Aufkündigung der vor zwei



Streik auch in der Firma Hagenauk in Schkeuditz, nahe Leipzig. (Bild: sta)

Jahren abgeschlossenen Tarifverträge durch den Arbeitgeberverband. „So lassen wir nicht mit uns umspringen, denen werden wir es zeigen“, sagte ein Arbeiter im Gespräch. Also wurden die Herren Unternehmer mit zwei Warnstreiks, an denen sich die „Kumpels“ aus der Halle und auch einige Angestellte beteiligten, auf die Kampfenschlossenheit der Beschäftigten aufmerksam gemacht. Als nach der Urabstimmung, deren Ergebnis bekannt ist, die Streikvorbereitungen anliefen, wollte der Geschäftsführer mit einem 18 %-igen Lohnangebot noch eine Bresche in die Front der Streikwilligen brechen.

Vergebens — seit dem 3. Mai stehen die Arbeitnehmer vor dem Werktor und nicht an der Maschine. Die Angestellten, auf die ein enormer Druck ausgeübt wurde, wollten an ihre Arbeitsplätze, mußten jedoch an den Produktionsarbeitern vorbei. Zurufe wie „Streikbrecher“ oder „Feiglinge“ ließen die Emotionen schnell hochkommen. Um die Arbeitsmöglichkeit zu gewähren, wurde eine einstweilige Verfügung eingeholt, so

dass die Angestellten jetzt durch eine 3 Meter breite Gasse in den Betrieb gelangen können. Diese Gasse trägt den Namen Streikbrechergasse.

Im Ergebnis der eingetreteten Situation bleiben die Angestellten zu Hause und verbringen zwangsläufig ihren Urlaub.

Man kann der Einschätzung des Geschäftsführers nur zustimmen, der in der Presse sagte, „daß das Betriebsklima nie wieder so wird wie es war. Gab es bis jetzt Freundschaften zwischen Arbeitern und Angestellten, so wird es künftig nur noch Bekanntschaften geben“.

Dem wäre nichts hinzuzufügen, außer daß die Plamag-Arbeiter praktische Solidarität mit der Teilnahme von Gewerkschaftern aus Ingolstadt und Augsburg am ersten Streiktag erhielten.

Übrigens veranstaltete der PDS-Kreisvorstand Plauen am Sonnabend, dem 8. Mai, mit den Streikposten einen Kaffee-Nachmittag.

PS: Seit dem 10. Mai wird mit dem Narva-Glühlampenwerk in Plauen ein weiterer Betrieb bestreikt. — (H.W.)

Europäisches Parlament: Politische Diskriminierung des ö. D. der DDR

Der „Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten“ des Europäischen Parlaments hat in seinem Jahresbericht u. a. zum Thema „politische und gewerkschaftliche Diskriminierungen“ in der ehemaligen DDR Stellung genommen. Wir zitieren aus diesem Bericht:

„Das Europäische Parlament ...

98. beklagt die zu zahlreichen Angriffe auf die freie Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte und die Rechte der Gewerkschaftsvertreter in vielen Mitgliedsstaaten und einigen europäischen wissenschaftlichen Einrichtungen und fordert, daß dem durch die Anerkennung der freien Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte als Grundrecht in allen Mitgliedsstaaten und allen europäischen wissenschaftlichen Einrichtungen ein Ende gesetzt wird;

99. wünscht allgemein auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß jeder Beschluß über eine administrative Sanktion aus einer ausreichend gewissenhaften Untersuchung hervorgegangen sein muß, die den Nachweis der fachlichen Kompetenz und der Einhaltung von Gesetzen und rechtsstaatlichen Grundsätzen ohne Berücksichtigung persönlicher politischer Positionen erbringt, um Willkür zu vermeiden;

100. ist der Auffassung, daß diese Situation in der BRD mit der Einführung eines Kriteriums der „Staatsnähe“, das an der aktiven Mitgliedschaft in der SED, in Massenorganisationen sowie an haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemessen wird, bei der Untersuchung vor einer administrativen Sanktion nicht ausreichend gegeben ist, da eine klare politische Kategorie der Bewertung zugrunde gelegt wird;

101. äußert in diesem Zusammenhang seine Besorgnis angesichts der Entlassungen, die die Hochschullehrer und den öffentlichen Dienst im allgemeinen betreffen, und angesichts der den Anwälten und Notaren und den politischen Kreisen in der ehemaligen DDR aufer-

legten Kontrollen und gegen sie erfolgten Ablehnungen, die unter Mißachtung der Rechtsnormen und der Regeln für das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden und eine Beeinträchtigung der Ausdrucks- und Meinungsfreiheit darstellen ...

102. ist weiterhin besorgt über die Entlassungen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere von Lehrern und Hochschullehrern, die ungerechtfertigten Restriktionen für eine Aufnahme in diesen und die Anerkennung der Dienstjahre im öffentlichen Dienst bei der Evaluierung einer Tätigkeit bzw. der Berechnung der Renten; ...

Aus der Begründung:

„Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden auf Maßnahmen hingewiesen, die von der deutschen Regierung gegenüber bestimmten Berufsgruppen in der ehemaligen DDR getroffen werden. Im Namen der Wiederherstellung des Rechtsstaats wurden innerhalb bestimmter Stellen des öffentlichen Dienstes sowie bei Rechtsanwälten und Notaren drastische Kontrollen durchgeführt, die zur Anwendung von Sanktionen geführt haben: Entlassung von Hochschullehrern und Ablehnung oder Verweigerung der Arbeitserlaubnis für Anwälte und Notare.“

Angesichts der Arbeitsweise des den Rechtsstaat geringsschätzenden kommunistischen Systems ... kann eine strenge Kontrolle zweifellos berechtigt sein. Es ist aber so, daß die Durchführung der Kontrollen in der Praxis Ähnlichkeiten mit den zu anderen Zeiten oder an anderen Orten unter Mißachtung der gesetzlichen Vorschriften vorgenommenen „Säuberungssanktionen“ aufweist. Der administrative Charakter der betreffenden Maßnahmen bringt es nämlich mit sich, daß in dem jeweiligen Fall keine genaue Mitteilung über die zur konkreten Begründung des Berufsverbots erhobenen Vorwürfe erfolgt und daß gegen den Amtsenthebungsbeschluß keine

Rechtsmittel eingelegt werden können.

Ganz besonders im Falle der Kontrolle der Anwälte und Hochschullehrer und der gegen sie gerichteten Sanktionen stellt sich ein schwerwiegendes Problem ... Gemäß den deutschen Rechtsvorschriften stützt sich die Ablehnung eines Anwalts auf den Begriff der „Unwürdigkeit“, der Extremfälle wie eine Verurteilung wegen einer schweren Straftat oder unehrenhaften oder unmoralischen Verhalten umfaßt und im allgemeinen restriktiv interpretiert wird. In der ehemaligen DDR scheint dieser Begriff extensiver ausgelegt zu werden, und zwar so, daß damit verschiedene Formen des Mißbrauchs oder der Diskriminierung gerechtfertigt werden ... Man fragt sich mit Recht, ob diese Sanktionen nicht vielleicht eine Form der politischen Diskriminierung im Sinne von Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellen ...

Jahresbericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft, 27.1.1993 — (har)



Kalibergleute gegen Treuhand und BASF

Seit Anfang April hat die Belegschaft des nordthüringischen Kalibergwerks Bischofferode ihr Werk (bei laufender Produktion) besetzt. Am 23.4. hat sich die Belegschaft des südthüringischen Kaliwerks Merkers angeschlossen. Die Belegschaften kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und gegen das Privatisierungskonzept für die Mitteldeutsche Kali AG (MDK), dem der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt zugesagt hat. Danach soll eine „Fusion“ des einzigen ostdeutschen Kaliproduzenten MDK mit dem einzigen westdeutschen Kaliproduzenten Kali und Salz (K + S), Kassel, stattfinden. K + S gehört zu 80 % dem BASF-Konzern. Bischofferode soll bis Ende 1993 geschlossen werden. Die letzten 700 von ehemals 2000 Arbeitern stünden auf der Straße. In Merkers soll die Übertragungsverarbeitung bis Ende 1993 stillgelegt werden. Nur 200 von 1000 sollen weiter dort arbeiten.

Nach dem Fusionsvertrag bringt die BASF-Tochter Kali und Salz sechs Kalis und zwei Steinsalzwerke als Sacheinlage in das neue Unternehmen ein und erhält dafür 51 %. Die Treuhandanstalt bringt vier MDK-Kaliwerke und ein Steinsalzwerk als Sacheinlage ein sowie eine „Bareinlage“ in Höhe von 1,044 Mrd. DM, mit der „das deutlich niedrigere Ertragspotential der MDK ausgeglichen“ und der Beteiligungswert von 49 % erreicht werden soll. Durch die Herausnahme angeblich nicht wirtschaftlicher Kapazitäten soll schrittweise eine Reduzierung um 1,2 Mio. t Kali auf 3,1 Mio. t sowie bei Industrie- und Aufbausalzen um rund eine Million auf 2,1 Mio. t pro Jahr erfolgen. Dieser „Konzeption“ zufolge würde das Kalibergwerk Bischofferode sowie die Übertragungsverarbeitung des Kalibergwerks Merkers geschlossen. In Niedersachsen sollen bei K + S der Grubebetrieb Bergmannsgegen-Hugo sowie die Kali- und Steinsalzproduktion von Niedersachsen-Riedel im Raum Hanno-

ver geschlossen werden. Gegenwärtig arbeiten bei der MDK in Thüringen und Sachsen-Anhalt noch ca. 5000 Menschen. 1990 waren es noch 30000. Die Planungen sehen ca. 3000 verbleibende Arbeitsplätze in dem Gesamtkonzept der BASF von 7500 vor.

Die Kalibergleute haben unzählige Protestaktionen, Straßenperrungen usw. gegen das Plattenmachen ihrer Betriebe gemacht. Die Treuhandanstalt hat auf das Ziel hingearbeitet, ein deutsches Kali-Monopol unter Fuchtel des BASF-Konzerns zu schaffen. Die Kali und Salz AG hatte in den letzten Jahren auf Grund von Preisverfall und Billigimporten mit Verlusten abgeschlossen. Der westdeutsche Monopolist hatte lange abgewartet und öffentlich Desinteresse bekundet, bis die Treuhandanstalt ein derart lukratives Angebot auf den Tisch gelegt hat. Nicht wenige Stimmen werden laut, der BASF-Konzern habe sich bei diesem Coup auf Kosten der Kalibergleute und der Steuerzahler bereichert.

Mit der wochenlangen Besetzung ihres Werkes haben die Kalibergleute in Bischofferode einiges in Bewegung gesetzt. Der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt wurde gezwungen, über eine Herausnahme von Bischofferode aus dem Fusionsvertrag zu verhandeln. Die Kalibergleute setzen auf ein Übernahmekonzept des mittelständischen Handels- und Transportunternehmers Johannes Peine, der im Gegensatz zur offiziellen Version von Treuhand und BASF wieder mit wachsenden Märkten rechnet, nicht zuletzt durch Kompensationsgeschäfte mit den GUS-Staaten. Jetzt wurde den kämpfenden Bergleuten ein Zugeständnis gemacht: Peines Konzeption, das Werk mit 550 der jetzt noch 700 Beschäftigten weiterzuführen, werde bis Ende Mai „kritisch geprüft“, allerdings müsse Peine 200 Mio. DM für aufgelaufene Verluste und notwendige Investitionen auf den Tisch legen.

Quellen: div. Ausgaben von Der Tagesspiegel, Neues Deutschland, Handelsblatt — (mio)

„Ich denke, daß wir alle aufeinander zugehen müssen“

Interview mit André Brie, dem Leiter der PDS-Wahlkampfkommission

Am 14. Mai beriet der PDS-Parteivorstand in einer Klausurtagung über die Vorbereitung der kommenden Wahlkämpfe, insbesondere in 1994. Auf der Sitzung wurde beschlossen: Der PDS-Parteivorstand beantragt bei der für Juni angesetzten 2. Tagung des 3. Parteitages, auf der auch die Entscheidung über die Strategie der PDS zu den kommenden Wahlen fällt, die Kandidatur der PDS mit einer offenen Liste. Der PDS-Pressedienst Nr. 19 berichtet von der Tagung des Parteirates der PDS wenige Tage vorher, am 9. Mai: „Der Parteirat favorisiert für die Wahlen zum Bundestag die Variante der „Offenen Liste“. 2. Für die Europawahlen wird eine Bundesliste befürwortet. 3. An den Parteivorstand der PDS wird die Empfehlung gerichtet, Gespräche mit der DKP aufzunehmen, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, ein Gegeneinander bei den bevorstehenden Wahlen zu vermeiden.“ Am 14. Mai antwortete André Brie auf Fragen der Redaktion der „Politischen Berichte“ zur Wahlstrategie der PDS.

— (rül, sec)

Die PDS hat eine parlamentarische Position. Für welche politischen Ziele soll diese Position eingesetzt werden? Ablösung der Regierung Kohl, also des Bürgerblocks, parlamentarische Mehrheit für eine Konstellation SPD — Bündnis 90/Grüne — PDS mit Stimmenmehrheit im Parlament. Wäre das ein Ziel für die kommenden Wahlkämpfe?

Das ist schwer zu beantworten. Aber meiner Meinung nach besteht in der Bundesrepublik zur Zeit nicht das Problem einer anderen politischen Kräftekonstellation hinsichtlich Regierungsbildungen. Wir haben vielmehr eine Annäherung in prinzipiellen Fragen zwischen den unterschiedlichen Parteien. Wir haben eine weitgehende Politikunfähigkeit in diesem Land — Politik im Sinne von Zukunft gestalten, Geschichte machen findet ja nicht statt. Auch die SPD weicht weit vor dem zurück; meiner Meinung nach ist das die eigentliche Wurzel ihrer Probleme und der Krise der westeuropäischen Sozialdemokratie überhaupt. Sicherlich, man kann das alles eine Ebene runternehmen. Es wäre für die Situation in der Bundesrepublik, auch für die Situation in Ostdeutschland etwas positiver, wenn der Bürgerblock abgelöst würde. Aber das sind keine Fragen, die für die PDS von essentieller Bedeutung sind. Für uns stehen deshalb inhaltliche Fragen im Mittelpunkt. Das sind die Fragen Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, das ist die Frage, den Rechtsruck, den es in der Bundesrepublik gibt, aufzuhalten, hoffentlich umzudrehen, das ist die Frage, in anderen sozialen Problemen wie Gesundheitspolitik, Wohnen eine veränderte Politik durchzusetzen. Das ist ein sehr langwieriger Prozeß, dazu können auch kleine parlamentarische Vertretungen, wenn sie mit sozialen Bewegungen außerhalb der Parlamente verbunden sind, etwas beitragen, da kann Druck auf etablierte Parteien entstehen, um auch in absehbarer Zeit schon Veränderungen zu erreichen. Aber ich müßte mich sehr irren, wenn es für die PDS im Bundestag eine wichtige Frage wäre, jetzt eine SPD/Grüne-Koalition zu unterstützen ...

... zu tolerieren?

... zu tolerieren, das kann man alles machen. Die PDS würde sich mit Sicherheit hier nicht sektiererisch verhalten, aber im Mittelpunkt werden viel konkretere Fragen, werden Sachthemen stehen für uns, Blauhelmeinsätze, Asylfrage, hier Dinge zu verhindern, und da kann es auch ganz andere Mehrheiten geben.

Aber das läuft immerhin darauf hinaus, daß es ein reelles Ziel wäre, Sperrminitäten zu bilden gegen Verfassungsverschiebungen nach rechts — Asyl, Bundeswehr, da sind ja überall verfassungsändernde Mehrheiten erforderlich, wenn der Bürgerblock durchkommen will mit seinem Programm, braucht er sie an bestimmten Punkten. Und wenn es z.B. gelingen würde, aus PDS, Teilen der Grünen, Teilen der SPD Sperrminitäten gegen solche Verfassungsverschiebungen zu errichten, das wäre ja

etwas.

Es wäre wünschenswert, gerade in den genannten Fragen, so etwas zu haben, das wird man aber nicht bewußt seitens der PDS im Wahlkampf anstreben können. Das sind ja viel kompliziertere Fragen: Welche Leute setzen sich innerhalb der SPD auch im Wahlkampf durch? Wie werden sich die Grünen verhalten nach dem Zusammenschluß mit Bündnis 90? Wie verhält sich z.B. ein Teil der FDP, die ja irgendwie doch noch zum Teil nicht nur an Wirtschaftsliberalismus, sondern an libertären Ideen der Vergangenheit festhält, z.B. in der Asylfrage, ein Teil der FDP, ich will so etwas nicht ausschließen ...

Jetzt im Bundestagswahlkampf, im Europawahlkampf stehen diese Fragen nicht, da stehen aber andere Fragen, wo es Übereinstimmung gibt: Rechtsruck aufzuhalten, und das darf man im Wahlkampf auch nicht gefährden, nicht kaputtmachen, das wäre verhängnisvoll.

Im Strategiepapier ist ein wichtiger strategischer Eckpunkt „ostdeutsch“, die ostdeutschen Interessen. Müßten aber die ostdeutschen Interessen nicht eher in Plattformen der PDS für die Landtags- und Kommunalwahlen im Osten formuliert werden als für die Bundestagswahlen?

Natürlich wird das da eine unvergleichlich größere Rolle spielen als bei den Europawahlen und den Bundestagswahlen. Aber in der Wahlstrategie findet auch eine Auseinandersetzung damit statt, was man mit Wahlkämpfen in der Bundesrepublik erreichen kann und was man auf anderen Gebieten erreichen muß. In der Kritik an der Wahlstrategie kommt man oft zu hören, Ihr wendet Euch viel zu wenig der Arbeiterklasse und ähnlichem zu. Ich möchte dringend, daß die PDS sich den Kämpfen von Gewerkschaften, in den Betrieben zuwenden. Das muß sie machen, gerade jetzt. Im Wahlkampf haben wir erst einmal davon auszugehen, daß von den potentiellen Wählerinnen und Wählern, wie alle Meinungsumfragen aussagen, Arbeiterinnen und Arbeiter — leider, und wir haben Schuld daran aufgrund unserer Geschichte — prozentual nur sehr wenig sind — noch schlimmer ist es übrigens bei Lehrlingen. Wir müssen von diesen Gegebenheiten ausgehen, wir müssen zwei Dinge zusammenbringen, ganz kompliziert und widersprüchlich. Was will die PDS, was ist die PDS auf der einen Seite — eine sozialistische Partei, die sich an globalen Themen orientiert, die gesamtdeutsch sein will, die die Gesellschaft verändern will — und auf der anderen Seite der Wahlkampf: Wer würde uns wählen? Und wie kann das verbunden werden? Das kann man nicht prinzipiell machen. Wir könnten natürlich einen absolut ostdeutschen Wahlkampf führen und einen völlig auf Protestwähler zugeschnittenen Wahlkampf machen, ohne linke Gedanken, das wäre bei vielen Ostdeutschen ziemlich interessant. Aber das wollen wir nicht machen, wir wollen das zusammenbringen, wir wollen eine linke, sozialistische Partei sein, wir wollen — und wir sind es real — eine Partei sein, die aus Ostdeutschland kommt, die ostdeutschen Interessen mit einbringt, und wir wollen eine Partei sein, die sich auch an globalen Problemen orientiert, das ist übrigens auch nicht identisch mit links und sozialistisch. Die Linke hat über Jahrzehnte sich sehr schwer getan mit dem ökologischen Thema, sie hat sich auch mit dem Frauenthema über Jahrzehnte in verhängnisvoller Weise schwergetan usw. Das ist auch nicht alles so identisch, man kann es zusammenbringen. Z.B. die soziale Frage und die ökologische Frage, das ist ein Gegensatz, ein Widerspruchspaar, sie sind vermittelbar, aber nicht einfach hier zu harmonieren. Und genauso ist es mit den Ostdeutschen. Da gibt's ein ungeheures Wählerpotential für uns, wir wollen es von links ansprechen. Ich denke, daß das auch im Interesse einer progressiven Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik ist, denn erstens wird dieser Kolonialismus hier im Osten benutzt als Experimentierfeld, Erreiches auch in der alten Bundesrepublik abzubauen. Zweitens ist diese Zerstörung und Demütigung für wirklich Millionen Men-

schen ein verhängnisvoller Nährboden für Rechts. Das Rechte ist im Westen — was die dominierenden Medien verschleieren — viel stärker als im Osten, aber das wird ein verhängnisvoller Nährboden für das Überschwappen nach Westdeutschland, für das Verstärken der Tendenzen in Westdeutschland. Und drittens: eine linke Politik, die so arrogant ist, nur über Zukunft zu reden und sich nicht den Fragen zuzuwenden, die das Schicksal von Millionen Menschen bestimmen, von Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, von Identitätsverlust, von Kulturzerstörung, von der Zerstörung ganzer Regionen, das kann einfach nicht gehen, das kann eine linke Politik nicht machen. Sie muß Zukunft und Alltagsarbeit miteinander verbinden, und dazu gehört, zu einem Selbstbewußtsein der Ostdeutschen beizutragen. Wenn wir Emanzipation wollen als Linke in ganz Deutschland, gehört dazu, daß emanzipative Selbstbewußtsein in der Interessenvertretung auch in Ostdeutschland entsteht.

Wie sollte dann konkret eine Politik, die ostdeutsche Interessen vertritt, aussen, sagen wir in der Bildungspolitik, in der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik und in der Infrastrukturpolitik und bei der Wirtschaftsförderung?

Ich will mit dem letzten anfangen, da kann man es am anschaulichsten machen. Wir treten ein für eine aktive Regionalpolitik. Dieser Staat, d.h. CDU/CSU und FDP, genauso wie die SED früher mit ideologischen Scheuklappen, sie machen hier „Der Markt wird es richten“, der Staat hat in der Wirtschafts-, Regional- und Arbeitsmarktpolitik so wenig wie möglich zu suchen. Das ist eine Politik, die den Osten zerstört und zerstören mußte. Eine aktive Regionalpolitik — vorerst wird es eine staatliche sein müssen, als Linker wünschte man sich, daß es mal eine gesellschaftliche wird — die würde unterschiedlichste Dinge verbinden können. Erstens wäre es die einzige Chance, daß es im Osten eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung gibt, und damit Zerstörungsprozesse aufgehalten, Arbeitsplätze bestehen bleiben könnten. Zweitens: es wäre ein Konzept, das ökologisch sinnvoll ist, denn es würde regionale Arbeitsteilung ermöglichen. Jetzt bleiben im Osten noch ein paar Restindustrien übrig, Vorzeigefabriken, die arbeitsteilig ans Ruhrgebiet, an Hamburg, an Bayern angegliedert sind, mit einem riesigen Verkehrsaufwand. Da kann man selbst als Ökologe nichts gegen Autobahnen sagen, wenn das nicht geändert wird. Und dann natürlich hier der Osten als Absatzmarkt, wieder mit einem riesigen Verkehrsaufwand. Drittens: Regionalisierung bedeutet, daß die Kommunen eigenständige finanzielle Grundlagen erhalten, die sie jetzt nicht haben. Sie werden finanziell eröffnet, kommunale Selbstverwaltung ist in der Bundesrepublik sowieso nur eingeschränkt existent, wird durch die Finanzschwäche zur Makulatur. Also hier zeigen sich wirklich umfassende Dinge: ostdeutsche Interessen, ökologische Interessen hinsichtlich der ganzen Bundesrepublik, Demokratieentwicklung hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung — das ist wirklich ein Konzept, das Ostdeutsches und Gesamtdeutsches, Alltagspolitik und weit in die Zukunft reichende Dinge miteinander verbindet.

In den Tariffragen: Es muß zu einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse, der Löhne zwischen Ost- und Westdeutschland kommen, ansonsten bekommt man hier ein Niedriglohngebiet auf Dauer, mit der Zerstörung, die es in Westdeutschland durch das gegenseitige Ausspielen der Arbeiterinnen und Arbeiter geben wird. Man wird Gebiete bekommen nicht nur mit Niedriglöhnen, sondern auch mit eingeschränkten Partizipationsmöglichkeiten, mit angegriffener Tarifautonomie usw., es wird Kapitalflucht geben, oder es gibt ein weiteres Abwandern der Ostdeutschen nach Westdeutschland. Es gibt ja immer noch mehr als hunderttausend, die nach Westen gehen, und die demographischen Prognosen sagen voraus, daß in Ostdeutschland im Jahr 2000 nur noch 14,5 Millionen Menschen leben, davon 30 % Rentnerinnen und Rentner.

In dieser Hinsicht gibt es gar keine andere Alternative. Natürlich muß man ökonomisch dabei auch Realist bleiben. Die Industrien hier im Osten Deutschlands sind aus vielen Gründen zur Zeit nicht konkurrenzfähig. Nicht nur, weil der technische Standard veraltet ist, sondern auch deshalb, weil die Arbeitsteilung hier nicht so existiert. Dazu kommen die Kosten für die Anbindung an große Verkehrswegs usw. Da sind unsere Vorstellungen, daß der Staat eingreifen muß — natürlich müssen diese Hilfen über die Zeit degressiv sein — daß er über Lohnsubventionen hier eingreift. Das wäre unser Konzept.

Hinsichtlich Bildung will ich hier nur ganz knapp sagen: Wir hatten in der DDR ein Bildungssystem, das staatliche Gängelung, politische Gängelung kannte. Davon wollen wir Abstand nehmen, und zwar ganz entschieden. Aber erstens hatten wir ein Bildungssystem, das soziale Chancengleichheit hatte, und zweitens hatten wir ein Bildungssystem, das im Konkreten vieles hatte, das zu übernehmen für das gesamte Deutschland sehr, sehr nützlich gewesen wäre. Hier ist es nicht nur eine Frage der Ostdeutschen, ihrer Identität, ihres Selbstbewußtseins, sondern durchaus im Interesse des gesamten Landes, daß man positive, progressive Elemente aus Ostdeutschland und aus Westdeutschland zusammenfügt. Dazu gehören die Produktionslemente im Unterricht, dazu gehört die Betonung der sozialen Gleichheit, nicht nur in der Grundschule, sondern bis hin zur gymnasialen Oberstufe, erst recht an der Universität. Dazu gehört, daß man die sehr frühe Trennung der Bildungswegs, wie sie in der Bundesrepublik existiert und noch verschärft werden soll, zurückdrehen.

Sollte die PDS bei den überregionalen Wählern — also Bundestags- und Europawählern — nicht eher den Diskurs Ost-West fördern und Tendenzen einer Abschottung des Ostens vom Westen und umgekehrt entgegenwirken?

Wir haben das „ostdeutsch“ auch nicht im Sinne einer Abschottung, einer Spaltung verstanden, sondern im Gegenteil als Beitrag, um die Deutschen in beiden Teilen zusammenzuführen. Dazu gehört unbedingt der Diskurs, es wäre katastrophal, wenn dieser Diskurs abbrechen würde. Aber ich will eines noch einmal sagen: Wahlkampf bedeutet, Wählerstimmen zu bekommen. Ich bin wirklich nicht dafür, daß wir prinzipiell um Wählerstimmen kämpfen. Wir wollen als Linke in den Bundestag, wir wollen als gesamtdeutsche Partei antreten, mit anderen in Ost- und Westdeutschland gemeinsam. Aber es geht um Wählerstimmen. Es geht jetzt nicht um Machtverhältnisse. Wir wären absolut falsch beraten, wenn der Wahlkampf von uns geführt werden würde mit der Betonung von ostdeutschen Interessen, daß dabei die Zusammenarbeit zwischen Linken in Ost und West wieder zugeschüttet werden würde. Im Gegenteil, Wahlkampf ist eine Zeit sehr hoher politischer Intensität, er ist ein hervorragendes Instrument, ihn auch nach innen zu richten, auf die Beziehungen zwischen den Organisationen der Linken. Wir haben in der Wahlstrategie gesagt, wir wollen den Wahlkampf nach außen richten, das ist das primäre, wir wollen eben nicht nur das 0,5 %-Spektrum der Linken, der organisierten Linken in Westdeutschland erreichen, wir wollen darüber hinaus kommen. Aber das ist nur das, was wir betont haben. Gleichzeitig muß der Wahlkampf Instrument sein, um diese heillose Abschottung der Linken untereinander, die Sprachlosigkeit, die Mißverständnisse in den Beziehungen untereinander zumindest aufzuheben.

Bei den letzten Bundestagswahlen hat die PDS im Westen viel Porzellan zerschlagen, insbesondere durch die schroffe Ausgrenzung von Linken im Westen, die nach unserem Eindruck durchaus bereit und interessiert waren, mitzuarbeiten. Was soll dieses Mal besser werden? Konkret: Kann die PDS akzeptieren, daß eine soziale und emanzipatorische Bewegung im Westen nicht von der zerstörten politischen Struktur getrennt denkbar ist? Die DKP, aber auch andere, gehören einfach dazu. Sie

sollten nicht ausgesetzt werden.

In der Wahlstrategie steht ausdrücklich drin, daß es eine Ausgrenzung nicht geben soll. Es ist dort gesagt, daß wir aber auch um liberale, antifaschistische Demokraten, linke Sozialdemokraten kämpfen wollen. Ausgrenzung ist immer auch eine gegenseitige Frage. Es darf nicht immer nur auf PDS und DKP und ähnliche begrenzt werden. Wenn das gegeben ist, darf es nach meiner Überzeugung keine Ausgrenzung von Kommunistinnen und Kommunisten geben. Man muß freilich auch wissen und beachten, daß es radikaldemokratische Positionen gibt — ich komme ja aus der SED — die sehr, sehr kritisch mit der Demokratiefeindlichkeit umgeht, die wir früher praktiziert haben. Aber das ist eigentlich ein abendfüllendes Thema und deshalb auch nur als Problem angekommen. Darüber wird man sich zusammenraufen müssen. Ich denke, daß in diesem gesamten Prozeß alle mitarbeiten und aufeinander zugehen müssen.

Dabei stehen wir natürlich vor dem Problem, daß es eine PDS mit Offener Liste ist, also keine Wahlpartei ist — das hat auch gerade das Hamburger Gerichtsurteil gezeigt — daß man demokratisch entsprechend dem Parteigesetz vorgehen muß. Und das Parteigesetz sieht vor, daß diese Liste am Ende durch die entsprechenden Gremien der PDS abgestimmt werden muß. Das Risiko dabei ist, daß wenn man sich nicht vorher zusammenrauft, wenn man nicht sehr gut miteinander argumentiert, wenn man nicht durch Argumente, durch gute Kandidatinnen und Kandidaten, durch einen langen öffentlichen Diskussionsprozeß die Landesversammlungen der PDS überzeugt hat, daß sie ihre Listen mit einer wirklich konsequent demokratischen Wahl aufstellen, dann wird das alles scheitern.

Das PDS-Programm bezieht sich, was wir auch für sehr angenehm halten, sehr stark auf den „Widerstand“. Das ist eine der zentralen Kategorien dort. Und wir meinen, daß — im Westen der BRD — die DKP, aber auch andere, kleine politische Organisationen, zu diesem Widerstand dazugehören und deshalb auch bei den Wahlen nicht ausgesetzt werden sollten.

Man muß aber auch sagen, wir haben 1990 Mitglieder der DKP auf unseren Listen gehabt. Wenn uns Walter Ebert, der Mannheimer Stadtrat, in einer Leitungsschrift an das ND das Gegenteil vorwirft, entspricht das einfach nicht der Realität. Natürlich ist 1990 das alles sehr unterschiedlich gelaufen. Aber unser Bestreben damals, im Parteivorstand — die Bundesrepublik, die alten Länder vor Ort waren damals für uns ja praktisch noch Ausland — unser Bestreben war, diese Breite zu halten. Aus diesem Bestreben, diese Breite zu halten, ist dann aber unter diesen Umständen das Sektierertum entstanden. Man hatte Angst, wenn man das kommunistische, das grün-bewegte Spektrum und linke Sozialdemokraten hatte, um nur diese drei Pfeiler zu nennen, dann hatte man natürlich Angst, daß wenn jetzt die DKP im Prinzip mitmacht, hineinkommt, daß dann die anderen wegbrechen oder minorisiert werden. Also, diese eigentlich anti-sektiererische Absicht hat zu Sektierertum geführt, ganz klar.

Um noch einmal auf die vorherige Frage zurückzukommen: Das kann man nicht zentral aushandeln, das muß sich zusammenraufen. In Wahlbündnissen muß man sich aushalten, dann muß man auch aushalten können, daß die eine oder andere Kraft versucht, das ganze zu vereinnahmen. Das wird dann Streit geben, wird sicherlich Auseinandersetzungen geben, aber man muß sich zusammenraufen.

Eine wichtige Frage wird dabei sicherlich sein, ob bei der Aufstellung der offenen Listen es der PDS im Westen gelingt, die Aufstellung dieser Listen gewissermaßen zu verrechtlichen ...

Da wird man eine Lösung finden. Darüber kann man jetzt nur spekulieren, das hat aber keinen Sinn. Man wird sehen müssen, wer alles mitmacht, das hängt von den Organisationen ab.

hängt von den Persönlichkeiten ab, das hängt von den Interessen ab, auch von den Kräfteverhältnissen natürlich. Ich denke schon, daß man da am Ende zu Vereinbarungen kommen wird.

Zum Beispiel über ein Urwahlverfahren? Wir hatten kürzlich bei einem Gespräch mit Mitgliedern des PDS-Parteivorstandes vorgeschlagen, bei einer Kandidatur der PDS mit offenen Listen eine Art Urwahlverfahren bei der Aufstellung der Kandidaten einzuführen ...

Wir sind überhaupt noch nicht zu so konkreten Dingen vorgedrungen. Ich muß zur DKP auch noch einmal anmerken, es war wirklich nicht die PDS, sondern Rolf Priemer, der im November 1992, veröffentlicht in der UZ — da war die PDS bei weitem noch nicht soweit, wir hatten gerade angefangen, zu diskutieren, wir hatten bei weitem noch keine Position bezogen — in der UZ gesagt hat, daß die DKP zu den Bundestagswahlen und zu den Europawahlen antreten wird, konkurrierend zur PDS.

Notfalls.

„Notfalls“ ist dort nicht gesagt worden! Das ist dann auf dem DKP-Parteitag geändert worden. Es ist wirklich deutlich geändert worden. Aber im November 1992, vor Beginn unseres Diskussionsprozesses, gab es diese Stellungnahme von einem Sprecher der DKP. Also: In der Wahlstrategie steht erst einmal ausdrücklich drin, daß wir diese Ausgrenzung nicht wollen, diese Wahlstrategie ist im Parteivorstand mit nur einer Gelegenheit angenommen worden, ich denke, daß die große Mehrheit in der PDS keine Ausgrenzung von Kommunisten und Kommunisten will.

Bei den Frankfurter Kommunalwahlen hat die PDS bzw. das von ihr mitgetragene Bündnis in Frankfurt versucht, an den Grünen herumzuspalten. Das Ergebnis war außerordentlich ärgerlich und auch gefährlich. Die Faschisten erzielten hohe Stimmenzuwächse. Wie beurteilt ihr inzwischen die hessischen Wahlergebnisse. Wird es nicht hohe Zeit, gegenüber den Grünen eine Bündnispolitik gegen „Schwarz-braun“ zu entwickeln?

Also erst einmal muß man sagen, das war nicht „die“ PDS, sondern die Frankfurter PDS. Wir haben uns im Vorstand zwei Mal informieren lassen, es gab keine Beschlüsse dazu, es ging nicht einmal darum, die Frankfurter zu beeinflussen. Der Frankfurter Wahlkampf ist auch nicht unbedingt ein PDS-Wahlkampf gewesen, da haben andere viel stärker den Wahlkampf betrieben. Ich kann jetzt auch nur meine Position sagen, nicht die der Frankfurter PDS nach dem Wahlergebnis. Ich bin der Meinung — ich war übrigens auch schon vor dem Wahlkampf der Meinung — daß die Hauptorientierung gegen „Rot-grün“ falsch ist. Das ist umstritten, nach wie vor, in Frankfurt/Main. Jutta Dittfurth hält das nach wie vor für richtig. Sie hat natürlich einige gute Argumente, erst recht das Verhalten der Grünen jetzt in Frankfurt/Main zeigt, daß auch die Warnungen, die es gegeben hat, was mit Rot-Grün passieren wird, durchaus zutreffen. Trotzdem hätte die Hauptrichtung gegen rechts gehen müssen, das ist nach meiner Meinung eindeutig. Ich möchte dir aber in einem widersprechen: Das Ergebnis dieses Wahlkampfes ist nicht die Stärkung der Rechten. Die wären sowieso stark geworden. Bloß ist der linke Widerstand, der demokratische Widerstand durch diese Art von Wahlkampf auch für die nächste Zeit beeinträchtigt. Hier sind Wunden geschlagen worden, die bei dem notwendigen Zusammengehen gegen rechts jetzt nicht so schnell vernarben werden.

Wir werden im Bundestagswahlkampf und im Europawahlkampf auf keinen Fall den Hauptstolz gegen Grün oder gegen die Sozialdemokratie richten, sondern wirklich gegen die Rechten. Wir werden natürlich auch kritischer und offensiver gegen die Grünen und die SPD als 1990 sein, aber das ist wahrscheinlich eine andere Frage.

Uns scheint, die PDS im Osten kann dort den Einzug der Faschisten in die Landtags- und Kommunalparlamente wirksam verhindern. Das wäre ein wichtiges Signal und eine wichtige Ermutigung auch für viele Antifaschisten im Westen. Wie beurteilt ihr da die Aussichten und auch die Aufgaben der PDS bei den kommenden Wahlen in Brandenburg?

Zu verhindern, daß die Republikaner

oder andere Rechtsextremisten in die Landtage oder Kommunalvertretungen kommen, steht für uns wirklich im Vordergrund, und zwar in einer umfassenden Hinsicht. Nicht nur in der direkten politischen Auseinandersetzung, sondern auch, indem wir zu den sozialen, kulturellen und politischen Fragen zu den Wurzeln vordringen, die Auseinandersetzung mit ihnen aufnehmen. Man wird hier Realist sein müssen, der Boden für die Rechten wird immer noch besser, sowohl international wie von der Politik der Regierung Kohl, von CDU/CSU und FDP her. Die Möglichkeiten, direkt als eine Partei das zu verhindern, sind deshalb eingeschränkt zu werten. Aber was wir verhindern können, werden wir tun.

In den Brandenburger Wahlen steht für uns ganz oben auf der Prioritätenliste das Ringen um die Wählerinnen und Wähler, das Gewinnen von Akzeptanz der PDS durch die Wählerinnen und Wähler. Es wird nach den Wahlen in Berlin, nach dem Erfolg in Ostberlin, das erste Flächenland sein, in dem wir in die Wahlen gehen. Wir haben eine schwierige Situation, weil die Stolpe-Regierung, die SPD, ihre Sozialministerin Hildebrand, sehr große Zustimmung genießt. In den Auseinandersetzungen der letzten Zeit ist aber auch der Unterschied zwischen der SPD und der PDS deutlicher geworden.

Wir werden gerade im Land Brandenburg — und das führt mich noch einmal zur ostdeutschen Problematik zurück — im Kampf gegen die Rechten deutlich machen: Wir sind eine Partei, die die ostdeutschen Interessen vertritt, wir sind eine Partei, die Protestwahlverhalten ernst nimmt. Protestwahlverhalten ist ja auch legitim, das Protestwahlverhalten in der Bundesrepublik ist delegitimiert worden, weil es in den letzten Jahren immer nach rechts ging. Aber es gibt Gründe, einfach nur zu sagen: „Nein! Ich habe die Schnauze voll von den etablierten Parteien, ich gebe ihnen jetzt den denkbar wirkungsvollsten Denkzettel, indem ich eine Partei wähle, die wirklich einen krassen Protest ausdrückt.“ In der Bundesrepublik konnte man das kaum, wir könnten das im Osten auffangen.

Was wir im Brandenburger Kommu-

nalwahlkampf erreichen können, das hat das Berliner Wahlergebnis gezeigt, wo wir nicht nur von krassen Linken, bewußtseinsmäßig Linken gewählt wurden. Es haben uns zu beträchtlichem Teil auch Leute gewählt, die sagen wollten: CDU, ihr habt uns belogen, SPD, ihr habt uns enttäuscht, und deswegen PDS. Und sie haben in Ostberlin eben nicht Republikaner gewählt, viel weniger als in Westberlin, weil wir eben auch deutlich machen konnten, mit der PDS wählt man nicht nur Protest, sondern man wählt auch eine Partei, die dann weiter dran bleibt, bei der solche Ziele, die man in Protestwahlen ausdrückt, nicht einfach instrumentalisiert werden wie bei den Rechten. Die Rechten haben mit ihrer Arbeitsmarktdemagogie, mit ihrer Wohnungsdemagogie mit ihrer Parteischelte ja vor allem das Ziel, ganz andere Dinge zu befördern. Sie wenden sich ja dann, wenn sie ihre Mandate haben, nicht wirklich diesen Zielen zu. Die Wähler haben aber bei uns erlebt, daß wir an unseren Zielen auch nach den Wahlen festhalten.

Eine andere Frage: Wahlrecht. Die geltende 5%-Klausel schließt wegen des nach der Annexion der DDR erheblich erweiterten Wahlgebiets im ungünstigen Fall ziemlich große Personengruppen von parlamentarischer Repräsentanz aus — zusätzlich zum Entzug des Wahlrechts für Ausländer. Was wollt ihr gegen die 5%-Klausel unternehmen? Wäre nicht eine Formel: „5% in drei Bundesländern müssen reichen“, wie es sie im Anfang der BRD schon einmal gegeben hat, eine Sache, für die es sich zu kämpfen lohnt? Die PDS wäre dann sicher im nächsten Bundestag.

Wir werden für ein neues Wahlrecht kämpfen. Da wird es entsprechende Initiativen geben, in sehr umfassender Hinsicht. Wir wollen ein wesentlich demokratischeres, moderneres Wahlrecht. Und wir werden auch die rechtlichen Schritte gehen, weil wir davon ausgehen, daß wir uns zur Zeit politisch nicht durchsetzen können, um eine Wahlrechtsänderung zu erreichen. Wenn das Bundesverfassungsgericht seine eigene Argumentation von 1990 ernst nimmt, müßte es auch für 1994 die-

nalwahlkampf erreichen können, das hat das Berliner Wahlergebnis gezeigt, wo wir nicht nur von krassen Linken, bewußtseinsmäßig Linken gewählt wurden. Es haben uns zu beträchtlichem Teil auch Leute gewählt, die sagen wollten: CDU, ihr habt uns belogen, SPD, ihr habt uns enttäuscht, und deswegen PDS. Und sie haben in Ostberlin eben nicht Republikaner gewählt, viel weniger als in Westberlin, weil wir eben auch deutlich machen konnten, mit der PDS wählt man nicht nur Protest, sondern man wählt auch eine Partei, die dann weiter dran bleibt, bei der solche Ziele, die man in Protestwahlen ausdrückt, nicht einfach instrumentalisiert werden wie bei den Rechten. Die Rechten haben mit ihrer Arbeitsmarktdemagogie, mit ihrer Wohnungsdemagogie mit ihrer Parteischelte ja vor allem das Ziel, ganz andere Dinge zu befördern. Sie wenden sich ja dann, wenn sie ihre Mandate haben, nicht wirklich diesen Zielen zu. Die Wähler haben aber bei uns erlebt, daß wir an unseren Zielen auch nach den Wahlen festhalten.

Eine andere Frage: Wahlrecht. Die geltende 5%-Klausel schließt wegen des nach der Annexion der DDR erheblich erweiterten Wahlgebiets im ungünstigen Fall ziemlich große Personengruppen von parlamentarischer Repräsentanz aus — zusätzlich zum Entzug des Wahlrechts für Ausländer. Was wollt ihr gegen die 5%-Klausel unternehmen? Wäre nicht eine Formel: „5% in drei Bundesländern müssen reichen“, wie es sie im Anfang der BRD schon einmal gegeben hat, eine Sache, für die es sich zu kämpfen lohnt? Die PDS wäre dann sicher im nächsten Bundestag.

se Regelung wieder anwenden. Wir werden natürlich auch dafür argumentieren, daß, wenn eine Partei in zwei, drei Bundesländern über 5% kommt, daß man dann ähnlich wie bei den 3 Direktmandaten dann die 5%-Hürde hinfällig machen müßte. Ich glaube, daß die Bundesrepublik insgesamt nicht gut beraten ist mit der 5%-Hürde. Sie argumentieren mit der politischen Stabilität, daß sie damit ganz andere politische Absichten verfolgen, ist bekannt. Aber das bedeutet eben auch, daß Neues, das in diesem Land entsteht, es unglaublich schwer hat. Die Öffentlichkeit ist auch deshalb fast gelähmt. Es ist im Grunde eine existentielle Frage für die Bundesrepublik, daß dies geändert wird. Aber die gesamte Diskussion geht ja zur Zeit in die ganz entgegengesetzte Richtung, man diskutiert eher, das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Bei dem rechtlichen Weg sieht es vielleicht etwas hoffnungsvoller aus, aber auf dem politischen Weg, ein wirklich umfassend demokratisches Wahlrecht durchzusetzen, da sehe ich zur Zeit schwarz. Sie denken über Wahlpflicht nach, sie denken über das Mehrheitswahlrecht nach und ähnliches. Bei den Europawahlen wollen sie jetzt ein Wahlrecht einführen, das auf die CSU zugeschnitten ist, weil sie davon ausgehen, daß diese die 5% nicht kriegen, deshalb führt man jetzt 35 oder 39 Wahlkreise ein, damit die CSU drei Direktmandate in Bayern erreichen kann — eine richtige Lex CSU ist das.

Erste überregionale Wahl im kommenden Jahr sind die Europawahlen. Bei solchen Wahlen geben viele der Linken schon mal leichter die Stimme. Müßte das nicht ein Ansporn sein, auch gerade bei diesen Wahlen möglichst viele Kräfte des Widerstands einzubeziehen? Was macht z.B. der „Runde Tisch“ zu den Europawahlen, den der Landesverband Thüringen gefordert hatte und für den sich auch der Parteitag ausgesprochen hatte?

Das Projekt macht bisher konkret fast nichts. Der PDS-Bundesparteitag hatte den Antrag diskutiert und ihn positiv beschieden. Ein Projekt wird jetzt auf jeden Fall sein, den Diskurs in Gang zu setzen, den Informationsaustausch. Das

ist also auf jeden Fall die Beschlusslage. Die Europawahlen werden von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wenn es dort gelingt, ein positives Signal zu setzen, dann kann man auch bei den Bundestagswahlen die 5% knicken bzw. die 3 Direktmandate erreichen. Das Wahlverhalten bei den Europawahlen ist deutlich anders als bei den Bundestagswahlen, Linke sind eher bereit, einer Partei ihrer Sympathie ihre Stimme zu geben, nicht nur nach parteipolitischen, machtpolitischen Überlegungen ihre Stimme zu geben. Die Wahlbeteiligung ist niedriger, bei der Fähigkeit der PDS, ihre Wählerinnen und Wähler im Osten zu mobilisieren, kommt uns das zugute. Ich denke, daß die Europawahlen daher tatsächlich das Experiment nicht nur für die PDS, sondern für die Linke in diesem Land sein sollten, wirklich für eine relativ breite Linke: sie sollten, sich endlich zusammenzurufen, mit offenen Listen, mit einer echten Europawahl-Alternative, mit einem demokratischen Zustandekommen der entsprechenden Kandidatinnen- und Kandidaten-Listen ein Signal zu setzen, daß es geht. Linksektierertum (nicht, wie Lenin sagte, als Kinderkrankheit, sondern als Altersstarrsinn) zu überwinden, zu zeigen, daß man die Fähigkeit hat, aus dem Scheitern des Staatssozialismus im Osten prinzipiell neue Schlüsse zu ziehen und die Linke zusammenzuführen.

Das heißt aber auch, daß die nächsten Entscheidungen jetzt auf dem Wahlparteitag fallen, vorher wird es keinen Runden Tisch geben?

Ja. Europawahlen sind ja für die meisten Menschen noch etwas ziemlich Abstraktes. Da ein echtes Konzept zu haben, ein zündendes Wahlprogramm zu haben, die politischen Kräfte zu mobilisieren und da richtig einzutreten, wird nicht einfach. Aber wir haben ja, und das unterscheidet die Lage ja von 1990, erheblich mehr Zeit dieses Mal. 1990 hatten wir gerade zwei, drei Monate, dieses Mal haben wir noch ein ganzes Jahr Zeit, und wir kennen uns inzwischen ein erhebliches Stück besser im Westen aus.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Termine

22.5. „West-Parteitag“ der PDS/Linke Liste in Bonn: Beratung von Delegierten aus den westlichen Landesverbänden über die Gründung eines Regionalverbandes PDS/Linke Liste und Wahl von Vertretern für die Koordination der Westverbände.

5.6. 2. landesweite Konferenz zur Bildung einer linken Liste Niedersachsen. Die Konferenz findet statt von 10 bis 19 Uhr im Freizeitheim Lister Turm, Wallerseestr. 100, Hannover.

5./6.6. Arbeitstagung öffentlicher Dienst des Arbeitskreis Öffentlicher Dienst in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik in Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenstr. 12. Samstag, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 12 Uhr. Anmeldungen über GNN-Verlag, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1. Vorschlagene Themen u.a.: Ansatzpunkte in der gewerkschaftlichen Diskussion und Beschlusslage für eine sozial gestaltete Einkommenspolitik, welche Ziele und Absichten gilt es bei der Organisationsreform der ÖTV zu unterstützen?

6.6. Auf Einladung der DKP: „Roter Tisch“ zum Thema Wahlserie 1994 in der Karl-Liebknecht-Schule, Am Stadtspark 68, 5090 Leverkusen, von 11 bis 16 Uhr.

26./27.6. 2. Tagung des 3. Parteitages der PDS in Berlin. Beratung und Beschluß über die Wahlstrategie der PDS für 1994.

29.7. bis 4.8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29.7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt.

Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

28.8. Mitgliederversammlung der AG für Antifaschistische Bildungspolitik in Hannover — Beschlusssitzung über künftige Arbeit und Publikationen.

16./17.10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

Dev Sol: Heftige Auseinandersetzung

Eine Strategieüberprüfung ist nötig / Geheimdienste schüren Streit

Auch in der BRD ist es zwischen Anhängern der türkischen Organisation „Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke) zu Streit, zu Gewalttaten, zu Schüssen mit Todesfolge gekommen. Es gibt Aufrufe an die linke Öffentlichkeit der BRD, der einen oder anderen Seite Recht zu geben, diese oder jene zu verurteilen ... Was liegt vor?

Die Organisation türkischer Linker Dev Sol führt in der Türkischen Republik seit vielen Jahren einen bewaffneten Kampf gegen die Organe der Türkischen Republik (TR).

Die Türkische Republik ist keineswegs eine Art Demokratie. Es handelt sich schon eher um eine Militärdiktatur. Alle parlamentarischen Organe sind den Entscheidungen des sogenannten „Nationalen Sicherheitsrates“ untergeordnet, der je nach Lage mehr oder weniger durchgreift und ein Organ der herrschenden Militärs ist.

Diese Machtverhältnisse prägen auch das Wirken der staatlichen Organe der TR. Sie sind nicht kontrolliert, außerordentlich selbstherrlich und von weitgehend ungehemmter Brutalität. Der zusammengefaßte Begriff dafür ist Folter.

In der TR besteht kein Recht auf Ausübung einer legalen Opposition. Wer eine solche Opposition ausübt, ist mit Leib und Leben gefährdet. Oppositionelle kommen in Gefängnissen zu Tode, werden auf der Straße erschossen oder verschwinden.

Dieses Wirken der Staatsorgane besteht nicht nur, soweit die TR als Kolonialmacht gegen die Kurden und andere Minderheiten auftritt und territoriale Ausnahmeregimes einrichtet. Dieses Wirken der Staatsmacht hat sich vielmehr aus der Unfähigkeit ergeben, der in den Grenzen der TR lebenden Bevölkerung einen Entwicklungsweg, eine Zukunft aufzuzeigen.

Der durch die sozial und politisch Herrschenden der Türkei vorgezeichnete Entwicklungsweg beinhaltet Kolonialgebiete, aber auch Slums in den Städten. Er beinhaltet die Verurteilung

eines großen Teils der arbeitenden Massen in Land und Stadt zur elendesten Armut, zur politischen Entrichtung und zum Erleiden der schärfsten, terroristischen Repression.

Ohne Blick auf diese Verhältnisse, die sich auf dem Lande, in den Vorstädten und Slums darstellen, kann die Realität von Dev Sol nicht begriffen werden. Es handelt sich bei der Politik von Dev Sol um eine bewaffnete Antwort auf bewaffnete und blutige, ungesetzliche, willkürliche Repression, eine Antwort, die ihrerseits durch Anschläge und Attentate auf besonders herausragende Verbrechen reagiert.

Der bewaffnete Kampf dieser Organisation wird nun schon lange, in den letzten Jahren mit steigenden Verlusten geführt. Die Organe der TR spüren die Kämpfer von Dev Sol in den Städten auf und bringen sie um. Der Kampf von Dev Sol kann diese Opfer nicht mehr ignorieren. Die Anhänger, die Kämpfer, müssen ihre politische Strategie überprüfen. Dabei wird sich ergeben, daß das Konzept, das Wüten des Staates durch „Schutz“ oder „Bestrafung“ eindämmen und diesen so schwächen zu können, so daß Raum für politische Bewegungen entsteht, nicht zum Erfolg führt.

Ohne die geringste Absicht, eine Bewegung gegen die andere auszuspielen, soll auf den Unterschied zwischen der attentatsmäßigen Kriegsführung von Dev Sol und den Befreiungskrieg der Kurden hingewiesen werden. Der durch die PKK aufgezeigte und durch die kurdische Parlamentsbewegung immer genauer konkretisierte soziale und politische Inhalt des Kampfes ermöglicht eine enge Verbindung von politischem und bewaffnetem Kampf, wobei der bewaffnete Kampf eben nicht zum Zweck seiner selbst, zum Selbstzweck wird.

Menschen, deren Vertretung bzw. Beherrschung die TR beansprucht, müssen mit Repression und lebensgefährdender, mörderischer Gewalt des Staates immer rechnen, wenn sie oppositionell

hervortreten. Die Organe der TR haben dabei ihre Einwirkung auf oppositionelle Diskussionen, besonders in schwierigen Lagen, zu einer perfiden Kunst entwickelt. Das Fehlen einer legalen Öffentlichkeit führt bei Meinungsverschiedenheiten in oppositionellen Organisationen oft zu einem schwierigen Verlauf, der gezieltes, verdecktes Anheizen und Provozieren, das Steuern von Konflikten innerhalb der Linken durch die türkischen Staatsorgane stets als Gefahr gegenwärtigen hat.

Wir möchten uns auf diese Weise nicht in die Pflicht nehmen lassen. Wir halten es nicht für angebracht, uns durch eine pauschalierte Verurteilung von Vorkommissen und „beiden Seiten“ aus der Affäre zu ziehen. Aus unserer Sicht sind die Beteiligten Opfer von Umständen, die die TR zu verantworten hat. Diese Umstände sind von Geheimdiensten ausgerechnet worden. Man hat den Konfliktparteien die Rolle in einem Stück vorgeschrieben, in dem der Geheimdienst Regie führt.

Ein Lösung des Konfliktes kann nur gefunden werden in einer Politik, die zu einer grundlegenden Neugestaltung des Lebens der Menschen in der heutigen Türkei führt. Zu einer solchen Strategiediskussion bietet die politische Lage, die durch den Fortschritt im Kampf gegen den Kolonialismus der TR gekennzeichnet ist, Anhaltspunkte. Die Vereinheitsbewegung der kurdischen Bevölkerung bietet heute der türkischen Linken die Möglichkeit, in einer breit angelegten politischen Front das System zu zerstören, das sie umbringt.

Weit eher, als über diese oder jene Handlung zu richten und zu verurteilen, bleibt für die westdeutsche Linke auch in dieser schwierigen Situation der türkischen Linken die wichtigste Aufgabe, den Kampf gegen die Verletzung selbst der minimalsten politischen Grundrechte weiterzuführen, die sich das herrschende Regime in der Türkei leistet — animiert, unterstützt, geduldet durch die BRD und die NATO. — (maf, rü)

Spät, aber notwendig einige Anmerkungen und Ergänzungen zu dem Malcolm X (der Film) in den *Politischen Berichten* 6/93.

Leider wird in dem Artikel fast nicht auf den politischen Gehalt des Films eingegangen und ebenso wenig auf die politische Theorie und Praxis von Malcolm X. Entsprechend fehlt auch die Auseinandersetzung mit der Rezeption sowohl des Films als auch der historischen Person Malcolm X und ihrer Politik.

Entscheidend scheint mir dabei, daß Spike Lees Film des politischen Wandel Malcolms vom schwarzen Nationalisten und Mitglied der Nation of Islam (NOI) zum Revolutionär mit antikapitalistischen und zum Teil sogar sozialistischen Zielen und Vorstellungen nicht darstellt. Daß er nicht zeigt, daß für Malcolm X in seinen letzten Jahren die Befreiung der Schwarzen nicht mehr heißen konnte, daß der weiße Vermieter/Ausbeuter/Kapitalist durch einen schwarzen ersetzt würde, sondern daß Kapitalismus und Rassismus eine untrennbare Einheit bildeten.

Stattdessen stellt der Film ausführlich die religiösen Zeremonien in Mekka dar und erzeugt so den Eindruck eines lediglich (!) religiösen Wandels Malcolms. Ausgeblendet werden dabei wesentliche weitere Ereignisse seiner Reisen nach Mekka und durch Afrika, auf denen X verschiedene afrikanische Befreiungskämpfer traf. Aus den dabei gemachten Erfahrungen und Diskussionen entwickelte er die antikapitalistischen und internationalistischen Anschauungen, die seine Arbeit mit den nach dem Bruch mit der NOI gegründeten Organisationen Muslim Mosque Incorporated (MMI) und Organisation of Afro-American Unity (OAAU) prägten und auf die sich später auch die Black Panther Party (BPP) bezog.

Diese verkürzende Darstellung im Film liegt einerseits sicherlich daran, daß Lee lediglich die Autobiographie Malcolm Xs verfilmt hat, die dessen Politik in seinen letzten Lebensmonaten naturgemäß nicht wirklich gerecht werden kann und in diesem Zeitschritt sicherlich auch von den Interessen Alex Haley's, der sie niederschrieb, geprägt ist und selber diese Verkürzung ermöglicht.

Andererseits könnte sie Lee aber durchaus auch sehr recht sein, kommt die sich daraus ergebende Möglichkeit der beliebigen Vereinnahmung dem Merchandizing-Interesse Lees entgegen². Eine solche mehr oder minder unpolitische und unkritische Darstellung war es auch, die Malcolms Frau Betty Shabazz und sein Bruder Robert Little von dem Film befürchteten³.

Durch diese Entwicklung kann der Eindruck einer Rücknahme der Radikalität Xs erzeugt werden, nur durch sie kann der Eindruck der oft dargestellten inhaltlichen Annäherung an Martin Luther King erzeugt werden. Erst diese Verkürzung ermöglicht es, Malcolm X in letzter Instanz und posthum (Tote können

Malcolm X revisited

24 Lügen pro Sekunde?

sich nicht wehren) wieder in den amerikanischen Traum (Ausgabe Schwarz) hineinzurücken, aus dem er sich mit seiner antiimperialistischen und antikapitalistischen Politik verabschiedet hatte⁴. Auf diese Weise wird die taktische Zusammenarbeit mit ML King und der gewaltlosen, letztlich auf moralische Appelle angewiesenen Bürgerrechtsbewegung, die nicht einmal zur Selbstverteidigung aufrief bzw. bereit war, auf die Ebene einer inhaltlichen, politischen Versöhnung mit jenen gehoben, die er „Housenegroes“ und „Uncle Toms“ nannte.

Eine solche Versöhnung fand nicht statt, weil die politischen Ziele Xs weit über die Martin Luther Kings hinausgingen. Er hatte erkannt, daß Gleichberechtigung und die Befreiung vom Rassismus nur durch die gleichzeitige Beseitigung des Kapitalismus in den USA und insbesondere der imperialistischen Weltbeherrschung des Westens möglich ist. Er wollte diese Ziele nun jedoch mit verschiedenen Mitteln, allen notwendigen, erreichen. Dazu zählten nun nicht mehr nur bewaffnete Selbstverteidigung, sondern auch Stimmzettel, Demonstrationen und die Zusammenarbeit mit der Bürgerrechtsbewegung, also auch mit Weißen. Aufgegeben hat Malcolm nur die NOI-Forderung nach der totalen „Separation der Rassen, die so absurde Folgen wie eine zeitweise Zusammenarbeit der NOI mit dem Ku-Klux-Klan und den amerikanischen Nazis hatte. All diese politischen Entwicklungen Xs verschweigt der Film oder werden allenfalls am Rande berührt. Objektiv entspricht dies den Interessen der „Buppies“⁵ und der Mittelschichtschwarzen, einer Schicht Schwarzer also, die letztlich erst nach Malcolms Tod und zwar durch die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung eine größere Bedeutung erlangte. In der amerikanischen Rezeption des Films spielt dies eine bedeutende Rolle, insbesondere bei der Kritik durch (schwarze) Linke⁶.

Zum Verständnis der Person Malcolm X und zur Klärung der Frage, inwieweit seine politischen Einsichten auch heute, auch für den antiimperialistischen und antifaschistischen Widerstand in den Metropolen von Nutzen sind, ist diese Auseinandersetzung mit den letzten Monaten der Arbeit von Malcolm X entscheidend. Insbesondere deshalb, da über HipHop und über den Film auch hier in der BRD eine relativ breite Auseinandersetzung mit Malcolm X stattfindet⁷. An dieser Auseinandersetzung sollte der politische, linke Widerstand ein großes Interesse haben, da er einiges hierzu beitragen kann und sich darüber hinaus die Möglichkeit bietet, die eigene Börnertheit gegenüber Pop-Kultur/Underground abzubauen und in deren Börnertheit gegenüber dem politischen Widerstand einzubrechen. Sogar einige Bereiche des Main-

streams könnten hier erreicht werden. Unser spezifisches Interesse müßte es sein, einen Beitrag dazu zu leisten, daß diese Diskussionen über die Person Malcolm X hinausführen und zu einer weitergehenden Politisierung beitragen.

Es bleibt jedoch, trotz des oben Gesagten, festzuhalten, daß Malcolm X auch kurz vor seinem Tod sicherlich kein Sozialist oder gar Marxist war. In der Diskussion um ihn wird sicher zu kritisieren sein, daß Malcolm sich nie aus dem von den weißen Rassisten aufgedrängten Rassenschemata lösen konnte, daß er nie aufhörte, von der schwarzen, roten, gelben oder weißen Rasse zu reden. So hielt er bis zu seinem Tod „Mischchen“ für schlecht und meinte: Integration würde letztlich die weiße Rasse genauso auflösen wie die schwarze.⁹

Eine weitere wichtige Frage, die sich beim Lesen des Artikels aus *Politische Berichte* 6/93 stellt, ist die des Umgangs der (weißen) Linken mit dem „Rassismus der Schwarzen gegen Weiße“ (*Politische Berichte* 6/93), wie er der NOI und speziell dem Malcolm X jener Tage vorgeworfen wird.

Dieser Vorwurf erscheint mir als eine unreflektierte Übernahme der von der weißen Bourgeoisie und ihrer Sprachrohre gemachten Behauptungen, die dieser nur zur Diffamierung schwarzer Befreiungsbewegungen dienen. Schlimmer noch ist es, und es zeugt von einer gewissen Ignoranz vieler Metropolenlinken, wenn man diesen sog. „Rassismus“ als unbegründet bezeichnet (ebenfalls *Politische Berichte* 6/93), als gäbe es den weißen Rassismus und seine Opfer überhaupt nicht.

Man mag die These, die Weißen seien als Teufel von dem verrückten schwarzen Wissenschaftler Jackub durch Kreuzung besonders hellhäutiger „Schwarzer“ gezüchtet worden, um ein einige tausend Jahre währendes Reich des Schreckens und der Unterdrückung für die Schwarzen zu errichten (so Elijah Muhammed, Gründer der NOI), absurd und sogar albern finden. Sie ist es! Aber wie es in Malcolm Xs Autobiographie heißt: „Solange wir nicht namentlich einen weißen Mann einen Teufel nennen, reden wir nicht über einen einzelnen weißen Mann. Wir reden von der kollektiven Geschichte der Weißen. Wir reden von den kollektiven Grausamkeiten des weißen Mannes, seinen Übeln, seiner Gier, durch die er gegenüber Nicht-Weißen wie ein Teufel gehandelt hat... Man findet nicht einen Schwarzen, egal wer, der nicht direkt persönlich in irgend einer Form Schaden durch die teuflischen Akte des kollektiven weißen Mannes erlitten hätte.“¹⁰ Es sei hierzu auch an das Lenin-Wort erinnert, daß der Nationalismus eines unterdrückten Volkes von dem eines unterdrückenden

den zu unterscheiden sei! Man muß auch deutlich zwischen dem ganz konkreten, real unterdrückenden Rassismus der Weißen und dem Gebahren der NOI unterscheiden, zumal letztere nie die Macht hatte (und nie haben wird), daraus reale rassistische Verhältnisse zu machen!

Abschließend zu Malcolm X sei noch erwähnt, daß „by all means necessary“ besser als „mit allen notwendigen Mitteln“ übersetzt wird, als mit der üblichen, aus der Bürgerpresse stammenden Übersetzung „Alle Mittel sind gerechtfertigt“. Letztere Übersetzung wirkt etwas sinnentstellend, wie besonders deutlich wird, wenn man die zugehörigen Reden im ganzen liest/übersetzt¹².

1 Haley hat später als Autor von „Roots“ denn auch die afrikanischen Wurzeln sozusagen als klassenlose Männergesellschaft Amerikas kompatibel gemacht.

2 Es ist naheliegend, daß es dieser relativ unpolitischen Darstellung zu verdanken ist, daß Lee bei Warner Bros. Geld locker machen konnte. Nichtsdestoweniger sollte die Tatsache nicht verschwiegen werden, daß die, natürlich weißen, Warner-Kapitalisten nicht bereit waren, den kompletten Film zu finanzieren, und Lee gezwungen war, reiche schwarze Sponsoren zu suchen.

3 siehe Günther Jacobs Nachwort zur Neuauflage der Autobiographie (S. 478, Heyne-Ausgabe).

4 So behält auch die Fahne, die am Anfang des Films zu einem X verbrennt, die Farben der Afrikaner.

5 „Uncle Tom“ spielt auf den Roman *Onkel Toms Hütte* von Harriet Beecher-Stowe an. „Uncle Tom“ steht für den servilen „Hausneger“, der seinem weißen Herrn ergeben diente. Im Gegensatz dazu steht X die aufsässigen „Feldsklaven“. Vergl. Message to the Grassroots, in: Speaks.

6 „Buppie“ = „Black Urban Professional“, eine Ableitung von Yuppie.

7 siehe hierzu *Perspektiven*-Sonderheft 3 bes. S. 29-35 und S. 39-43.

8 vergl. diverse Artikel in Zeitschriften wie *Spex* und *Konkret*, aber auch in diversen kleinen Fanzines. Zur Bedeutung von Malcolm X in der Musik vergl. auch *Perspektiven* S. 29-35.

9 siehe hierzu Günther Jacobs Nachwort der neuen deutschen Ausgabe der Autobiographie. Es muß Jacobs jedoch widersprochen werden, wenn er meint, weil Malcolm X Muslim blieb, seien seine Kritiken und Analysen immer im Rahmen der islamischen Sozialkritik aufgehoben gewesen, und daher seien sie nicht „links“. Die antikapitalistischen und antiimperialistischen Ansätze Xs sind nicht einfach islamisch, sondern gehen über den Islam hinaus (vergl. *Perspektiven*). Darüber hinaus kann man kaum allen Befreiungsbewegungen, in denen auch Moslems kämpfen, vorwerfen, sie seien reaktionär.

10 Autobiographie, Kap. 15: Ikarus II. Dies soll keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß einige Äußerungen der NOI durchaus rassistische, insbesondere antisemitische Inhalte haben.

Auch die zeitweilige Zusammenarbeit mit dem Ku-Klux-Klan und der amerikanischen Nazi-Partei sollte nicht verschönigt oder verschwiegen werden, aber wenn hier von weißer Seite (letztlich also von der Seite der Unterdrückten) Kritik geübt werden soll, so muß sie sich an den konkreten Fakten orientieren und nicht einfach einen antiweißen Rassismus behaupten! In konkreter Art wird auch der mittlerweile von der schwarzen Gegenkultur durchaus auch

selbst kritisierte und bekämpfte Sexismus vieler schwarzer Widerstandsgruppen zu analysieren und kritisieren sein. Wenn wir 'mal bei uns aufgeklärt haben jedenfalls.

12 z. B. Not just an american problem, but a world problem, aus: *Last Speeches*.

Literaturhinweise/Quellen:
Perspektiven — Zeitschrift für sozialistische Theorie, Sonderheft 3, Mal-

Noch ein paar Anmerkungen zu den film-, kunst-, und kulturtheoretischen Äußerungen im Malcolm X-Artikel aus *Politische Berichte* Nr. 6/93.

In dem Artikel wird eingefordert, die Realität in den Film zurückzubringen, bzw. behauptet, Spike Lee hätte dies in seinem Malcolm X-Film getan. Daß sich Lee darum bemüht hat, möglichst nahe am Text der Autobiographie zu bleiben, soll auch nicht bestritten werden. Vielmehr soll dargelegt werden, daß diese Art „Realismus“, die sich sozusagen in Detailtreue ergeht, keineswegs etwas mit der „Realität“ zu tun hat.

Schon Mitte der 80er Jahre stellte die britische Band Chumbawamba fest: „Pictures of Starving Children Sell Records“ (Bilder von hungrigen Kindern verkaufen Schallplatten, LP-Titel); erschreckend, aber wahr. Erinnert sei hier nur an „Band Aid“¹¹ und die vielen Fotos hungrender Äthiopier, die an Detailtreue und Drastik nichts zu wünschen übrig ließen. Letztlich führte dies nur dazu, daß der Initiator der Veranstaltung Bob Geldof bekannter und wohl auch reicher wurde und die Plattenfirmen Werbung umsonst bekamen und auch sonst ein Riesengeschäft machten. In Afrika hungrigen die Menschen immer noch.

Ein anderes Beispiel bilden die „reality-TV“-Shows² der Privatsender insbesondere RTL. Hervorragende Realitätsnähe, werden doch zum Teil wie in „Augenzeugenvideo“ sogar echte Unfälle oder Katastrophen etc. gezeigt. Zweck der Sache auch hier in erster Linie: Geldmachen durch Befriedigung von *Sensationslust*. Aber sicher spielen auch andere Faktoren dabei eine Rolle, wenn man auf perfide Weise das Opfer einer Handlung zwingt, entweder dem Täter öffentlich zu verzeihen, oder selber als herzloser, neuer Täter in der Öffentlichkeit zu stehen, wie bei der Sendung „Verzeih mir“³.

Doch auch der politische Dokumentarfilm à la Scholl-Latour wirkt gerade durch seine Realitätsnähe demagogisch. Diese Realitätsnähe vermittelt den Eindruck, der Autor verstehe etwas von der Sache (was er möglicherweise auch tut), sie stellt das Dargestellte in den Rang einer absoluten Wahrheit und darüber hinaus mit dem Dargestellten auch das nur Behauptete.

Dies sollte allerdings nicht dazu verlocken, Godards „24 Lügen pro Sekunde“ allzu wörtlich zu nehmen oder den ebenfalls in

dem Artikel in *Politischen Berichten* 6/93 erwähnten Postmodernen und ihren „Immaterialitäten“ doch recht zu geben. Mit Täuschung des Auges (Goddard) oder „dem tatsächlichen Stand der Technik“ (postmoderne) hat das Problem von Realität vs. Realismus wenig zu tun. Die Wahrheit eines Kunstwerks liegt darin, ein Kunstwerk zu sein. Die Realität des Realismus besteht darin, die blanke Realität nicht einfach hinnehmen und detailgetreu wiederzugeben, sondern sie sich vielmehr kritisch anzueignen und sie ebenso wiederzugeben. Das bedeutet, daß ein aufklärerischer, politischer Charakter nicht durch eine positivistisch-detaillgetreue Darstellung des Gegenstandes nötig, die das eigene Denken nicht negiert, die vorgefundene Fakten in einen Gesamtzusammenhang bringt, Stellung bezieht und so die Sachen auch diskutierbar macht.

Für so eine Kunst und solche Filme gibt es sicherlich spezielle Entstehungsbedingungen. In der durch kommerzialisierten Welt der Kunst- und Filmcompanies kann sie nicht entstehen. Sie braucht von den herrschenden möglichst unabhängige, d. h. eigene meistens subkulturelle Produktionswege und -formen. Auf diese Weise kann die Realität wieder im Film Einzug halten und Film auch zur Waffe werden.

1 ein Musikprojekt, das Geld für hungrige äthiopische Kinder sammeln sollte. In der Folge dieses Projekts sind auch eine riesige, mehr oder minder weltweite 24stündige Konzertveranstaltung statt.

2 z. B. „Notruf“ und „Augenzeugenvideo“, ich meine hier aber auch Sendungen wie „Verzeih mir“ oder „Bitte melde Dich“. Mutter all dieser Sendungen scheint mir in Deutschland Zimmermanns ekelhafte Menschenjagd „Aktenzeichen XY ungelöst“ zu sein.

3 In der Sendung berichtet jemand davon, wie er einem anderen ein Leid zugefügt hat und wie er schon um Verzeihung gebeten hat. Mit Hilfe des Fernsehens versucht er es noch einmal. Das Opfer wird von einem Fernsehteam besucht (mit Blumen und was man so braucht ...). Vor laufender Kamera wird dem Opfer dann erzählt, warum das Fernsehen da ist, anschließend soll die betreffende Person ins Studio kommen und dem Täter ins Gesicht sagen, ob sie ihm verzeiht oder nicht. — (jik)

colm X.
Ziemlich lebenswert, finde ich. Alle Zitate sind hieraus entnommen. Adresse: Perspektiven, c/o Volker Fintham, Methfesselstr. 5, W-1000 Berlin 61

Malcolm X — Die Autobiographie, herausgegeben von Alex Haley, Avant Press, Bremen 1993. Gibt's im Buchhandel. Interessant ist besonders auch das Nachwort von Günther Jacobs.

— (jik)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

o im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank)

Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arstan (zu erreichen über: Kurdisch-Komitee Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120222, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschel (über: GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskistr. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Datentelefon: 0221/24 69 15. Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Bezugbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Verstandesrichter richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: